universität wien

MAGISTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Magisterarbeit / Title of the Master's Thesis

„EU-XIT oder EU-phorie?

Eine vergleichende Inhaltsanalyse der EU-Wahlkampf-Berichterstattung 2014 und 2019 in Österreich und Irland"

verfasst von / submitted by

Michael Rosenberger, Bakk.phil.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Magister der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt / degree programme code as it appears on the student record sheet:	UA 066 841
Studienrichtung lt. Studienblatt / degree programme as it appears on the student record sheet:	Magisterstudium Publizistik- und Kommunikationswissenschaft
Betreut von / Supervisor:	Univ.-Prof. Dr. Sophie Lecheler

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Datum: Unterschrift (Michael Rosenberger):

“You may delay, but time will not,

and lost time is never found again."

- Benjamin Franklin

“Feeling gratitude and not expressing it is like

wrapping a present and not giving it.”

- William Arthur Ward

Vielen Dank an….

...Prof. Lecheler, welche mir bei jedem Schritt dieses Projekts konstruktiv geholfen und jede noch so absurde Frage gelassen beantwortet hat.

…meine Familie, die endlos viel Geduld hatte und mich immer bedingungslos unterstützt hat.

…meine Freunde, welche mehr an mich geglaubt haben als ich selbst und in diesem Jahr nur wenig von mir hatten.

…Johannes dafür, dass er seine Zeit und Energie dafür verwendet hat, diese Arbeit als Zweitcodierer möglich zu machen.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Forschungsinteresse 6

Aufbau der Arbeit 8

THEORIE 9

Kapitel 1: Sozialwissenschaftliche Theorie 9

1-1: Nachrichten, journalistische Selektion und Funktionen von Medien 9

1-2: Politische Kommunikation 13

1-3: Mediale Wirkungsforschung, Agenda-Setting und Framing-Konzept 15

Kapitel 2: Die Europäische Union und die EU-Wahlen 22

2-1: Geschichte und Aufbau der EU und der EU-Wahlen 22

2-2: Die dreifache EU-Krise der Post-Lissabon-Dekade 26

2-3: Die EU-Wahlen 2014 und 2019 im Schatten der Krisen 31

EMPIRIE 46

Kapitel 3: Forschungsbasis und Forschungsfragen 46

3-1: Verknüpfung von Theorie und Empirie 46

3-2: Forschungsstand 47

3-3: Forschungsfragen und Hypothesen 53

Kapitel 4: Darstellung und Argumentation des Forschungsgegenstandes 56

4-1: Profil der ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten 56

4-2: Profil der ausgewählten Medien 62

Kapitel 5: Wahl und Anwendung der Forschungsmethode 67

5-1: Die Inhaltsanalyse als Methode der empirischen Sozialforschung 67

5-2: Erstellung des Kategorien-/Variablensystems 71

5-3: Bestimmung der Stichprobe 77

5-4: Pretest und Intercoder-Reliabilitätstest 80

Kapitel 6: Auswertung, Verifikation und Evaluation des Datensatzes 84

6-1: Vorbereitung der Daten 84

6-2: Reduktion komplexer Variablen 85

6-3: Verifizierung der Hypothesen 90

6-4: Evaluation und Interpretation 99

Fazit und Ausblick 108
Quellenverzeichnis 111
Tabellenverzeichnis 130

Anhang 131
A – Basisdaten und Signifikanz 131
B – Codebuch 157

Abstract 188

„In der EU wird der Erfolg nationalisiert

und der Misserfolg europäisiert.“

- Martin Schulz, 2009

Einleitung und Forschungsinteresse

Befindet sich Europa - oder besonders die in der EU verbundenen europäischen Staaten - in einer anhaltenden, oder vielleicht dauerhaften, Krise? Innerhalb des letzten Jahrzehnts war es oft nur schwer möglich, sich dieses Eindruckes zu erwehren, auch wenn die Form der Notsituation je nach Zeitpunkt variierte. Von einer Finanz- und Eurokrise ab 2008, geriet der Kontinent 2015 in eine „Flüchtlingskrise“ und, angesichts der nationalen Wahlerfolge illiberaler politischer AkteurInnen in Mitgliedsstaaten, auch in eine Krise der Demokratie. Gleichzeitig wurde das politische Establishment der Europäischen Union 2016 durch das Votum der britischen Bevölkerung für den „Brexit“, den geplanten Austritt Großbritanniens aus der Gemeinschaft, erschüttert. Welche konkreten Folgen der Austritt eines so großen und wohlhabenden Mitgliedsstaates nach sich ziehen würde, kann aufgrund der anhaltend laufenden Verhandlungen zum Zeitpunkt dieser Arbeit noch nicht abschließend beurteilt werden, die Symbolwirkung ist jedoch kaum zu überschätzen. Gleichzeitig konnte in den letzten drei Jahren, innerhalb verschiedener nationaler und europäischer Meinungsumfragen, ein erneutes Ansteigen der Zustimmung zur Union verzeichnet werden. Innerhalb dieser widersprüchlichen Grundkonstellation fanden von 24.-26.05.2019 die letzten planmäßigen Wahlen zum Europäischen Parlament in allen EU-Mitgliedsstaaten statt. Das EU-Parlament ist die einzige Institution der Union, welche supranational und direkt gewählt wird, weshalb gesamteuropäische Trends auf dieser Ebene am ehesten sichtbar werden.

Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit – national und europäisch - zu informieren und sie in die Lage zu versetzen, selbstständig Entscheidungen über komplexe Zusammenhänge zu treffen. Dadurch erfüllen sie im Kontext von Wahlen eine wichtige Funktion. Gleichzeitig beeinflusst die mediale Berichterstattung dabei – zumindest potentiell - aber auch die Wahrnehmung der betroffenen Publika und setzt

Erwartungen/Rahmen für die Beurteilung von Ereignissen. In dieser Arbeit soll nachvollzogen/erforscht werden, was die herrschenden Inhalte und Narrative in der (Print-)Berichterstattung über die EU-Wahlen 2014 und 2019 waren und, angesichts der beschriebenen Krisensituationen, wie die jeweils gesetzten Prioritäten und Rahmen sich zwischen den beiden Wahlgängen verändert haben. Für das Erreichen dieser Zielsetzung wurde als Methode eine quantitative Inhaltsanalyse im Längsschnittdesign ausgeführt.

Da die Untersuchung aller EU-Staaten für ein Projekt dieser Größe zu umfassend wäre, wird sich die Auswertung stattdessen auf die beiden Mitgliedsländer Österreich und Irland fokussieren, welche signifikant von den beschriebenen Krisenzuständen beeinflusst wurden. In jedem der beiden Staaten wurden wiederum zwei Medienpublikationen selektiert, wobei versucht wurde, jeweils eine, sogenannte, „Qualitätszeitung“ und eine „Boulevardzeitung“ zu wählen, um sowohl die Meinungsvarianz als auch die möglichen Unterschiede in der Berichterstattung besser abbilden zu können. Aufgrund der Aktualität der Europawahlen 2019 und der wechselhaften Vorgänge innerhalb des Europäischen Projektes in den letzten Jahren, erhält die Frage, wie die Medien diesen Prozess begleiten und wie sich das von ihnen „geführte“ und/oder abgebildete Rahmennarrativ ändert, sowohl kommunikationswissenschaftliche als auch politikwissenschaftliche Relevanz. Die Zielsetzung der Forschung besteht somit darin, einen Beitrag dazu zu leisten, um den momentanen Zustand der medialen Europadebatte, gerade in der zeitlichen Differenz zur Europawahl 2014, zu beschreiben und, anhand eines ausgewählten Teilstückes, methodisch für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung fassbar zu machen.

Aufbau der Arbeit

Bevor in medias res gegangen wird, soll an dieser Stelle zuerst der Aufbau der Arbeit als roter Faden vorgestellt werden.

Der erste Teil der Arbeit behandelt die theoretische Ebene und bildet das Fundament der sozialwissenschaftlichen und zeitgeschichtlichen Basis, an der sich die Empirie orientiert.

Im ersten theoretischen Kapitel wird zuerst der kommunikationswissenschaftliche (Massen-)Medienbegriff und die ihm zugeschriebenen, gesellschaftlichen Aufgaben vorgestellt und, anschließend, mit der politikwissenschaftlichen Theorie und Praxis der Politischen Kommunikation verknüpft, welche AkteurInnen in medialen Kanälen praktizieren. Im dritten Abschnitt des Kapitels wird die Medienwirkungsforschung, am Beispiel von Agenda Setting und Framing, prägnant vorgestellt, um die möglichen „Folgen" von medialen Narrativen/Inhalten eingrenzen zu können. Das zweite Kapitel des Theorieteiles beschreibt zuerst die Institutionen der EU und die Geschichte der EU-Wahlen, um die Bedeutung der Wahlgänge zu präzisieren. Im folgenden Abschnitt werden drei supranationale Krisen der EU in den 2010er Jahren vorgestellt und ihre Auswahl argumentiert. Im dritten Abschnitt des Kapitels werden die EU-Wahlen 2014 und 2019, als Kern des zentralen Forschungsthemas, beschrieben und, anhand von Drittstudien und demoskopischen Daten, analysiert, welche Transformationsprozesse die Krisensituationen zwischen den Wahlgängen durchlaufen haben.

Der zweite Teil der Arbeit behandelt die empirische Ebene und versucht die aufgrund der theoretischen Informationen gewonnen Annahmen, anhand eines ausgewählten Samples, hinsichtlich ihrer methodischen Beweisbarkeit zu überprüfen.

Das erste empirische Kapitel beginnt mit einer genaueren Ausführung des Forschungsinteresses, gefolgt von einem Überblick über den bisherigen Forschungsstand der inhaltlichen Analyse von EU-Wahl-Berichterstattung. Im nächsten Abschnitt werden die maßgeblichen Forschungsfragen und Hypothesen vorgestellt, welche durch die theoretischen Überlegungen abgeleitet wurden. Aufbauend darauf wird im nächsten Kapitel erklärt, mit welcher Methode die gewählten Fragen beantwortet, bzw. Hypothesen ge-

prüft, werden sollen und weshalb die Entscheidung auf die ausgewählten Länder und Medien als Forschungsobjekte gefallen ist. Im folgenden Kapitel werden das Codebuch und die Variablen darin prägnant vorgestellt und der Vorgang der Datenerfassung transparent Schritt für Schritt beschrieben.In den finalen Abschnitten der Arbeit werden zusammenfassend die erhaltenen Daten ausgewertet, die Hypothesen verifiziert/falsifiziert/interpretiert und - abschließend - ein Ausblick auf mögliche, komplementäre Forschungsprojekte gegeben.

THEORIE

Kapitel 1: Sozialwissenschaftliche Theorie

In diesem Kapitel werden die sozialwissenschaftlichen Grundlagen dargestellt, welche das kommunikations- und politwissenschaftliche Fundament dieser Arbeit darstellen.

Vor dem Beginn dieses Kapitels sei angemerkt, dass es für jede Definition und Theorie, wie es in der Sozialwissenschaft üblich ist, jeweils auch alternative Angebote und Gegenkonzepte gibt. Aufgrund des Fokus und des Rahmens dieser Arbeit wird es jedoch nur möglich sein, die Einbettung auf ein überschaubares Ausmaß zu beschränken, wohlwissend der weiterführenden Tiefe der Forschungsdebatte. Klaus Beck spricht, dabei, ob der vielen unterschiedlichen Ansätze und interdisziplinären Elemente, explizit von einem in der Disziplin gepflegten „Theorienpluralismus“. (siehe: Beck, Klaus: „Kommunikationswissenschaft“, 2017, UVK Verlagsgesellschaft, 5. Auflage, S:165)

1-1: Nachrichten, journalistische Selektion und Funktionen von Medien

In diesem Abschnitt wird dargelegt, wie die Alltagsbegriffe Medien und Nachrichten kommunikationswissenschaftlich definiert werden und was für Aufgaben und Rollen dem Journalismus unter anderem zugeschrieben werden können.

Menschen konsumieren Informationsmedien aufgrund der darin enthaltenen Nachrichten. Margreth Lünenborg definiert den – kommunikationswissenschaftlichen - Nachrichtenbegriff dabei beispielhaft u.A. mit „(3) öffentlichkeitstheoretisch: Mitteilungen, die für die Öffentlichkeit von Interesse und/oder Bedeutung sind“ und „(4) journalismusthe-

oretisch ein Genre/eine Darstellungsform, bei dem in stark konventionalisierter Form aktuelle Informationen vermittelt werden.“ (siehe: Lünenborg, Margreth: „Nachricht“, In: Bentele, Günter et al.: „Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft“, 2013, Springer VS, 2. Auflage, S:238f) Es geht also um standardisiert „verpackte“, aktuelle Informationen, welche mutmaßlich von Bedeutung für die Öffentlichkeit sind. Diese werden durch "Massenmedien“ an die RezipientInnen übermittelt, wobei die Beschaffenheit des Mediums sich einerseits im Verlauf der Geschichte mehrfach verändert hat und andererseits auch heute verschiedene technische Arten (Print, Rundfunk, Online…) von Medien zu unterscheiden sind. Flugblätter, wie sie bereits im 16. Jahrhundert verteilt wurden, um Neuigkeiten zu übermitteln, (vgl. Bozkaya, Inci: „Informationsvermittlung in mediengeschichtlicher Perspektive“, In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes, Volume 65, Ausgabe 1/2018, S:46) erfüllten bereits manche der Attribute welche in der modernen Kommunikationswissenschaft den Massenmedien zugeschrieben werden.

So verlief der Kommunikationsvorgang einseitig, ohne aktive Feedbackmöglichkeit und richtete sich an ein „disperses“ Publikum. Damit ist gemeint, dass die einzelnen Rezipierenden sich untereinander nicht kannten, beziehungsweise keine Gemeinsamkeiten abseits der Konsumation der Medieninhalte teilten, und das auch der/die KommunikatorIn nicht wüsste, wer genau das Medium schlussendlich rezipieren würde. (vgl. Maletzke, Gerhard: „Psychologie der Massenkommunikation“, Hamburg, 1963, S:28ff, über Pürer, Heinz et al: „Grundbegriffe der Kommunikationswissenschaft“, 2015, UVK Verlagsgesellschaft, S:40) Gleichzeitig wird, um zum Beispiel der Definition Saxers zu folgen, aber von einem Medium im wissenschaftlichen Sinne auch erwartet, dass es sich dabei um einen Kanal handelt, der anhaltend Nachrichten produziert, bzw. teilt, und das als Teil einer komplexen Organisation, welche innerhalb des Staates - etwa gesetzlich - institutionalisiert wurde. (vgl. Saxer, Ulrich: „Grenzen der Publizistikwissenschaft“, In: Publizistik, Volume 25, Ausgabe 4/1980, S: 532 über Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, 2002, Böhlau-Verlag, 4. Auflage, S:42ff) Einzelne Flugblätter, welche in unregelmäßigen Abständen – möglicherweise auch von Einzelpersonen verfasst – publiziert wurden, konnten diese Bedingungen somit nicht erfüllen. Während außerdem damalige „Nachrichten“ häufig nicht verifiziert oder auch nur überprüft werden konnten, (vgl. Bozkaya,

2018, S:47) ist, zumindest seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, das Rollenmodel des „Objektiven Journalismus“ innerhalb (West-)Europas die dominante Form der Darstellung von „general interest“-Informationen. Demzufolge gehen sowohl JournalistInnen als auch ihre LeserInnen und ZuseherInnen davon aus, dass die veröffentlichten Informationen im konkreten Sinne wahr und neutral sind und Information und Meinungsinhalte innerhalb einer Publikation klar getrennt werden sollen und können. (Special-Interest-Medien, wie etwa die früher einflussreichen Parteizeitungen, unterwerfen sich dabei, als Kanäle für eine eingeschränkte und spezialisierte Zielgruppe, dem Primat der „Objektivität“ nicht, beziehungsweise verfolgen generell andere, stärker von Partikularinteressen bestimmte, Zielvorstellungen.)

Wie bereits in Lünenborgs Definition festgehalten wurde, geht es bei Nachrichten um Inhalte, welche von Bedeutung für die Öffentlichkeit sind. Wodurch kann diese Bedeutung aber konkret festgestellt werden? Innerhalb der Kommunikationsforschung wurde diese Frage dabei sowohl aus der Perspektive der KommunikatorInnen als auch der RezipientInnen untersucht.

KommunikatorInnen-zentrierte Ansätze sehen den/die RedakteurIn dabei wahlweise als SchleusenwärterIn, der/die aus subjektiven Überzeugungen bestimmt, welche Informationen (auch politisch-gesellschaftlich) „gut“ für seine/ihre Leserinnen sind (Gatekeeper-Forschung) oder als KuratorIn, welche den Überfluss an vorhandenen Nachrichten aufgrund der Nähe oder Relevanz für die Lebenswelt der RezipientInnen selektiert. (Nachrichtenwert/faktor-Forschung [NRW/NRF]) Dabei ist anzumerken, dass es im Journalismus immer zu einer Reduktion von Komplexität und Vielfalt kommen muss, um Inhalte verständlich zu gestalten, auch wenn die natürlichen Beschränkungen von Print- und Rundfunkmedien im Internet zumindest reduziert werden konnten.

JournalistInnen verfolgen also eigene, je nach Person und „Blattlinie“ abweichende, Theorien darüber, was für die Öffentlichkeit von Bedeutung sein könnte, bzw. publiziert werden sollte. Gleichzeitig können die RezipientInnen aber auch nicht als rein-passive AkteurInnen dargestellt werden, sondern versuchen konkrete Bedürfnisse durch die Medienkonsumation zu decken, selbst wenn sie diese nicht immer konkret benennen oder zuordnen können. (Uses-and-gratifications-Forschung) Dazu kann sowohl die Suche

nach Information als auch ablenkender Eskapismus gemeint sein und je nach Person und Zeitpunkt, kann auch der gleiche Artikel, gemäß der Forschungstradition, verschiedene dieser Bedürfnisse erfüllen.

Unabhängig von dieser Individualebene geht die Systemtheorie davon aus, dass Medien, bzw. Nachrichten, nicht nur den Bedürfnissen von Einzelnen entsprechen, sondern auf einer Metaebene (als Subsystem) auch Leistungen, beziehungsweise Funktionen, für die Gesamtgesellschaft erfüllen. SozialwissenschaftlerInnen wie Franz Ronneberger oder Rudolf Wildenmann publizierten bereits in den 1960ern über eine Reihe von konstruktiven Funktionen des Mediensystems, wobei hier aufgrund des Fokus der Arbeit nur die politisch-gesellschaftlichen Beispiele genannt werden kann. Neben einer übergeordneten Informationsfunktion, welche das Mediensystem allgemein für die Gesellschaft erbrachte, ging es dabei im Speziellen um:

1) Das Herstellen von Öffentlichkeit für (politische) Inhalte, welches erst die Willensbildung der WählerInnen ermöglicht. Die Debatte findet öffentlich und somit transparent statt und wird im optimalen Fall auch durch Diskussionsbeiträge der WählerInnen begleitet. (vgl. Ronneberger, Franz: „Die politischen Funktionen der Massenkommunikation“, 1974 In: Langenbucher, Wolfgang [Hrsg.]: „Zur Theorie der politischen Kommunikation“, München 1974, S:199 über Burkart, 2002, S:391)

2) Die Artikulationsfunktion, also die Abbildung aller – oder zumindest aller rechtsstaatlich erlaubten – politischen Standpunkte innerhalb einer Debatte. Erst durch die Thematisierung aller Positionen kann demgemäß eine gesellschaftliche Meinung gebildet werden. (vgl. Wildenmann, Rudolf; Kaltefleiter, Werner: „Funktionen der Massenmedien“, 1965, Athenäum Verlag, S:27, über Kevenhörster, Paul: „Politikwissenschaft - Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik“, 2008, VS Verlag, 3. Auflage, S:164)

3) Die politische Sozialisationsfunktion, also die politische Bildungsfunktion der Medien, um Wahlabläufe oder mutmaßlich auch die Notwendigkeit der Wahlteilnahme so verständlich wie möglich zu beschreiben und somit möglichst vielen BürgerInnen die Beteiligung am demokratischen Prozess potentiell zu ermöglichen. (vgl. Ronneberger, 1974, S:201, über Burkart, 2002, S: 394f)

4) Die Kritik und Kontrollfunktion der Medien, welche stellvertretend für die BürgerInnen mögliche Missstände der Gesellschaft, primär durch einflussreiche AkteurInnen, untersuchen und sofern die jeweiligen Vorwürfe sich erhärten, auch publizieren. (vgl. Meier, Klaus: „Journalistik“, 2007, UVK Verlagsgesellschaft, S: 15f)

„General Interest“-Nachrichten sind somit, im Sinne dieses Abschnittes, zusammengefasst konventionalisierte (massen-)mediale aktuelle – oder zumindest zuvor unbekannte

– an Objektivität orientierte Inhalte, welche durch JournalistInnen fortlaufend innerhalb von bestehenden, komplexen Kanälen publiziert werden und welche gleichermaßen dem Publikumsinteresse dienen sollen, als auch potentiell Funktionen für die (politische) Meinungsbildung der demokratischen Gesellschaft erfüllen.

1-2: Politische Kommunikation

In diesem Abschnitt werden Theorie und Praxis von politischer Kommunikation/Wahlkampfkommunikation beschrieben.

Politische Kommunikation (PK) ist ein breites Themenfeld und auch in diesem Fall stellt eine engmaschige Definition eine Herausforderung dar. Beispielhaft sei hier der Ansatz von Donges und Jarren herausgegriffen, welche die PK, im Sinne der Theorie der journalistischen Funktionen, als „de(n) zentrale(n) Mechanismus bei der Formulierung und Artikulation politischer Interessen, ihrer Aggregation zu entscheidbaren Programmen, sowie der Durchsetzung und Legitimierung politischer Entscheidungen“ bezeichnen. (siehe Donges, Patrick; Jarren, Otfried: „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung“, 2017, Springer VS Verlag, S:21) Die Kommunikation von PolitikerInnen selbst stellt somit einen Teilbereich der PK dar, der Begriff muss aber wissenschaftlich weiter gefasst werden, beziehungsweise umfasst mehr AkteurInnen. (vgl. ebd. S:19)

Vielmehr interagieren die PolitikerInnen zumeist mit VertreterInnen von NGOs/ähnlichen Interessengruppen und auch den JournalistInnen selbst in den (Massen-)Medien und stellen alle zusammen den Kern der medial-vermittelten PK dar, wobei Pfetsch und Maurer kritisieren, dass die einzelnen AkteurInnen sich oft zu ähnlich geworden sind und Politik und Medien in diesen Fällen verschmelzen. (vgl. Pfetsch, Barbara; Maurer, Peter: „Mediensysteme und politische Kommunikationsmilieus im internationalen Vergleich“, In: Melischek, Gabriele et al. [Hrsg.]: „Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich“, 2008, VS Verlag, S:101) Dabei ist es nötig darauf hinzuweisen, dass zwar einerseits die Rolle der Massenmedien durch den Niedergang der klassischen Parteimedien für die PK aufgewertet wurde (vgl. Müller, Wolfgang: „Das Parteiensystem in

der Zweiten Republik“, in: Kriechbaumer, Robert [Hrsg.]: „Österreichische Nationalgeschichte nach 1945“, 1998, böhlau Verlag, S:214), andererseits aber, besonders durch die Möglichkeiten des Internets, die anderen AkteurInnen inzwischen wieder in der Lage sind ihre PK ohne die beeinflussende Komponente professioneller und „objektiver“ JournalistInnen zu publizieren. Da sich diese Arbeit aber auf die (massen-)medial vermittelte PK/Wahlkampfführung fokussiert, bzw. auf Printjournalismus, werden diese alternativen Kommunikationskanäle in diesem Zusammenhang nicht umfassend separat dargestellt.

Einen Subbereich der PK stellt die konkrete Wahl- bzw. Wahlkampfkommunikation dar. Innerhalb von demokratischen Strukturen kämpfen die verschiedenen politischen Parteien und Gruppierungen um die Zustimmung der WählerInnen, welche ihnen mittels ihrer Stimme ein Mandat für die Umsetzung der eigenen politischen Prioritäten erteilen können und sie direktdemokratisch unterstützen. (vgl. Kevenhörster, 2008, S: 157) Zwar sind die damit verbundenen Handlungen und Verhaltensformen vor Wahlgängen – während des „Wahlkampfes“ - in verstärkt-konzentrierter Form anzutreffen, Versuche der WählerInnenbindung können aber heute, gemäß der Theorie der „permanenten Kampagne“, während der gesamten Legislaturperiode festgestellt werden. (vgl. Newman, Bruce: „The mass marketing of politics: democracy in an age of manufactured images“, 1999, Thousand Oaks, S: 110)

Um, im Sinne der Artikulationsfunktion, nun am Prozess der Entscheidungsfindung teilnehmen zu können, ist es das Doppelziel der AkteurInnen sowohl 1) medial abgebildet zu werden als auch – im besten Fall – 2) auch in der Lage zu sein, eine eigene Erzählung zu publizieren. Um in dieser Hinsicht erfolgreich zu sein, ist es für die PolitikerInnen/politisch agierenden AkteurInnen aber von Bedeutung, sich der Sprache und den erwarteten Prioritäten der Medien anzupassen. Sie werden also vermehrt Inhalte an die JournalistInnen senden, welche sich auch an der Arbeitsweise der Medien oder den zuvor erwähnten „Nachrichtenfaktoren“ orientieren – also beispielsweise stärker auf Faktoren wie Personalisierung von Phänomenen, Verkürzung von Komplexität oder Schadenszuschreibung setzen. (vgl. Donsbach, Wolfgang: „Media Thrust in the German Bundestag Election 1994“, In: Political Communication, Volume 14, Ausgabe 2/1997. S: 149-170 S:150f) Während JournalistInnen versuchen, ihre RezipientInnen zu informieren und

verschiedene Standpunkte abzubilden, versuchen politische AkteurInnen – für die, die LeserInnen zugleich ihre WählerInnen darstellen – diese parallel potentiell zu beeinflussen, bzw. zu überzeugen.

Unabhängig von der Frage, wie die politischen AkteurInnen dabei mit den jeweiligen JournalistInnen interagieren, beziehungsweise wie ihr Naheverhältnis konstituiert ist, konkurriert jede politische Kampagne gleichzeitig mit allen Konkurrenzkampagnen um a) Aufmerksamkeit und b) dominante Narrative. Eine Möglichkeit für AkteurInnen Aufmerksamkeit zu erhalten stellt, neben dem Entsprechen der NRF, dabei auch das, 1961 durch den US-Forscher Daniel Boorstin so bezeichnete, Pseudoevent dar. Damit sind Ereignisse gemeint die, anders als echte, bzw. natürliche, Geschehnisse nur aufgrund der damit verbundenen Medienberichterstattung stattfinden, wie etwa Wahlkampfauftritte oder Pressekonferenzen, und die häufig sehr stark inszenierten, bzw. symbolischen Charakter aufweisen. (vgl. Ytreberg, Espen: „Towards a historical understanding of the media event“, In: Media, Culture & Society, Volume 39, Ausgabe 3/2017, S: 315f)

1-3: Mediale Wirkungsforschung, Agenda-Setting und Framing-Konzept

In diesem Abschnitt wird prägnant die Entwicklung der Medieneffektforschung nach dem Ersten Weltkrieg nachverfolgt. Durch diese wissenschaftshistorische Einbettung ist es möglich, sowohl die Forschungstradition als auch die Einschränkungen massenmedialer Effekte zu kontextualisieren.

Lasswell und der Beginn der modernen Wirkungsforschung

Obwohl Politische Kommunikation relativ einfach definiert und kontextualisiert werden kann, ist es erheblich schwieriger Genaues darüber aussagen zu können, welche Wirkung von erfolgreich publizierten Informationsangeboten bei den RezipientInnen/WählerInnen erwartet werden kann. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass die Politikwissenschaft ebenso wie die Kommunikationswissenschaft eine sozialwissenschaftliche Disziplin darstellt und ihre dominanten Paradigmen über Persuasions- und Wirkungsforschung sich innerhalb des 20. Jahrhunderts mehrfach verändert hatten. Der

Einfachheit halber soll für diese Arbeit dabei der Wirkungsdefinition von Maletzke gefolgt werden, der 1963 Wirkung als jede in der kommunikativen Phase – während der Rezeption – und jede postkommunikativ –nach der Rezeption des Medieninhaltes - erfolgte Veränderung von Wissen, Einstellungen und Verhalten beschrieb, wobei Wissensveränderungen nicht automatisch zur Anpassung von Einstellungen oder Verhalten führen müssen. (vgl. Maletzke, 1963, S:192ff, zitiert über Burkart, 2002, S: 189)

Während der bekannte Sozialwissenschaftler Harold Lasswell 1927 noch die Persuasionsmöglichkeiten der (massenmedialen) Propaganda als neuen „hammer and anvil of social solidarity" bezeichnete (siehe: Lasswell, Harold: „Propaganda technique in the World War", 1927, Peter Smith, S:221, über: https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015000379902&view=1up&seq=1) – also als eine Möglichkeit des Staates, die Gesellschaft, mittels medialer Beeinflussung, nach eigenem Wunsch zu verändern – kam es in den folgenden Jahren zu erheblichen Zweifeln an der Linearität dieses, sogenannten, „Stimulus-Response"-Modelles. Die Einbindung weiterer intervenierender Variablen, wie etwa der psychologischen Situation des/der RezipientIn und ihres/seines soziologischen Umfeldes, machten die Frage einer kommunikativen/medialen Wirkung weitaus komplexer und individueller. (vgl. Hangen, Claudia: „Grundlagenwissen Medien für Journalisten – Eine Einführung", 2012, VS Verlag, S:121f) Anstelle der zuvor aufgestellten Annahmen über eine starke Medienwirkung wurde nun hinterfragt, ob Medienkonsum überhaupt eine Wirkung auf die KonsumentInnen auslöste und der Forscher Joseph Klapper postulierte 1960, dass Medien zwar bestehende Einstellungen wohl verstärken aber diese zumeist nicht würden ändern können. (vgl. Schenk, Michael: "The Effects of Mass Communication von Joseph T. Klapper (1960)", über Potthoff, Matthias [Hrsg.]: „Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung", 2016, VS Verlag, S.86)

Die Agenda-Setting-Theorie

Die Agenda-Setting-Theorie wurde, zumindest unter diesen Namen, zum ersten Mal 1972 durch Maxwell McCombs und Donald Shaw postuliert (vgl. Rössler, Patrick: „The Agenda-Setting Function of Mass Media von Maxwell E. McCombs und Donald L. Shaw

(1972)“, In: Potthoff, 2016, S:121) und kann – in den Worten der Forscher selbst - als Konzept der starken Medienwirkung jenseits der klassischen Persuasionsforschung bezeichnet werden. (vgl. McCombs, Maxwell; Valenzuela, Sebastián: „The Agenda-Setting Theory“, In: Cuadernos de Información, 2007, Ausgabe 20, S: 45f) Verkürzt ausgedrückt gingen die Wissenschaftler davon aus, dass Medien zwar, wie zuvor dargestellt, nicht direkt kontrollieren oder auch nur nachweisbar beeinflussen konnten, wie RezipientInnen über Themen dachten aber – durch ihre Behandlung von Inhalten – in der Lage wären zu beeinflussen, welche Themen überhaupt öffentlich besprochen wurden – also auf die Agenda einer Gesellschaft kamen und als wichtig beurteilt wurden. (vgl. Potthhoff, 2016, S: 123) In ihrer berühmten „Chapel-Hill-Studie“, welche die „Bedeutung“ eines Medienthemas anhand der Häufigkeit der Nennungen in einer Publikation und der Länge der jeweiligen Artikel festmachte, wurde anlässlich des US-Präsidentschaftswahlkampfes 1968 eine hohe/signifikante Übereinstimmung zwischen den priorisierten Themen der untersuchten Medien und 100 WählerInnen der Stadt Chapel Hill festgestellt. (vgl. Eichhorn, Wolfgang: „Agenda-Setting-Prozesse“, 2005, Verlag Reinhard Fischer, 2. Auflage, S:6) Dabei wurde jedoch von anderen ForscherInnen sowohl die kleine Grundgesamtheit als auch das fehlende Interesse an der konkreten Mediennutzung der einzelnen Untersuchten und die Abwesenheit eines Längsschnitt-spezifischen „Vorher-Nachher“-Vergleiches kritisch beurteilt. (vgl. Rauchenzauner, 2008, S:77) Trotz der prinzipiellen Streitfrage darüber, wie viel Deutungskraft das „Agenda-Setting“ wirklich besitzt – und ob es unbekannte Themen etablieren (Awareness-Modell) oder vielmehr nur bereits bekannten Themen in der nationalen Debatte mehr Bedeutung verleihen (Salience-Modell) könnte – zählte das Konzept zu den in den letzten Jahrzehnten erfolgreichsten und am öftesten nachvollzogenen kommunikationswissenschaftlichen Ansätzen. (vgl. von Gross, Friederike: „Agenda-Setting“, In: Sander, Uwe et al. [Hrsg.]: „Handbuch Medienpädagogik“, 2008, VS Verlag, 1. Auflage,

S:284) Eichhorn postulierte 2005, als eigene Synthese der bisherigen Agenda-Setting-Forschung, dass die Wirkung von Agenda-Setting damit zusammenhängt, ob die RezipientInnen bereits auf der Suche nach Informationen sind – wie etwa während einer Wahlkampfperiode – und es somit erst einen – psychologischen - „Einfallswinkel“ für mediale „Ranking“-Muster geben müsste. Medien sind, dieser Argumentation folgend, somit in der Lage zu „wirken“ aber nicht unbedingt so wie es die KommunikatorInnen

möglicherweise erwarten würden. (vgl. Eichhorn, Wolfgang: „Agenda-Setting-Prozesse“, 2005, Verlag Reinhard Fischer, 2. Auflage, S:90)

Der Framing-Ansatz

Während der Agenda-Setting-Ansatz, beziehungsweise in diesem Sinne das First-Level-Agenda-Setting, sich wie dargestellt mit der Frage beschäftigt, wie die mediale Berichterstattung die Aufmerksamkeit für Themen erhöht oder ihnen, in der Vorstellung der RezipientInnen, potentiell bestimmte Bedeutungen zuweist, geht der „Framing“-Ansatz – auch als „second-level agenda setting“ bezeichnet – weiter in die Tiefe. Es wird nicht mehr nur gefragt, welche Themen publiziert und gesetzt werden, sondern vielmehr welche Blickwinkel und Bestandteile („Frames“) dieser Themenkomplexe dabei dominant sind und wie diese beurteilt werden. (vgl. Weaver, David: „Thoughts on Agenda Setting, Framing,and Priming“, In: Journal of Communication, Volume 57, Ausgabe 1/2007, S: 142) Der Gedanke dahinter kann in der Tradition einer angebotenen Medienrealität als partiell-konstruktivistisch verstanden werden, wobei dadurch auch impliziert wird, dass - innerhalb eines „etablierten“ Themas - somit verschiedene Blickwinkel um eine Deutungshoheit „streiten“. Geiß und Schemer nennen dabei als journalistisches Beispiel, dass die reine Thematisierung der Krimkrise im Jahr 2014 wenig darüber aussagen würde, wie denn eine konkrete Publikation die Rollen/Attribute der verschiedenen AkteurInnen bewerten würde. (vgl. Geiß, Stefan; Schemer, Christian: „Frames – Framing – Framing-Effekte: Theoretische und methodische Grundlegung des Framing-Ansatzes sowie empirische Befunde zur Nachrichtenproduktion von Bertram Scheufele (2003)“, In: Potthoff, 2016, S:309) [Dietmar] Scheufele und Tewksbury grenzen Framing dabei explizit von Agenda-Setting ab, da es weniger um „Erinnerungsfunktionen“ geht, sondern darum, dass die Art der Deutung eines – gleichbleibenden – Inhaltes auch die Interpretation der RezipientInnen beeinflusst. (vgl. Scheufele, Dietram; Tewksbury, David: „Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models“, In: Journal of Communication, Volume 57, Ausgabe 1/2007, S: 11)

Der Soziologe Erving Goffman hatte dabei bereits 1974 festgestellt, dass Menschen bei der Auseinandersetzung mit der Realität prinzipiell Muster und Rahmen – also Frames –

suchen, um ihre Umwelt zu deuten und Komplexität zu reduzieren. (vgl. Lorino, Phillipe et al.: „Goffman's theory of frames and situated meaning-making in performance reviews. The case of a category management approach in the French retail sector“ In: Accounting, Organizations and Society, Volume 58, Ausgabe 3/2017, S:35) Aufbauend auf Goffmans Beurteilung argumentierte Herbert Gans 1979, dass das mediale Framing von Nachrichten keineswegs primär der – gewünschten - Persuasion von RezipientInnen dienen müsse. Vielmehr sei es für das journalistische Handwerk geradezu notwendig, die komplexe Realität in einen übersichtlicheren und leichter tradierbaren Inhalt zu komprimieren, beziehungsweise einzelne Aspekte hervor zu heben. (vgl. Scheufel, Tewksbury; 2007; S:12)

Durch das „Empfehlen“ oder „Aktivieren“ eines bereits vorhandenen Rahmens ist es somit auch leichter, eine neue Information zu interpretieren oder einzuarbeiten, auch wenn dabei natürlich potentiell Nuancen oder „aus dem Rahmen fallende“ Elemente übersehen werden könnten. (vgl. Potthoff, 2016, S:311) Dabei weist Bertram Scheufele in seinem signifikanten Werk zum Thema „Frames — Framing — Framing-Effekte“ von 2003 konkret darauf hin, dass zwar mittels eines bestimmten medialen Framings ein gewisser Aspekt eines Themas mehr Bedeutung/Salienz bei den RezipientInnen erhalten kann, dies jedoch keineswegs die breite Übernahme dieses Frames bedeutet, sofern die meisten LeserInnen den Sachverhalt anders beurteilen. (vgl. ebd. S:313f) In der Kommunikationswissenschaft des 21. Jahrhundert nehmen „Framing“-bezogene Studien einen signifikanteren Anteil der Gesamtpublikationen ein als solche, die (First-Level-)Agendasetting betreffen. Gleichzeitig ist jedoch oft unklar, wie der Ansatz genau definiert werden sollte und was einen Frame im Kern charakterisiert. (vgl. Weaver, 2007, S: 146) Robert Entman, der 1993 die bislang weitverbreitetste Definition von „Frames“ und „Framing“ aufgestellt hatte (vgl. Matthes, Jörg: „Framing-Effekte“, 2007, Verlag Reinhard Fischer, S:18), bewertete den Vorgang des Framings als „*To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and / or treatment recommendation for the item described.” (*siehe Entman, Robert: „Framing: Toward clarification of a fractured paradigm Entman“, In: Journal of Communication, Volume: 43, 4/1993, S:52)

Synthese:

Um nach dieser Darstellung der Medienwirkungsforschung wieder auf die in Abschnitt „1-2“ vermittelten Inhalte zurück zu kommen, sei vermerkt, dass es sich bei einem Wettstreit um vorherrschende Narrative/erfolgreiche PK in Massenmedien somit eigentlich um einen Wettstreit des dominanten Frames handelt. Es geht also, um Llanque zu folgen, um Deutungsangebote und angebotene Muster der Komplexitätsreduktion, (vgl. Llanque, Marcus: „Metaphern, Metanarrative und Verbindlichkeitsnarrationen: Narrative in der Politischen Theorie“, In: Hofmann, Wilhelm et al.[Hrsg.]: „Narrative Formen der Politik“, 2014, Springer VS, S:25) aus denen die RezipientInnen/WählerInnen die ihnen am überzeugendsten erscheinende Variante „auswählen“. Um dieses Prinzip an einem einfachen Beispiel zu verdeutlichen: Wenn z.B. der Aktienmarkt einen erheblichen Kurssprung nach oben macht, könnte dies entweder als a) positive Erfolgsmeldung dargestellt werden oder als b) Risiko, da sich eine Blase an der Börse anbahnen könnte. Die gleiche Informationsbasis, ein Kurssprung, kann somit in ganz unterschiedliche „Rahmen“ gestellt werden, ohne dass der eigentliche Informationsgehalt verändert wird und beide Deutungen würden, im Sinne Entmans, ganz unterschiedliche Problemdefinitionen moralische Bewertungen, Verantwortungsträger und Lösungsansätze nach sich ziehen. (vgl. Maathes, Jörg: „Framing“, 2014, Nomos, 1. Auflage, S: 11f) Obwohl Journalismus immerzu eine Selektionsaufgabe darstellt, da nicht alle eingehenden Informationen publiziert werden können, unterstreicht der Vorgang des Framings zusätzlich, dass sogar diejenigen Nachrichten, welche veröffentlicht werden, nur unter einem bestimmten Blickwinkel betrachtet wurden, es also immerzu auch andere Deutungsrahmen gäbe. Es handelt sich also um einen Ansatz, der nicht von der medialen Spiegelung der Wirklichkeit ausgeht, sondern die Konstruktion einer Medienrealität implizit anerkennt. (vgl. Bonfadelli, Heinz: „Moderne Medienwirkungsforschung“, In: Gröppel-Klein, Andrea; Germelmann, Claas [Hrsg.]: „Medien im Marketing“, 2009, Gabler, 1. Auflage, S:8)

Für den empirischen Teil dieser Arbeit wird davon ausgegangen, dass das herrschende Narrativ/das herrschende mediale Framing/die erfolgreich publizierte PK über den Forschungsgegenstand sich zwischen 2014 und 2019 innerhalb der erwarteten Ebenen (siehe Abschnitt 3-3) verändert hat. Anstelle der für dieses Projekt verwendeten Medienin-

haltsanalyse, welche die jeweils vermittelten Inhalts-/Framebestandteile erfasst und interpretiert, könnte alternativ, bzw. komplementär aber auch die Veränderung des von den AkteurInnen/KommunikatorInnen selbst gesetzten Rahmen untersucht werden, bzw. die Frage, wie diese verwendeten Rahmenbedingungen jeweils bei den RezipientInnen ankommen und wieder an das Medium zurückgespiegelt werden. Auch wenn sich somit eine klare inhaltliche Veränderung feststellen lässt, kann deshalb, ohne zusätzliche Forschungen, nicht gesagt werden, wodurch es genau zu diesen medialen Veränderungen gekommen ist und welche Wirkungen diese deshalb wieder nach sich ziehen werden.

Zusammengefasst versuchen politische AkteurInnen innerhalb von komplex agierenden Massenmedien durch die Verwendung von PK und den jeweils eigenen, medial angepassten Narrativen und Deutungsprozessen sich gegenüber alternativen Narrativen durchzusetzen, wobei im wechelseitigen Austausch der Deutungsangebote gleichzeitig auch die Artikulationsfunktion der Medien verwirklicht wird, welche eine sich dynamisch verändernde aber nicht unbedingt „objektiv reale“ Interpretation der Realität anbieten, wobei ohne weiterführende Forschung nicht eindeutig zugeschrieben werden kann, ob diese Interpretation die RezipientInnen stärker beeinflusst und durch sie beeinflusst wurde. Diese Einschränkungen sollen dabei in keiner Weise eingegrenzte Untersuchungen, wie diese Arbeit selbst, „abwerten“, jedoch erneut unterstreichen, dass der Fokus der Kommunikationswissenschaft, bzw. der Sozialwissenschaften, auch weiterhin auf Robert Mertons „Theorien mittlerer Reichweite“ liegt, welche darauf abzielen, einen kleinen Bereich der erfassbaren Realität methodisch zu untersuchen, anstatt Gesamttheorien über alle einwirkenden Variablen hinweg zu postulieren. (vgl. Krotz, Friedrich et al.: „Einleitung – Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft“, In Krotz, Friedrich, et al. (Hrsg.]:“Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft“, 2008, VS Verlag, S:12)

Kapitel 2: Die Europäische Union und die EU-Wahlen

In diesem Kapitel wird beschrieben, wie die Europäische Union aufgebaut ist, welche Bedeutung Europawahlen besitzen, von welchen Krisen die Union seit dem Vertrag von Lissabon innenpolitisch getroffen wurde und wie der Zustand der EU vor den Europawahlen 2019 strukturpolitisch und demoskopisch beurteilt werden kann.

2-1: Geschichte und Aufbau der EU und der EU-Wahlen

In diesem Abschnitt wird die Geschichte und der Aufbau der Europäischen Union übersichtsartig beschrieben.

Die Geburt der EU

Die Europäische Union (EU), welche aus der 1952 gegründeten „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ (EGKS) hervorging, [vgl. Díaz-Morlán, Pablo; MSáez-García, Miguel: “The European response to the challenge of the Japanese steel industry (1950–1980)”, In: Business History, Volume 58, Ausgabe 2/2016, S: 250] ist eine supranationale, also überstaatliche, Organisation mit Sitz in Brüssel (vgl. Boka, Eva: “The European idea of a supranational union of peace”, In: Society and Economy, Volume 34, Ausgabe 3/2012, S: 387) und besteht seit 2013 (durch die Aufnahme Kroatiens) aus 28 Mitgliedsstaaten (vgl. Drazenovic, Ivana: „Dynamics and determinants of emigration: the case of Croatia and the experience of new EU member states”, In: Public Sector Economics, Volume 42, Ausgabe 4/2018, S: 416) auf dem Gebiet des europäischen Kontinents. Der aktuellste gemeinsame Gesetzestext, welcher die Struktur der Union, die Rechte und Pflichten der Mitgliedsstaaten und das Verhältnis ihrer Institutionen untereinander regelt, ist der seit 2009 von allen Mitgliedsstaaten ratifizierte Vertrag von Lissabon. (vgl. Kollonay-Lehoczky, Csilla et al.: „3. The Lisbon Treaty and the Charter of Fundamental Rights of the European Union”, In: Bruun, Niklas et al. [Hrsg.]: „The lisbon treaty and social Europe“, 2012, Hart Publishing, S: 61f) Obwohl die Vorläuferorganisationen der EU ursprünglich in der Nachkriegsphase als reine Zollunion, bzw. Freihandelszone, gegründet wurden (vgl. Díaz-Morlán, 2016, S: 250), kann spätestens mit dem Ver-

trag von Maastricht, 1993, welcher die Einführung des Euros als gemeinsamer Währung und weiterer Integration auf legislativer Ebene beinhaltete, von einer politischen Union gesprochen werden. (vgl. Vibert, Frank: "How Not to Write a Constitution — The Maastricht/Amsterdam Treaties", In: Constitutional Political Economy, Volume 10, Ausgabe 2/1999, S: 149)

Die Institutionen der EU

Die Trennung der Instanzen, welche Gesetze ausführen (Exekutive), Gesetze erlassen (Legislative) und über die Einhaltung oder Rechtmäßigkeit dieser Gesetze entscheiden (Judikative) wird, u.A. auf John Locke zurückgehend, als Gewaltenteilung bezeichnet. (vgl. Barbu, Silviu et al.: „THE SEPARATION OF POWERS IN THE CONSTITUTIONS OF THE EU MEMBER STATES", In: Challenges of the Knowledge Society, Volume 7, 2017, S: 401) Während in einer modern-„westlichen" Staatsdemokratie die Regierung die Exekutive darstellt, das Parlament die Legislative und das Gerichtssystem die Judikative, ist diese Einteilung der „Gewalten" innerhalb der Europäischen Union, schon aufgrund der Notwendigkeit anhaltender Kompromisse zwischen den Staaten, weniger eindeutig zuzuordnen.

Exekutive Aufgaben werden dabei gleichermaßen von der supranationalen EU-Kommission (EK) und dem zwischenstaatlichen Europäischen Rat (ER), der Instanz der Regierungschefs der Mitgliedsstaaten, übernommen. (vgl. Iftime, Elena: „SEVEN KEY INSTITUTIONS OF THE EUROPEAN UNION- VALIDATED BY THE LISBON TREATY", In: USV Annals of Economics and Public Administration, Volume 15, Ausgabe 3/2015, S: 186f) Während supranationale Instanzen theoretisch unabhängig von Einzelstaaten agieren können, beziehungsweise diesen übergeordnet wären, sind zwischenstaatliche Instanzen, quasi als Länderkammern, aus den direkten InteressensvertreterInnen der Staaten selbst zusammengesetzt. Legislative Aufgaben in der EU werden wiederum gleichermaßen durch die EU-Kommission, auf deren Vorschlägen die meisten EU-Gesetze basieren, (vgl. ebd.) das supranationale Europäische Parlament (EP) und den zwischenstaatlichen Rat der Europäischen Union (RdEU) ausgeübt, welcher aus den FachministerInnen der EU-Staaten für einen gewissen Themenbereich besteht. (vgl. ebd. S:185) Die Judikative

im EU-Raum wird durch den Europäischen Gerichtshof (EUGh) gebildet, der supranational aufgebaut ist, die Einhaltung der Verträge kontrolliert und sowohl durch EU-Staaten als auch EU-BürgerInnen in letzter Instanz angerufen werden kann. (vgl. ebd. S:187)

Das Europäische Parlament und die EU-Wahlen

Das Europäische Parlament entstand aus der ebenfalls 1952 etablierten „Allgemeinen Versammlung" der EGKS (vgl. Rittberger, Berthold; Glockner, Iris: "The European Coal and Steel Community (ECSC) and European Defence Community (EDC) Treaties", In: Lausre, Finn [Hrsg.]: "Designing the European union : from Paris to Lisbon", 2012, Palgrave Macmillian, 1. Auflage, S: 18f) und zeichnet sich, gegenüber nationalen Parlamenten, dadurch aus, dass es keine eigenen Initiativanträge für Gesetze stellen kann. (Rittberger, Berthold: "The Creation and Empowerment of the European Parliament", In: Journal of Common Market Studies, Volume 41, Ausgabe 2/2003, S: 212f) Stattdessen stimmt das supranationale, aus Mitgliedern aller EU-Staaten bestehende, Organ über die Gesetzesvorschläge der Exekutivinstitutionen ab, ist direkt an der Ratifizierung des EU-Budgets und wichtiger Verträge beteiligt und kann eine neue EU-Kommission, infolge eines verpflichtenden „Hearings" der neuen KommissarInnen, entweder bestätigen oder, als Gesamtpaket, ablehnen. (vgl. Bressanelli, Edoardo; Chelotti, Nicola: „Power Without Influence? Explaining the Impact of the European Parliament Post-Lisbon", In: Journal Of European Integration, Volume 41, Ausgabe: 3/2019, S: 265)

Seit 1979 wird das EP, welches sich zuvor aus von den nationalen Regierungen entsendeten Mitgliedern zusammengesetzt hatte, für eine Legislaturperiode von jeweils 5 Jahren durch die BürgerInnen der EU-Mitgliedsstaaten gewählt, wobei der jeweilige Wahlmodus weiterhin den nationalen Präferenzen unterliegt. (vgl. Hix, Simon; Hoyland, Björn: „Empowerment of the European Parliament", In: Annual Review of Political Science, Volume 16, 2013, S: 172) Aufgrund der Direktwahl durch die EU-Bevölkerung ist das EP das einzige supranationale EU-Organ mit einem eigenständigen, demokratischen Mandat. (vgl. Greenwood, Justin; Roederer-Rynning, Christilla: „Power at the expense of diffuse interests? The European Parliament as a legitimacy-seeking institution", In: European Politics and Society, online veröffentlicht am 09.05.2019 über

https://www.tandfonline.com/, wird in Volume 20, Ausgabe 04/2019 abgedruckt, S:5) Die Anzahl der AbgeordnetInnen, welche ein Staat jeweils in das EP entsendet, korreliert dabei mit seiner jeweiligen Bevölkerungsgröße, wurde aber auf mittels einer Mindest- und einer Maximalzahl harmonisiert. (vgl. Iftime, 2015, S:184) Die ParlamentarierInnen sind einerseits, zumeist, Mitglieder der nationalen Parteien, wobei diese, andererseits, wiederum Mitglieder verschiedener europäischer Parteifamilien sind, welche im EP als klassische Fraktionen agieren. Obwohl es keine vertraglich festgeschriebene Verbindung zwischen der Zusammensetzung des EPs und der EK gibt, ist es für die EK doch notwendig eine Mehrheit – als „Regierungskoalition" – innerhalb des EPs zu finden, um Zustimmung für ihre Politik zu sichern. (vgl. Marshall, David: „Explaining Interest Group Interactions with Party Group Members in the European Parliament: Dominant Party Groups and Coalition Formation", In: Journal of Common Market Studies, Volume 53, Ausgabe: 2/2015, S:313)

Seit dem Beginn seiner Direktwahl wurde das EP dabei mehrheitlich von einer - inoffiziellen, da nicht an ein konkretes „Regierungsprogramm" gebundenen - Koalition der beiden dominanten Fraktionen, der „Europäischen Volkspartei" (EVP) und „Sozialdemokratischen Partei Europas" (SPE), regiert. (vgl. Christiansen, Thomas: „After the Spitzenkandidaten: fundamental change in the EU's political system?", In: West European Politics, Volume 39, Ausgabe 5/2016, S:1006) Bei der EU-Wahl 2014 wurde erstmals versucht, nicht nur die Zustimmung des EPs für den/die EK-PräsidentIn ein zu holen, sondern, analog zu einer Wahl in einem regulären Staat, die Wahlergebnisse und darauf folgende Mehrheitsfindung direkt mit der Personalie des/der PräsidentIn zu verknüpfen, welche/r somit – obwohl diese Entscheidung in keinem EU-Vertrag konkret festgelegt wurde – aus der Reihe der SpitzenkandidatInnen der EP-Fraktionen stammen sollte. (vgl. Müller, Henriette: „Between Potential, Performance and Prospect: Revisiting the Political Leadership of the EU Commission President", In: Politics and Governance, Volume 4, Ausgabe 2/2016, S: 70f)

2-2: Die dreifache EU-Krise der Post-Lissabon-Dekade

In diesem Abschnitt werden die drei „Krisen", welche die Politik der Europäische Union in den 2010er Jahren am stärksten beeinflusst haben, auf der Ebene der Ursachen beschrieben. Dies ist notwendig, um die untersuchten EU-Wahlen und die jeweils dominanten Inhalte sinnerfassend einordnen zu können.

Bevor die drei zentralen „Krisensituationen" der EU innerhalb der 2010er Jahre beschrieben werden, sei vorangestellt, dass es sich bei dieser Darstellung keineswegs um eine reine Zuspitzung dieses Forschungsprojektes handelt. Die kombinierte Abfolge von 1) Finanz- und Schuldenkrise, 2) Flüchtlings- und Schengenkrise und 3) Brexit- und Föderalismuskrise wurde bereits in verschiedenen anderen wissenschaftlichen Arbeiten behandelt und auch auf diese Art und Weise mit dem Krisenbegriff belegt. In den Worten von Schimmelfennig handelt es sich bei diesen drei Herausforderungen um sogenannte „Integrationskrisen" – also umfassende Probleme, welche initial das akute Risiko in sich tragen würden, die Zahl der EU-Mitglieder zu verringern oder die weitgehende Renationalisierung von Kompetenzen zu fördern. (vgl. Schimmelfenig, Frank: „Liberal Intergovernmentalism and the Crises of the European Union", In: Journal of Common Market Studies, Volume 56, Ausgabe 7/2018, S: 1578) Troncotă und Loy folgen dieser Bedeutungszuschreibung und argumentieren, dass diese Krisen die Legitimität der Union in der Post-Lissabon-Zeit am meisten infrage gestellt haben. (vgl. Troncotă, Miruna; Loy, Alexandra: „EU CRISES AS 'CATALYSTS OF EUROPEANIZATION'? INSIGHTS FROM EUROBAROMETER DATA IN ROMANIA ON THE IMPACT OF THE REFUGEE CRISIS AND BREXIT", In: Europolity: Continuity and Change in European Governance, Volume 12, Ausgabe 1/2018, S: 172)

Theoretisch hätte, ergänzend dazu, auch die Ukraine-Krise von 2014 als wichtige sicherheitspolitische Krise gewertet werden können, da ihre Bedeutung auf die EU-Innenpolitik und für die EU-Wahl 2014 allerdings durch die WählerInnen nur als gering beurteilt wurde (vgl. „Eurobarometer: Nachwahlanalyse 2014", http://europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2014/post-

election-survey-2014/analytical-synthesis/de-analytical-synthesis-post-election-survey-2014.pdf, S: 9) erscheint es sinnvoller die Auswahl auf „innenpolitische“ Herausforderungen zu beschränken.

Die Finanzkrise ab 2008

Infolge der globalen Finanzkrise, welche den Weltmarkt 2008 “ereilte”, gerieten zuerst die europäischen Finanzinstitute unter Druck, da viele ihrer KundInnen ihre Kredite nicht mehr zurückzahlen konnten, beziehungsweise die damit verbundenen Hypotheken massiv an Wert verloren hatten. Durch das “Retten” von nationalen Banken wurden wiederum viele der EU-Mitgliedsstaaten erheblich belastet, da die Stimuluspakete für die heimische Wirtschaft und die “Nationalisierung” der Bankenschulden die jeweilige Staatsverschuldung massiv ansteigen ließen, was ihre Wettbewerbsfähigkeit und ihre Optionen, sich neues Kapital bei Institutionen und InvestorInnen zu leihen, signifikant einschränkte. (vgl. Efenhoff, Klaus: “The Financial Crisis and the European Union”, 2009, Nova Science Publishers, S: 46ff) Gleichzeitig verursachte das durch die Krise ausgelöste Stocken des Wirtschaftskreislaufes/die Rezession (vgl. Ionescu, Cristian: “Post-crisis Economy of the European Union in the Global Context”, In: Theoretical and Applied Economics, Volume 19, Ausgabe 6/2012, S:93) eine schnell angestiegene (Jugend-)Arbeitslosigkeit in den besonders betroffenen Staaten (vgl. Mihai-Yiannaki, Simona: “EUROPEAN UNEMPLOYMENT TRENDS AND SOCIAL DUMPING - FINANCIAL CRISIS AFTERMATHS”, In: Lex ET Scientia International Journal, Jahrgang 17, Ausgabe 1/2010, S: 346ff), was die jeweiligen Regierungen zusätzlich belastete.

Für die EU als Gesamteinheit ergab sich nun das widersprüchliche Problem, dass eine Krise in den Eurostaaten einerseits den Euro generell in Turbulenzen bringen könnte, wodurch die Kriseneffekte auch Staaten erfassen würden, deren Wirtschaft noch stabil war. Andererseits wurde die Eurozone unter Rahmenbedingungen erschaffen, welche das Übernehmen der Schulden von Drittstaaten ausschloß und der jährlichen Verschuldung und der Gesamtverschuldung eines Staates generell strenge Grenzen setzte. (vgl. Mazzucelli, Colette: „France and Germany at Maastricht: Politics and Negotiations to Create the European Union“, 2007, Routledge, S:69) Als Kompromiss wurde daraufhin

zuerst kurzzeitig 2010 mit dem „Europäische[n] Finanzstabilisierungsmechanismus“ (EFSM) und dann dauerhaft ab 2012 mit dem „Europäische[n] Stabilitätsmechanismus“ (ESM) zwar ein eigenes Kreditorgan für kriselnde Staaten gebildet, die dabei vergebenen „Darlehen“ wurden aber an konkrete Vorgaben wirtschafts- und arbeitspolitischer Natur geknüpft, hauptsächlich Sparmaßnahmen im öffentlichen Sektor, welche die Nehmerstaaten erfüllen mussten, um weitere Gelder zu erhalten. (vgl. Vasilopoulou, Sofia et al.: „Greece in Crisis: Austerity, Populism and the Politics of Blame“, In: Journal Of Common Market Studies, Volume 52, Ausgabe 2/2014, S: 388f) Insofern wurde eine Finanzkrise des globalen/europäischen Bankensystems in weiterer Folge zu einer Wirtschafts/- und Arbeitslosenkrise und – aufgrund der strengen Vorgaben, welche die Mitgliedsstaaten alternativlos erfüllen mussten, um Unterstützung zu erhalten, unabhängig davon, wie innerhalb dieses Zeitraumes in den Einzelstaaten gewählt wurde- auch zu einer demokratiepolitischen Krise.

Die Flüchtlingskrise ab 2015

Infolge der seit 2011 anhaltenden (BürgerInnen-)Kriegssituation in Syrien und der fortlaufenden politischen Unruhe/Instabilität in Afghanistan und dem Irak, kam es 2015, gemäß den Zahlen der EU-Grenzschutzorganisation FRONTEX, zu einem Rekordwert von über 1,8 Millionen Menschen – primär aus diesen drei Staaten – welche innerhalb der Union um Asyl ansuchten. (Dagi, Dogachan: „EU'S REFUGEE CRISIS: FROM SUPRANATIONALISM TO NATIONALISM?‘“, In: Journal of Liberty and International Affairs, Volume 3, Ausgabe 3/2018, S: 9) Den Großteil der organisatorischen Last trugen dabei, einerseits, die süd(ost-)europäischen EU-Staaten, da das überwältigende Gros der Asylsuchenden das Gebiet der Union durch Griechenland oder Italien betrat. Das Dublin-Abkommen, welches 1997 in Kraft trat und heute in seiner dritten Version gültig ist, hält fest, dass Flüchtlinge in dem EU-Land ihren Asylantrag stellen müssen, in dem sie das Gebiet der Union zum ersten Mal betreten haben Damit wird dabei strenggenommen impliziert, dass nur solche Staaten Flüchtlinge theoretisch aufnehmen müssten, welche selbst an der EU-Außengrenze liegen oder die Frist zur Abschiebung an den zuständigen „Dublinstaat“ verstreichen ließen. (vgl. Bigge, Marit: “Obedience and Dehumanization: Placing the Dublin Regulation within a Historical Context”, In: Journal of Human Rights

and Social Work, Volume 4, Ausgabe: 1/2019, S: 93) Andererseits reagierten einige andere EU-Staaten, (primär Deutschland, Österreich und Schweden,) angesichts der hohen Zahl an Asylsuchenden initial hilfsbereit, und versprachen – trotz ihrer gemäß der Dublinverordnung nicht primären Zuständigkeit – sowohl viele von ihnen aufzunehmen als auch sich für die Kreation eines "gesamteuropäischen" Verteilungssystems für Flüchtlinge einzusetzen. (vgl. Zaun, Natascha: "States as Gatekeepers in EU Asylum Politics: Explaining the Non-adoption of a Refugee Quota System", In: Journal of Common Market Studies, January 2018, Volume 56, Ausgabe 1/2018, S: 50f) Da es, nicht zuletzt aufgrund der Opposition der osteuropäischen Visegrad-EU-Staaten (Ungarn, Slowakei, Polen, Tschechien) gegen eine Verlagerung von Migrationsfragen auf eine supranationale Ebene, (vgl. Dagi, 2018, S:12) nicht möglich war, eine solche Übereinkunft zu erzielen, führte die anhaltende organisatorische Herausforderung und die fortlaufende Grenzüberquerung stattdessen zu 1) einem Stimmungsumschwung gegen die AsylanträgerInnen, 2) einer Verschärfung der nationalen Asylgesetze in vielen EU-Staaten (vgl. Braicu, Cezar: "EU Refugee Crisis Impact on the European Labor Markets", In: International conference KNOWLEDGE-BASED ORGANIZATION, Volume 22, Ausgabe 2/2016, S:, S:234) und 3) einem im März 2016 erzielten Abkommen mit der Türkei, die aus Syrien kommenden Flüchtlinge gegen eine Geldzahlung nicht nach Europa weiterreisen zu lassen. (vgl. ebd. S:14) Gleichzeitig wurde auch das Schengenabkommen, welches die freie Bewegung von BürgerInnen innerhalb des EU-Raumes regelt, mittelfristig eingeschränkt und in einigen Mitgliedsländern lokale Grenzkontrollen durchgeführt, da eine Regulierung/genauere Kontrolle der Bewegungen der Flüchtlinge innerhalb des Unionsgebietes nur so erzielt werden konnte. (vgl. Popa, Cristina: "The Challenges of the Schengen Area", In: Expert Journal of Economics, Volume 4, Ausgabe 3/2016, S: 98ff) Die Flüchtlingskrise wurde somit von einer organisatorisch-humanitären Herausforderung und Grenz-/Sicherheitskrise zu einer institutionellen Krise für die Union, welche, aufgrund des Erstarkens vieler asylskeptischer und populistischer Parteien in den Nationalstaaten innerhalb der Klimax der Herausforderung, zwischen 2015 und 2017, (vgl. Dagi, 2013, S:13) auch in eine Krise des Liberalismus mündete.

Die Brexitkrise ab 2016

Trotz einer komplexen und nicht immer linearen Route konnte die Entwicklung der EU seit ihrer Gründung als eine Weiterverfolgung der „ever closer union“ und somit einer, bis zum „Brexit“, fortlaufend engeren Integration betrachtet werden. Zwar verließ Grönland, welches bis 1979 direkt von Kopenhagen aus regiert wurde, 1985 die Union, allerdings hatte der Nordatlantikstaat selbst nie um eine Mitgliedschaft angesucht, bzw. war nur durch den Bund mit Dänemark Teil der EU geworden und hatte in Brüssel weder politischen noch wirtschaftlichen Einfluss besessen. (vgl. Gad, Ulrik: „Greenland: A post-Danish sovereign nation state in the making“ In: Cooperation and Conflict, Volume 49, Ausgabe 1/2014, S: 98-118, S:99) Großbritannien hingegen zählte seit seinem Beitritt zu den Unions-Vorgängerorganisationen 1973 zu den auch geopolitisch einflussreichsten Mitgliedsstaaten und ist, trotz des 1984 ausgehandelten „Britenrabatt“, einer der Nettozahler zum EU-Budget. (vgl. Groot, Loek; Zonneveld, Erik: „European union budget contributions and expenditures: lorenz curve approach“, In: Journal of Common Market Studies, Volume 51, Ausgabe 4/2013, S: 652) Das Verhältnis des Vereinigten Königreiches zur politischen Integration der Union war dabei seit jeher skeptisch, was sich u.A. durch die Ablehnung einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik, zugunsten des bestehenden NATO-Bündnisses, (vgl. Milward, Alan: „The United Kingdom and the European union“, In: Journal of European Integration History, Volume 20, Ausgabe 1/2014, S: 74) und dem Nichtbeitritt zu Währungsunion und Schengenzone gezeigt hatte. (vgl. Warlouzet, Laurent: „Britain at the Centre of European Co-operation (1948–2016)“, In: Journal of Common Market Studies, May 2018, Volume 56, Ausgabe 4/2018, S: 962) Infolge der Anfang der 2000er Jahren dominanten Debatte um die EU-Verfassung und den Vertrag von Lissabon, flammte in Großbritannien auch die Frage wieder auf, ob die Zustimmung oder Ablehnung zur EU nicht erneut einem Referendum unterzogen werden sollte. Besonders die Konservative Partei plädierte dafür, da das Aufkommen der EU-kritischen, rechten „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) unter Nigel Farage ihren politischen Erfolg gefährdete. Der damalige konservative Premierminister, David Cameron, versprach daher 2013 in einer Rede, im Fall seiner Wiederwahl 2015 neue Forderungen für eine Verbesserung der britischen Position an die EU zu stellen und das Verhandlungspaket dann einem verpflichtenden Mitgliedschaftsreferendum zu unter-

ziehen. (vgl. Wallace, Helen: „Heading for the Exit: the United Kingdom's Troubled Relationship with the European Union", In: Journal of Contemporary European Research, Volume 12, Ausgabe 4/2016, S: 810) Nach der überzeugenden Wiederwahl Camerons stimmten die BritInnen schließlich am 23.06.2016 mittels einer simplen Ja/Nein-Frage über den „Brexit", also den möglichen Austritt des Königreiches aus der EU, ab, wobei Cameron sich für die weitere Mitgliedschaft stark gemacht hatte. Entgegen den vor der Wahl veröffentlichten Umfragen gewannen die EU-GegnerInnen das Referendum dabei überraschend mit gerundet 52% zu 48%. (vgl. Niedermeier, Alexander; Ridder, Wolfram: „Das Brexit-Referendum: Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven", 2007, Springer VS, S:33) Obwohl der Vertrag von Lissabon die Möglichkeit eines EU-Austrittes kodiert hatte und es daher einen klaren Prozess gab, nachdem London und Brüssel verfahren konnten, (vgl. Douglas-Scott, Sionaidh: „Brexit, Article 50 and the Contested British Constitution", In: Modern Law Review, November 2016, Volume 79, Ausgabe 6/2016, S: 1024) stellte die Entscheidung der BritInnen eine Zäsur dar und unterstrich eine sowohl demokratiepolitische als auch institutionelle Krise der Union, da nicht ausgeschlossen werden konnte, das auch die BürgerInnen anderer Länder für den Austritt aus dem Staatenbund votieren würden.

2-3: Die EU-Wahlen 2014 und 2019 im Schatten der Krisen

In diesem Abschnitt soll der Zustand der Europäischen Union im Kontext der EU-Wahlen 2014 und 2019 analysiert werden, um sowohl die weitere Entwicklung der in Abschnitt 2-2 dargestellten „Krisen" nachzuvollziehen als auch um die Prämisse für das dargelegte Forschungsinteresse dieser Arbeit auf eine faktische Basis heben zu können. Dabei sei festgehalten, dass sich ein Teil der Darstellung dabei auf die Daten der zwei Mal jährlich erscheinenden Eurobarometer-Umfragen der Europäischen Kommission stützt. Obwohl WissenschaftlerInnen teilweise berechtigte Kritik an der Methodologie der seit den 1970ern publizierten Studie geäußert haben (vgl. beispielsweise Nissen, Sylke: „The Eurobarometer and the process of European integration", In: Quality & Quantity, Volume 48, Ausgabe 2/2014, S: 725), stellt die durchgängige Vergleichbarkeit von Kernfragen

über einen solch umfassenden Zeitraum dennoch ein nützliches Mittel zur Erfassung grober Meinungstrends, mit Vorbehalt, dar.

Parteien und AkteurInnen, welche Kritik an verschiedenen Aspekten der EU üben, für den Austritt eines Landes aus der EU eintreten oder generell eine Rückkehr zu einer reinen Wirtschaftsunion fordern, werden in Medien oft generalisierend als "EU-SkeptikerInnen", "PopulistInnen"oder "EU-FeindInnen" bezeichnet. Da diese Begriffe für sich genommen erst einmal keine konkrete Bedeutung besitzen und sehr missverständlich verwendet werden, erscheint es nötig, eine geeignetere Definition zu finden. Aufgrund des Umfangs und der konkreten Zielsetzung dieser Arbeit wurde hierfür die Beschreibung und Unterteilung von Szczerbiak und Taggart ausgewählt. Die beiden Forscher unterteilen dabei den sogenannten "Euroskeptizismus", welcher grob als eine Ablehnung der „ever closer Union among the people of Europe", also der seit den Römischen Verträgen von 1957 fortlaufenden Zielsetzung einer immer weitergehenden politischen Integration der EU, (vgl. Bucur, Iulia: "Deepening integration coordinates of the European Assembly", In: Studies and Scientific Researches: Economics Edition, Volume 3, Spezialausgabe 2010, S: 200) bezeichnet werden kann, in zwei Subpositionen:

1) Der weichere "Soft Euroscepticism" würde somit aus AkteurInnen und Parteien bestehen, welche nicht prinzipiell gegen die EU/die EU-Mitgliedschaft ihres Landes wären, beziehungsweise nicht prinzipiell alle Kompetenzen wieder auf die nationale Ebene verschieben wollen würden. Sie würden jedoch erhebliche Vorbehalte gegen die Integration in einigen Teilbereichen haben oder aber die Ansicht vertreten, der momentane Zustand, die momentane Politik der Union würde den Partikularinteressen des eigenen Staates zuwiderlaufen.

2) Der weitgehendere "Hard Euroscepticism" wiederum spricht sich vollumfänglich gegen die momentane Kompetenzverteilung der EU aus und würde entweder die Mehrheit der Kompetenzen wieder auf die Nationalstaaten übertragen oder aber generell für den EU-Austritt, beziehungsweise für ein Referendum über einen Austritt, eintreten. (vgl. Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul: "Introduction: Researching Euroscepticism inEuropean Party Systems: A Comparative and Theoretical Research Agenda", In: Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul [Hrsg.]: "Opposing Eu-

rope?: the comparative party politics of Euroscepticism. : Volume 2, : Comparative and theoretical perspectives", 2008, Oxford University Press, S: 1f)

Die EU-Wahl 2014

Die Ergebnisse der EU-Wahl 2014 (22-25.05.2014) wurden in einer Studie an der Universität von Valencia als „Big Bang of the populist parties" bezeichnet. Die vier verantwortlichen ForscherInnen argumentierten die Bezeichnung damit, dass einerseits hier bereits WählerInneneffekte spürbar waren, welche später auch zu der Wahl von US-Präsident Donald Trump und dem Brexit-Votum in Großbritannien führen würden und andererseits die „populistischen" Parteien, welche hier teilweise erstmals erfolgreich waren, später auch in den regulären Wahlen der Nationalparlamente der jeweiligen Staaten reüssieren würden. (vgl. Martín-Cubas, Joaquín et al.: „The"Big Bang" of the populist parties in the European Union: The 2014 European Parliament election", In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, Volume 32, Ausgabe 2/2019, S: 169) Obwohl die Europäische Wirtschaft sich 2014 von den Folgen der Finanz- und der Schuldenkrisen langsam erholte (vgl. Degl'Innocenti, Marta et al.: „Bank productivity growth and convergence in the European Union during the financial crisis", In: Journal of Banking and Finance, Volume 75, Ausgabe 2/2017, S: 191), Irland als erster Staat den ESM bereits wieder verlassen konnte (vgl. Howarth, David; Spendzharova, Aneta: „Accountability in Post-Crisis Eurozone Governance: The Tricky Case of the European Stability Mechanism", In: Journal of Common Market Studies, Volume 57, Ausgabe 4/2019, S: 894-911 S:903) und das Vertrauen der EU-BürgerInnen, welches besonders infolge der Staatsschuldenkrise und der damit verbundenen Austerität ab 2011 gelitten hatte, im Eurobarometer wieder von 31% auf 37% anstieg (vgl. „Eurobarometer 82", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb82/eb82_publ_en.pdf, S:110), konnten nicht etablierte linke und rechte Parteien bei dem Wahlgang signifikante Erfolge erzielen. Die Mehrheit im EP wurde zwar weiterhin durch die Parteifamilien von SPE und EVP gehalten, ihre „große Koalition" war allerdings von 448 auf 412 MandatarInnen gesunken, während sowohl die sanften EuroskeptikerInnen der „Europäischen Konservativen und Reformer", die harten EuroskeptikerInnen von „Europa der Freiheit und der direkten Demokratie", die „sanften" AusteritätskritikerInnen der „Nor-

dischen Linken“ und auch die unabhängigen KandidatInnen, welche im Fall der österreichischen FPÖ und der französischen Front National 2014 auch zu den harten EuroskeptikerInnen gezählt werden können, Stimmenzuwachse verzeichnen konnten. (vgl. Steven, Martin: “Euro-Realism’ in the 2014 European Parliament Elections: The European Conservatives and Reformists (ECR) and the Democratic Deficit” In: Representation, Volume 52, Ausgabe 01/2016, S: 3) Martin-Cubas ist dabei bezüglich der Einschätzung zu folgen, dass die gestiegene Bedeutung von „EuroskeptikerInnen“, bzw. SkeptikerInnen des Mehrheitskurses in der EK und dem EP, sich aufgrund der ideologischen Varianz der einzelnen Parteien und Fraktionen nur begrenzt in direkten Einfluss oder konkrete Policies umsetzen ließ. (vgl. Martin-Cubas, 2018, S:173f) Trotz der seit dem Vertrag von Lissabon erweiterten Funktionen des EPs, der ersten Implementierung des stärker direktdemokratischen „SpitzenkandidatInnen“-Prozesses und des Umstandes, dass 45% der WählerInnen sich über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit sorgten – ein Anstieg von weiteren 8% gegenüber der Hochphase der Finanzkrise 2009 (vgl. „Eurobarometer: Nachwahlanalyse 2014 – Soziodemografischer Anhang“, http://europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2014/post-election-survey-2014/socio-demographic/de-socio-demographic-post-election-survey-2014.pdf, S:38) – stagnierte die europäische Wahlbeteiligung bei 42,54%, (2009: 43%) [vgl. ebd. S:8] was gleichzeitig den bisherigen Minusrekord seit der Einführung der Direktwahl zum EP darstellte. Im Sinne des SpitzenkandidatInnen-Systems einigten sich die VertreterInnen von SPE und EVP nach der Wahl, Jean-Claude Juncker, den Kandidaten der siegreichen EVP, als gemeinsames „Angebot“ für die Rolle des EK-Präsidenten vorzuschlagen, wobei der formal zuständige ER sich dem Ansinnen schlussendlich anschloss und die Ernennung Junckers ermöglichte. (vgl. Peterson, John: “Juncker's political European Commission and an EU in crisis”, In: Journal of Common Market Studies, March 2017, Volume 55, Ausgabe 2/2017, S: 353)

Die weitere Entwicklung der Finanzkrise:

Während der Zeitraum zwischen den EU-Wahlen 2009 und 2014 noch von den Themenblöcken Wirtschaft und Arbeitslosigkeit dominiert wurde, konnte nach der Wahl 2014 ein signifikanter Rückgang der Bedeutung auf der Gesamt-EU-Ebene festgestellt werden.

Die im Eurobarometer ab Frühling 2015 festgestellte Verdrängung an Bedeutung durch den Themenblock Immigration (vgl. „Eurobarometer 83“, https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb83/eb83_first_en.pdf, S:14) kann, neben dem Beginn der “Flüchtlingskrise”, auch durch das Anspringen der wirtschaftlichen Konjunktur im EU-Raum und damit verbunden, der Verbesserung der Situation in einigen besonders stark von Austerität und Arbeitslosigkeit getroffenen Staaten, wie etwa Spanien und Zypern, erklärt werden. (vgl. Röger, Werner et al.: “Overcoming the euro crisis: medium and long term economic perspective”, In: International Economics and Economic Policy, 2016, Volume 13, Ausgabe 1/2016, S: 60) Während die anderen Euroländer, welche direkte Hilfen benötigt hatten, den ESM zwischen 2013 und 2016 wieder verlassen konnten und somit wieder mehr eigenen Spielraum für ihre Wirtschaftspolitik besaßen, gelang dies dem besonders stark verschuldeten Griechenland erst 2018. (vgl. Quaas, Georg: „Problem Child Greece“, In: Intereconomics, 2018, Volume 53, Ausgabe 6/2018, S: 320) Gleichwohl die Finanz- und Schuldenkrise auf gesamteuropäischer Ebene unter Kontrolle gebracht werden konnte, ist die in den Krisenjahren gestiegene Jugendarbeitslosigkeit in einigen Staaten, wie etwa Italien, nach wie vor auf Rekordwerten von über 30%. (vgl. Schrader, Klaus; Ullivelli Marta: “Italy: A Crisis Country of Tomorrow? Insights from the Italian Labor Market”, In: Kiel Policy Brief, Ausgabe 107, September 2017, über: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kiel_Policy_Brief/Kiel_Policy_Brief_107.pdf, S: 9) Auch wenn es sich dabei um keinen europaweiten Trend handelt, stellt diese italienische Herausforderung dennoch ein doppeltes Problem für die EU dar, da einerseits, gemäß Morinis Langzeitauswertung des Eurobarometers, ein direkter Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit eines Staates und seines Vertrauens in die Union besteht, (vgl Morini, Marco: „Front national and Lega Nord: two stories of the same Euroscepticism“, In: European Politics and Society, Volume 19, Ausgabe 1/2018, S:9) und andererseits der zum Zeitpunkt dieser Arbeit amtierende Innenminister Italiens, Matteo Salvini, angesichts des nationalen Arbeitsmarktes dafür eintritt, die Maastrichtkriterien für die jährliche und absolute Staatsverschuldung aufzuweichen, was als direkter Konflikt eines einflussreichen Mitgliedslandes mit der EU-Kommission bewertet werden kann. (vgl. Newell, James: „Italy’s Divided Politics“, In: „Political Insight“, Volume 9, Ausgabe 2/2018, S: 23)

Die weitere Entwicklung der Flüchtlingskrise:

Während, wie im vorherigen Abschnitt dargestellt, das Vertrauen in und die Zustimmung zur Europäischen Union infolge der Finanzkrise 2008 im Eurobarometer zuerst einmal konstant geblieben war und erst 2011 bei den BürgerInnen ein signifikanter Einbruch in beiden Bereichen gemessen werden konnte (vgl. "Eurobarometer 76", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb76/eb76_agreport_de.pdf, S: 71) hatte die Europäische Flüchtlingskrise ab 2015 einen schneller erfassbaren demoskopischen Effekt verursacht. Im Herbst des gleichen Jahres gaben bereits 58% der Befragten an, dass das Thema Migration das momentan wichtigste Problem der Union darstellte, (vgl. "Eurobarometer 84", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/70151, S:13) und parallel dazu konnte auch, gegenüber dem Frühjahr 2015, ein Abfall von 8% (auf 32%) bei der Zahl der BürgerInnen gemessen, welche Vertrauen in die EU zeigten. (vgl. ebd. S:8) Da das Vertrauen in das Staatenbündnis sich erst 2014 zuvor wieder stabilisiert hatte, beziehungsweise mehr Befragte explizit angaben, der Union zu vertrauen als ihr nicht zu vertrauen, kann die öffentliche Problemzuschreibung als Fortführung des vorherigen Krisenzustandes gewertet werden. Dabei ist festzuhalten, dass genauso wie zuvor die befragten BürgerInnen gleichermaßen die wirtschaftliche Lage und die damit verbundene Arbeitslosigkeit als wichtigste Probleme nannten, ab Herbst 2015 neben dem Thema Einwanderung an und für sich auch die direkt damit gekoppelte Angst vor Terrorismus immer häufiger als wichtigstes oder zweitwichtigstes Thema genannt hatten, (vgl. z.B. "Eurobarometer 84", S:13 und "Eurobarometer 87", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82870, S:27) ein vorheriger Wirtschafts/Arbeitslosigkeit-Cluster wurde somit von einem Migrations/Sicherheitscluster abgelöst. Obwohl das Thema Migration auch im letzten regulären Eurobarometer, im Herbst 2018, erneut als das wichtigste Problem der Union genannt wurde (vgl. "Eurobarometer 90", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/86481 , S:28) können doch drei grundsätzliche Veränderungen seit dem Ausbruch der Krise im Jahr 2015 festgehalten werden.

A - Asylrechtlicher Aspekt: Da die EU-Kommission und die für eine supranationale Lösung eintretenden Staaten, besonders Deutschland, Österreich und Schweden, sich Post-2015 nicht mit ihrer Position durchsetzen konnten, verschärften viele der einzelnen EU-Staaten, auf einzel- und zwischenstaatlicher Ebene, sowohl ihre nationalen Asylregelungen, um die logistischen und sozialstaatlichen Kosten zu senken, beziehungsweise die vermutete „Attraktivität" in ihren Ländern Asyl zu beantragen zu reduzieren, als auch Abschiebungen von AntragstellerInnen, denen man keinen objektiven Fluchtgrund attestierte, zu erleichtern. (vgl. Jakulevičienė, Lyra: "MIGRATION RELATED RESTRICTIONS BY THE EU MEMBER STATES IN THE AFTERMATH OF THE 2015 REFUGEE "CRISIS" IN EUROPE: WHAT DID WE LEARN?", In: International Comparative Jurisprudence, Volume 3, Ausgabe 2/2018, S:227)

B - Außenpolitischer Aspekt: Trotz der innerhalb der EU selbst weiter anhaltenden Diskussion, über die Option einer Verteilung von Flüchtlingen und die jeweilige Auslegung des europäischen Asylrechtes an und für sich, wurden sowohl mit der direkt an Syrien grenzenden Türkei als auch mit dem nordafrikanischen Bürgerkriegsstaat Libyen Deals abgeschlossen, wodurch sich die jeweiligen staatlichen oder quasistaatlichen Autoritäten, gegen Geldzahlungen, verpflichteten, aufgegriffene Flüchtlinge nicht in die EU weiterreisen zu lassen. (vgl. Strauch, Paul: „When Stopping the Smuggler Means Repelling the Refugee: International Human Rights Law and the European Union's Operation To Combat Smuggling in Libya's Territorial Sea", In: Yale Law Journal, Volume 126, Ausgabe 8/2017, S: 2421) Obwohl, auch aufgrund der sich dynamisch ändernden Fluchtrouten, nicht klar gewertet werden kann, inwieweit diese Maßnahmen im Einzelnen zur Abnahme der Flüchtlingsbewegung in die EU beitragen konnten, beziehungsweise wie viel Beitrag den jeweiligen innenpolitischen Vorgängen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge oder anderen Aspekten zuzuschreiben ist, weist die EU-Statistikbehörde EUROSTAT für 2018 eine Reduzierung der Asylanträge um 50%, auf 638000, vom Messwert 2015, aus. (vgl. "EUROSTAT: Asylum applications (non-EU) in the EU-28 Member States, 2008–2018", https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics#Number_of_asylum_applicants:_drop_in_2018)

C - Sicherheitspolitischer Aspekt: Da die auf dem Höhepunkt der Flüchtlingskrise in die EU einreisenden AntragsstellerInnen mehrheitlich aus den konfessionell-kulturell sunnitisch/muslimisch dominierten Staaten Syrien, Afghanistan und Irak stammten, wurde die Krise häufig auch mit der Idee einer primär muslimischen Zuwanderung verknüpft. (vgl. Droeber, Julia „New beginnings? The refugee "crisis", the "Other", and Islamic religious education in Germany", In: Studies in Global Ethics and Global Education, Volume 5, Ausgabe 5/2016, S: 95) Gleichzeitig wurde ein Teil des syrischen Staates zum damaligen Zeitpunkt durch die jihadistische Terrorgruppe "Islamischer Staat" (IS) regiert, (vgl. Jabareen, Yosef „The emerging Islamic State: Terror, territoriality, and the agenda of social transformation", In: Geoforum, Volume 58, Ausgabe 1/2015, S: 54) welche für eine Reihe von verheerenden Anschlägen auf dem Gebiet der EU verantwortlich war, wie z.B. die gleichzeitigen Angriffe auf drei Einrichtungen in Paris im November 2015, denen 130 Personen zum Opfer fielen. (vgl. "EUROPOL: TE-SAT-Bericht 2016, https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/europol_tesat_2016.pdf , S:22) Auch wenn in diesem Fall erneut nur darüber spekuliert werden kann, welchen Anteil der Zusammenbruch des IS in Syrien und die sicherheitspolitischen Maßnahmen der Unionsstaten zur Verhinderung von weiteren Anschlägen in öffentlichen Räumen am Gesamtergebnis jeweils einnahm, sank die Anzahl der Opfer von jihadistischem Terror, laut den Jahresberichten der EUROPOL, von dem Höchstwert von 150 Todesopfern im Jahr 2015 (vgl. "EUROPOL", 2016, S:22) auf 13 Todesopfer im Jahr 2018 (vgl. "EUROPOL: TE-SAT-Bericht 2019", https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/tesat_2019_final.pdf, S:30). Diese Veränderung wurde auch direkt in der Eurobarometer-Betrachtung gespiegelt, in der im Frühling 2017 noch ein Spitzenwert von 44% Terrorismus als größtes Problem der Union auswählten, (vgl. "Eurobarometer 87", S:27) während im Herbst 2018 nur noch 20% sich diesem Urteil anschlossen. (vgl. "Eurobarometer 90", S:15)

Die Restriktionen der nationalen Asylgesetzgebungen, die Reduzierung der Gesamtzahl der AntragstellerInnen und die Verbesserung der sicherheitspolitischen Situation in der EU haben als Synthese mutmaßlich dazu beigetragen, die Vormachtstellung des Themenclusters zu senken, obwohl Migration zum Zeitpunkt vor der Europawahl 2019 immer noch als wichtigstes Einzelproblem betrachtet wird. Dies kann kann dabei auch da-

mit erklärt werden, dass – obwohl das gesamteuropäische Vertrauen in die Union seit dem Herbst 2017 wieder ein positives Saldo aufweist (vgl. "Eurobarometer 88", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/81149, S:14) - nach wie vor keine langfristige, supranationale Lösung der Flüchtlingsfrage/Flüchtlingsverteilung jenseits des Dublinabkommens in der EU gefunden werden konnte, die Thematik einen anhaltenden Konflikt zwischen der Visegrad-Gruppe und der Führung der EK darstellt und einige Staaten, wie zum Beispiel Italien, nach wie vor von konstanten Flüchtlingsbewegungen über das Mittelmeer betroffen sind. (vgl. Fotaki, Marianna: „A Crisis of Humanitarianism: Refugees at the Gates of Europe", In: International journal of health policy and management, Volume 8, Ausgabe 6/2019, S: 322)

Die weitere Entwicklung der Brexit-Krise:

Obwohl der Brexit-Prozess im Juni 2016 in Gang gesetzt wurde und, nach dem Auslösen von Artikel 50 des Lissabonvertrages durch Großbritannien im März 2017, innerhalb von 2 Jahren automatisiert abgeschlossen hätte werden müssen, (vgl. Ott, Ursula; Ghauri, Pervez: „Brexit negotiations: From negotiation space to agreement zones, In: Journal of International Business Studies, 12 February 2019, Volume 50, Ausgabe 1/2019, S: 138) konnten Großbritannien und die EU sich bis zu den Europawahlen im Mai 2019 auf keine gemeinsame Nachfolgeregelung einigen. Dass zum Zeitpunkt dieser Arbeit nicht abschätzbar ist, ob und in welcher Form der „Brexit" abgeschlossen werden wird, kann dabei auch mit der innenpolitischen Schwierigkeit erklärt werden, das WählerInnenvotum, welches nur eine binäre Ja/Nein-Frage enthielt, innerhalb von komplexeren Entscheidungsprozessen adäquat umzusetzen.

Da der Brexit im Gegensatz zu anderen Krisen primär ein einzelnes Land betrifft, soll die Überblicksdarstellung grob in eine britische und eine europäische Ebene eingeteilt werden.

A - Britische Entwicklung: Innerhalb des Vereinigten Königreiches selbst, löste das Votum unverzüglich einen politischen Wechsel aus, da der bisherige Premierminister, Cameron, den Brexit nicht unterstützt hatte und nach der Ergebnisverkündung zurücktrat. Seine

Nachfolgerin aus der Konservativen Partei, Theresa May, welche ebenfalls zuvor den Austritt aus der EU hatte verhindern wollen, trat nun für die Umsetzung des Votums ein, (vgl. Abboushi, Suhail: „Britain after Brexit – brief overview“, In: Journal of International Trade Law and Policy, Volume 17, Ausgabe 1/2018, S: 69) wobei sie – im Sinne einer harten aber geplanten Auslegung – den Brexit als Mandat für einen Austritt aus der politischen Union und dem Binnenmarkt deutete, wodurch Großbritannien zwar eigene Handelsabkommen mit Drittstaaten würde abschließen können aber potentiell, anders als die Schweiz oder Norwegen, Zölle für den Handel mit EU-Staaten würde entrichten müssen. (vgl. ebd. S:75) Um eine Mehrheit für diese Politik erlangen zu können, setzte May im Jahr 2017 Neuwahlen an, welche jedoch die konservative Mehrheit im Unterhaus verspielten und eine Koalition der Konservativen mit der nordirischen „Democratic Unionist Party“ (DUP) notwendig machten. (vgl. ebd. 2018, S:71) Da die Mehrheitsverhältnisse in der britischen Gesellschaft, im britischen Parlament und innerhalb der Konservativen Partei zwischen einem „harten Brexit“, im Sinne von Mays Plan, einem „weichen Brexit“, welcher nur einen Austritt aus der politischen Union darstellen würde, einem „No-Deal-Brexit“, ohne jegliches bindende Abkommen zwischen der EU und dem Königreich oder einem erneuten Referendums, um das Votum von 2016 möglicherweise aufzuheben, schwankten, gelang es Theresa May nicht, die Brexit-Optionen, welche sie gemeinsam mit EU-VertreterInnen ausgehandelt hatte, im britischen Parlament ratifizieren zu lassen. (vgl. ebd., 2018, S:81) Sowohl Mays Konservative als auch die sozialdemokratische Labour Party von Jeremy Corbyn, welche beide lange für verschiedene Formen eines Kompromiss-Brexits eingetreten waren, mussten in der Europawahl schwere Verluste hinnehmen, während die nationalen Parteien, welche eindeutig für ein neues Referendum (Liberaldemokraten und Grüne Partei) oder für einen unbedingten oder auch „No-Deal“-Brexit (Brexitpartei unter dem vorherigen UKIP-Vorsitzenden Nigel Farage) eintraten, signifikante Erfolge feiern konnten. (vgl. „2019 European election results: United Kingdom“, Webseite des Europäischen Parlamentes, https://www.election-results.eu/united-kingdom/) Parallel mit der Schwierigkeit das Brexit-Votum umzusetzen konnte, seit 2017, auch ein Anstieg des WählerInnenanteiles, der davon ausgeht, dass der Brexit Großbritannien schaden würde oder aber für eine erneute Abstimmung eintritt, festgestellt werden. (vgl. Abboushi, 2018, S:72)

B - Europäische Entwicklung: Großbritanniens Entscheidung für einen EU-Austritt per Referendum stellt die dritte, aufeinanderfolgende innenpolitische Krisenerfahrung für die Union seit dem Vertrag von Lissabon dar, wobei manche Studien davon ausgehen, dass gerade der Umgang der Union mit der Flüchtlingskrise, welcher als unzureichend beurteilt wurde, einer der Gründe für den Abstimmungserfolg des Brexit war. (vgl. Goodman, Simon; Narang, Amrita: ""Sad day for the UK": The linking of debates about settling refugee children in the UK with Brexit on an anti-immigrant news website", In: European Journal of Social Psychology, 2019, bislang nur online publiziert, über: https://onlinelibrary-wiley-com.uaccess.univie.ac.at/doi/epdf/10.1002/ejsp.2579, S:2f) An dieser Stelle sei festgehalten, dass kleine Staaten die schon länger EU-Mitglied sind, gemäß einer Untersuchung von Panke, prinzipiell die Möglichkeit haben, in internationalen Verhandlungen „über ihrer Gewichtsklasse zu kämpfen". (vgl. Panke, Diana: „Small states in the European Union: structural disadvantages in EU policy-making and counter-strategies", In: Journal of European Public Policy, Volume 17, Ausgabe 6/2010, S: 814) Innerhalb dieses Kontextes muss die Position Irlands verstanden werden, welches von allen EU-Staaten am meisten durch den Brexit beeinflusst werden würde, da es sowohl die höchste wirtschaftliche Abhängigkeit von Großbritannien in der Union aufweist als auch die einzige Landgrenze der EU mit dem Königreich besitzt. (vgl. Anderson, James: „Ireland's borders, Brexit centre-stage: a commentary", In: Space and Polity, Volume 22, Ausgabe 2/2018, S:255) Nachdem die Unionsstaaten sich jedoch, als Teil ihres komplexen Aushandlungsprozesses für Handelsabkommen zwischen dem Europäischen Rat und den supranationalen Instanzen, (vgl. Ott; Ghauri, 2019, S:139) auf eine gemeinsamen Brexitlinie einigen konnten, wurde die irischen Prioritäten auch durch die EK und die EU-VerhandlerInnen vertreten, was das Machtgefüge zwischen Großbritannien und Irland in diesem Fall, einerseits, zugunsten Irlands verschob, andererseits die endgültige Lösung zusätzlich schwieriger machte, da die britischen Konservativen jeden Kompromiss ablehnten, welcher die Einheit des Königreiches und Nordirlands schwächen könnte. (vgl. Anderson, 2018, S:264) Diese Dynamik hatte zur Folge, dass die Union, welche den Austritt Großbritanniens grundsätzlich ablehnte, das Königreich bislang auf eine möglichst schnelle Umsetzung des Brexits, bzw. auf die Einhaltung des dafür vorgesehenen Zeitrahmens, gedrängt hatte, Großbritannien selbst aber für eine längere, über den Lissabon-Rahmen hinausgehende, Übergangsperiode eintrat, da es nicht möglich war, die

nötige Parlamentsmehrheit für einen konkreten Ausstiegsplan zu erlangen. (vgl. Larion, Alina-Paula: „THE BRITISH'S RELATIONS WITH THE EUROPEAN UNION - IN THE CONTEXT OF BREXIT", In: Ecoforum, Volume 7, Ausgabe 3/2018, S:3)

Überblicksdarstellung der EU-Popularität vor der Europawahl 2019

Während der „Brexit", als letzte der drei ausgewählten und vorgestellten Krisen, eine weitere Disintegration des Staatenbundes denkbar machte, konnte, parallel dazu, auf gesamteuropäischer Ebene auch eine langsame aber konstante Steigerung der Zustimmungswerte der Union seit dem britischen Mitgliedsreferendum verzeichnet werden.

Einerseits hatten im Juni 2016, nach dem Brexitvotum, gemäß einer „Ipsos MORI"-Befragung noch 45% der befragten EU-BürgerInnen auch die Abhaltung eines ähnlichen Referendums in ihren eigenen Staaten unterstützt, (vgl. Le Gloannec, Anne Marie: "Continent by default: The European Union and the demise of regional order", 2018, Cornell University Press, S:67) was den Befürchtungen der EU-Führung vor einem Dominoeffekt an weiteren Austritten entsprochen hätte. (vgl. Modebadze, Valeri: „THE REFUGEE CRISIS, BREXIT AND THE RISE OF POPULISM: MAJOR OBSTACLES TO THE EUROPEAN INTEGRATION PROCESS", In: Journal of Liberty and International Affairs, Volume 5, Ausgabe 1/2019, S: 89) Andererseits konnte bereits kurz darauf, im Juli 2016, in einer „IFOP"-Umfrage ein Anstieg der Popularität der Union verzeichnet werden, was von Le Gloannec potentiell als Anerkennen dessen, was bei einem Zerfall der Union verloren werden könnte, interpretiert wurde. (vgl. Le Gloannec, 2018, S:67) Troncotă und Loy beurteilen die Folge von Flüchtlingskrise und Brexit analog dazu sogar als "existenzielle Krise" der EU, welche, wie sie am Beispiel von Rumänien analysiert hatten, die "Europäisierung" – also die Bedeutung von und die Zustimmung für die Union – innerhalb des Untersuchungszeitraumes von 2014-2017 - signifikant gesteigert hatte. (vgl. Troncotă, Loy, 2018, S:217f) Minkus et al. befassten sich ebenfalls mit dem Phänomen der steigenden Unterstützung für die Union, wobei sie den Effekt sowohl mit dem Brexit als auch mit der Wahl von US-Präsident Donald Trump im November 2016 verbanden, wodurch besonders konservativ wählende EuropäerInnen, ihrer Dateninterpretation nach, sich im Kontrast zum abgelehnten US-Präsidenten stärker mit der EU assoziierten. Die ForscherIn-

nen verbinden ihre These dabei auch mit rechtskonservativen PolitikerInnen, wie dem damaligen FPÖ-Vorsitzenden Heinz-Christian Strache und dem ungarischen Premierminister Viktor Orban, welche infolge der beiden Abstimmungsergebnisse nun vielmehr versuchen würden, die EU selbst mitzugestalten anstelle sie zu dekonstruieren. (vgl. Minkus, Lara et al.: "A Trump Effect on the EU's Popularity? The US Presidential Election as a Natural Experiment", In: Perspectives On Politics, Volume 17, Ausgabe 2/2019, S:410)

Unabhängig von der genauen Ausdifferenzierung und der landesspezifischen Feinanalyse können, bei einer Eigenauswertung der Eurobarometer-Ergebnisse bis zur Europawahl 2019, die bereits seit 2016 beschriebenen gesamteuropäischen Trends in dieser Hinsicht bestätigt werden. Das Vertrauen in die EU stieg dabei konstant - ohne Unterbrechung - von 33% im Frühling 2016 (vgl. "Eurobarometer 86", S:92) auf 42% im Herbst 2018 (vgl. "Eurobarometer 90", S: 96); analog dazu erhöhte sich auch die Zahl der Befragten, welche ein positives Image mit der Union verbinden von 34% (vgl. "Eurobarometer 86", S: 96) auf 43% (vgl. "Eurobarometer 90", S:103) und statt 50% (vgl. "Eurobarometer 86", S:158) bewerteten nun 58% (vgl. "Eurobarometer 90", S: 165) die Zukunft der Union optimistisch. Als Synthese kann somit zusammengefasst werden, dass das öffentliche, europäische Meinungsbild, soweit es in Umfragen manifestiert werden kann, sich seit der Brexit-Abstimmung gegenüber der Union signifikant verbessert hat, auch wenn eine genauere Analyse über die konkreten Auslöser dafür eine separate wissenschaftliche Bearbeitung dieses Phänomens erfordern würde.

Die EU-Wahl 2019

Die EU-Wahl 2019 fand von 23.-26.05.2019 statt und war die erste europaweite Abstimmung seit dem Ausbruch der Flüchtlings- und der Brexitkrise. Trotz der zuvor dargestellten Erhöhung der Unterstützung für die Union innerhalb der EU-Bevölkerung, konnten weiche und harte EuroskeptikerInnen – wie zum Beispiel die französische Front National/Rassemblement National, die deutsche AfD, die italienische Lega und die österreichische FPÖ – bei den jeweiligen nationalen Wahlgängen seit dem Austrittsreferendum Großbritanniens Erfolge feiern, wobei die beiden letztgenannten Parteien sogar Regie-

rungsverantwortung in ihren Ländern übernommen hatten. (vgl. Adam, Rudolf: „Brexit – Eine Bilanz“, 2019, Springer VS, S:324) Gleichzeitig waren einige dieser Parteien, mutmaßlich aufgrund des bisherigen Nichterfolges der Brexit-Umsetzung oder in Hinblick auf die Verschiebung der öffentlichen Meinung, bereits vor der EU-Wahl von härteren euroskeptischen Positionen, wie etwa einem Referendum über die Unionsmitgliedschaft oder dem sofortigen Austritt aus der Gemeinschaftswährung Euro, abgerückt und sich somit verstärkt in die Richtung eines sanft-konstruktiven Euroskeptizismuses orientiert. (vgl. Hamann, Julie et al.: „Shaking Up the 2019 European Election: Macron, Salvini, Orbán, and the Fate of the European Party System”, DGAPanalyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Ausgabe 1/2019, https://dgap.org/de/article/getFullPDF/31994 S:4f) Die Wahlbeteiligung bei der Europawahl 2019 korrelierte mit der generellen, zuvor erhobenen, Steigerung der Zustimmung zur EU und betrug 50,6%, was eine Erhöhung von 8% gegenüber 2014 und die erste Trendwende seit Einführung der Europäischen Direktwahl 1979 darstellte, (vgl. „Eurobarometer – Nachwahlanalyse 2019“, http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/election2019/EB915_SP_EUROBAROMETER_POSTEE19_FIRSTRESULTS_EN.pdf, S:8) wobei so unterschiedliche Länder wie Spanien, Österreich, Polen, Ungarn oder Rumänien einen besonders starken Anstieg von über 10% verzeichnen konnten. (vgl. ebd. S:9) Analog dazu gaben bei einer Nachwahlbefragung des „Eurobarometers“ auch 25%, und damit beinahe doppelt so viele WählerInnen wie 2014 explizit, an, sie wären zu der Wahl gegangen, um die EU zu unterstützen. (vgl. ebd. S:12) Nachdem das EP es 2014 geschafft hatte, den „Spitzenkandidaten“ Jean-Claude Juncker als siegreichen Kandidaten der EVP zum Präsidenten der EK wählen zu lassen trat auch 2019 wieder die Mehrzahl der EP-Fraktionen mit einem/einer expliziten SpitzenkandidatIn an, wobei zum Zeitpunkt der Wahl noch unklar war, ob der Kandidat der erneut stärksten Fraktion, der Deutsche EVP-Politiker Manfred Weber, es schaffen würde, sich in EP und ER durch zu setzen. (vgl. Otjes, Simon: „As the Netherlands gears up for European elections, Mark Rutte faces challenges from both the left and the right”, Analyse aus dem “European Politics & Policy”-Blog der London School of Economics & Political Science, https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/09/as-the-netherlands-gears-up-for-european-elections-mark-rutte-faces-challenges-from-both-the-left-and-the-right/) Das

Wahlergebnis selbst wiederum setzte die schon 2014 festgestellte Zersplitterung, bzw. Ausdifferenzierung, des Parteiensystems fort. Die bisherigen Quasi-Regierungsfraktionen, EVP und SPE, blieben zwar die zwei größten Parteien, mussten aber erneut empfindliche Verluste hinnehmen, bzw. waren erstmals nicht mehr in der Lage, gemeinsam eine absolute Mehrheit von 376 Sitzen im EP zu erreichen. Gleichzeitig konnten die Europäischen Grünen (+24 Sitze), Renew Europe als Nachfolger der liberalen ALDE (+41 Sitze) und „Identität und Demokratie", als neue Sammelpartei des rechten Euroskeptizismus (+73 Sitze) jenseits der „eurorealistischen" ECR-Fraktion, zulegen. (vgl. „European Parliament: 2019-2024", Webseite des Europaparlaments, https://election-results.eu/european-results/2019-2024/)

Als letzter demoskopischer Faktor soll dargelegt werden, dass, gemäß der Nachwahlbefragung des Eurobarometers, diejenigen BürgerInnen, die auch wirklich gewählt haben, Wirtschaftswachstum (44%) und Umwelt-/Klimaschutz (37%) als wichtigste Gründe für die Stimmabgabe genannt hatten, während Migration mit 34% auf den fünften Platz kam. (vgl. „Eurobarometer – Nachwahlanalyse 2019", S: 17)

Nach der in diesem Kapitel erfolgen Darstellung der EU-Wahlen von 2014 und 2019 und der Beschreibung der Krisendynamiken zwischen 2009 und 2019, soll nun, innerhalb des empirischen Teils der Arbeit, anhand eines ausgewählten Samples untersucht werden, auf welche Weise die mediale Berichterstattung über die EU-Wahlgänge 2014 und 2019 den jeweiligen Zustand der Union abbildet und inwiefern mögliche Veränderungen zwischen den Wahljahren mit der Datenlage des theoretischen Teils korrelieren, welcher das Fundament für die Entwicklung der Forschungsfragen und Hypothesen bildet.

EMPIRIE

Kapitel 3: Forschungsbasis und Forschungsfragen

In diesem Kapitel werden das Forschungsinteresse, der Forschungsstand und die Forschungsfragen beschrieben, welche empirisch untersucht werden sollen.

3-1: Verknüpfung von Theorie und Empirie

In diesem Abschnitt wird dargelegt, wie der theoretische und der empirische Teil dieser Arbeit verbunden sind und was die konkreten Ziele der Forschung darstellt.

Wie im Verlauf des Theorieteiles ausführlich – auf einer gesamteuropäischen Makroebene - dargelegt wurde, war die Europäische Union innerhalb des letzten Jahrzehntes von einer Reihe von Krisen und Veränderungen betroffen, welche die punktuelle Zustimmung zu ihrer Politik und der Mitgliedschaft im Allgemeinen unter ihren BürgerInnen signifikant beeinflusst hatten. Die damit verbundenen Umfragedaten und konkrete Wahlergebnisse wurden dabei in den Abschnitten 2-2/3 ausführlich auf einer gesamteuropäischen Ebene behandelt. Während das idealistische Ziel dieser Arbeit darin bestehen würde, durch die Analyse der vorherrschenden Inhalte nachzuvollziehen, inwiefern die mediale Berichterstattung innerhalb der EU-Staaten die zuvor beschriebene Veränderung von Prioritäten, Deutungen und der Einstellung gegenüber der EU im Allgemeinen zwischen 2014 und 2019 abgebildet hatte und worin sich die Ergebnisse von den, an der realpolitischen Entwicklung orientierten, Erwartungen/Hypothesen unterscheiden, kann ein solches Vorhaben mit einer Arbeit dieser Größe nicht verwirklicht werden. Anstelle einer gesamteuropäischen Betrachtung wurden daher mit Irland und Österreich zwei EU-Einzelstaaten für die Auswertung gewählt, welche direkt von den beschriebenen Krisen beeinflusst wurden und bei denen die Betrachtung ihrer EU-Wahlkampfinhalte noch, wie Abschnitt 3-2 unterlegt, wissenschaftliche Lücken aufweist. Dabei soll, anhand der Betrachtung jeweils einer ausgesuchten Qualitäts- und einer Boulevardzeitung pro Land, herausgearbeitet werden, welche Veränderungen des, demoskopisch unterlegten, europäischen Trends auf beide Staaten zutreffen und in welchen Aspekten die Einzelnationen sich medial von ihm unterscheiden.

Vor der Darstellung der aus dem Erkenntnisinteresse abgeleiteten Forschungsfragen soll nun zuerst ausschnittsweise beschrieben werden, welche anderen Untersuchungen sich bereits innerhalb des Kontextes europäischer Wahlen mit medialen Inhaltsanalysen beschäftigt haben und welche Erkenntnisse daraus jeweils grob gezogen werden konnten.

3-2: Forschungsstand

In diesem Abschnitt wird beschrieben, welche anderen Studien sich bereits mit dem Thema der medialen Inhaltsanalyse, bzw. dem medialen Framing, von EU-Wahlen beschäftigt haben und worin die wichtigsten Erkenntnisse dieser Arbeiten bestanden.

Da die EU als Staatenbund aus, momentan, 28 Ländern ein breites Themenspektrum für Forschung bietet, überrascht es nur wenig, dass bereits eine Reihe sehr unterschiedlich angelegter inhaltsanalytischer Studien über die EU im Allgemeinen und EU-Wahlen im Speziellen verfasst wurde, wobei, wie sich bei einer Sichtung des vorhandenen Korpus innerhalb von „Google Scholar“ und der Bibliotheks-Suchmaschine der Universität Wien, „Usearch“, gezeigt hat, die meisten davon sich, aufgrund des damit verbundenen Aufwandes, auf die Bearbeitung eines Einzelstaates, zu einem einzelnen Zeitpunkt/einer einzelnen Zeitperiode, beschränken.

Gesamteuropäische Untersuchungen:

Die „Amsterdam School of Communication Research“ (ASCOR) zählt zu den wenigen Institutionen, welche – schon seit 1999- umfassende Untersuchungen der dominanten Themen/medialen Frameelemente innerhalb der Wahlkampfperioden auf gesamteuropäischer Ebene vornimmt. Für die Untersuchung der Europawahl 2009 wurden dabei, cross-medial, über 52.000 Analyseeinheiten aus Print und Rundfunk aus allen damals 27 EU-Mitgliedsstaaten ausgewertet, wobei Schuck et al. eine EU-weite Dominanz von Konflikt- und Strategieframes feststellten, wobei die konkrete Verteilung auch mit der Art des Wahlsystems, der parallelen Abhaltung anderer Wahlen und der Art des Mediums korreliert. (vgl. Schuck, Andreas et al.: “Explaining Campaign News Coverage: How Medium, Time, and Context Explain Variation in the Media Framing of the 2009 European Parliamentary Elections”, In: Journal of Political Marketing, Volume 12, Ausgabe 1/2013,

S: 17ff) In einer der Folgestudien (wobei in diesem Fall nur 15 Länder untersucht wurden) über die EU-Wahl von 2014 stellten de Vreese und Azrout fest, dass die Sichtbarkeit von EU-Wahl-Artikeln je nach Land stark variierte, wobei eine generelle Steigerung gegenüber 2009 festgestellt wurde. Auch bezüglich des Anteils an europäisch codierten AkteurInnen konnte eine klare Varianz nach Staat festgestellt werden, wobei der Wert verglichen mit 2009 insgesamt stagnierte. (vgl. de Vrees, Claes; Azrout, Rachid: „The 2014 European Parliamentary Elections in the News", Studie der Amsterdam School of Communications Research, April 2019, über: https://www.polcomm.org/wp-content/uploads/The-2014-EP-Elections-in-the-News_v010419.pdf, S: 10f)

Als weiteres Beispiel für eine gesamteuropäische Betrachtung können die Studien der Britin Juliet Lodge genannt werden, welche als Kopf eines ForscherInnenteams alle EU-Wahlen von 1979 bis 2009 jeweils inhaltlich untersucht hatte. In der von ihr geleiteten Inhaltsanalyse zur EU-Wahl 2009 konnte dabei, beispielsweise, festgestellt werden, dass bei einigen Themenbereichen, wie etwa Außenpolitik, Sicherheitspolitik oder Migrationspolitik, die nationale Betrachtung sich immerzu gegenüber der europäischen Sichtweise durchsetzen konnte, während wirtschaftliche Themen, welche angesichts der aufkommenden Finanzkrise dominierten, einen stärker europäischen Fokus besaßen. (vgl. Perez, Francisco; Lodge, Juliet: "Framing and Salience of Issues in the 2009 European Elections", In: Lodge, Juliet [Hrsg.]: "The 2009 Elections to the European Parliament", 2010, Palgrave Mcmillan, S: 302)

Strömbäck et al. analysierten die mediale Berichterstattung aus 13 verschiedenen Ländern anlässlich der EU-Wahl 2009, wobei auch sie eine starke Präsenz des Strategieframes bestätigten und eine weite Varianz bezüglich Pro-/Negativ-Framing gegenüber der Union zwischen den einzelnen Staaten – unter Einbeziehung der Rolle der JournalistInnen selbst – feststellen konnten. (vgl. Strömbäck, Jesper et al.: „The Mediatization and Framing of European Parliamentary Election Campaigns", In: Maier, Michaela et al.[Hrsg.]: „Political Communication in European Parliamentary elections", 2011, Ashgate, S: 170ff) Aufgrund der unverhältnismäßigen Aufteilung der in die Untersuchung eingegangenen Analyseeinheiten pro Einzelstaat, ist die Frage der Repräsentativität der einzelnen Länderergebnisse möglicherweise in Zweifel zu ziehen. (vgl. ebd. S: 166)

Lynda Kaid et al. beschäftigten sich, anlässlich der EU-Wahl 2004, mit einem Vergleich der Printberichterstattung aus 11 Unionsstaaten, wobei im Schnitt die Dominanz von „Horserace"-Frames gegenüber thematischen Frames und ein starker Überhang von nationalen gegenüber europäisch-orientierten Inhalten festgestellt werden konnte. (vgl. Kaid, Lynda et al.: „Kampagnen im neuen Europa: Die Darstellung der Europawahl 2004 in den Medien", In: Holtz-Bacha, Christina[Hrsg.]: „Europawahl 2004: Die Massenmedien im Europawahlkampf", 2005, VS Springer, S:245ff)

Anhand der Auswahl der hier vorgestellten Studien lässt sich gut erkennen, dass einerseits das Forschungsfeld sehr breit bearbeitet wird, andererseits gerade aus diesem Grund die Vergleichbarkeit zwischen den einzelnen Studien, sowohl inhaltlich als auch bezüglich des Umfangs der Forschungsvorhaben, nur partiell gegeben ist. Während, zum Beispiel, die Frage der Dominanz von nationalen oder europäischen Frames oder das Vorhandensein von strategischen oder konfliktbezogenen Frames in der Mehrzahl der Untersuchungen auftritt, ist es aufgrund der verschieden großen Fallzahlen an Analyseeinheiten oder aber der verschieden hohen Anzahl an bearbeiteten EU-Staaten dennoch schwierig, mögliche Veränderungen festzuhalten, sofern die Untersuchung selbst nicht Teil eines wiederkehrenden Forschungsdesigns, wie etwa innerhalb der ASCOR-Studien, ist. Längsschnittstudien stellen in diesem Zusammenhang generell eine Ausnahme dar, beziehungsweise werden in Arbeiten häufiger die dominanten Inhalte von EU-Wahlen, im Sinne der Theorie der EU-Wahlen als untergeordnete „Second-Level-Wahlen", mit regular-nationalen Wahlgängen verglichen als mit anderen EU-Wahlgängen. (siehe in diesem Zusammenhang beispielsweise Strömbäck, Jesper; Nord, Lars: „Still a second-order election: Comparing Swedish media coverage of the 2004 European parliamentary election and the 2002 national election", In: Kaid, Lynda [Hrsg.]: „The EU Expansion", 2007, Peter Lang Publishing, S: 137-152 und Brunsbach, Sandra et al.: „The Supply Side of Second-Order Elections: Comparing German National and European Election Manifestos", In: German Politics, Volume 21, Ausgabe 1/2012, S: 91-115) Als positives Beispiel sei an dieser Stelle die Untersuchung von Wilke und Reinemann genannt, welche alle europäischen Wahlgänge von 1979 bis 2004 – und somit auch eine direkte Vergleichbarkeit - in ihre Analyse einfließen ließen. Dabei konnten sie sowohl einen generellen und konstanten Anstieg der EU/EP-betreffenden Inhalte seit 1979 als

auch erneut die, aus den anderen Studien bekannte, Dominanz von nationalen Frames feststellen. (vgl. Wilke, Jürgen; Reinemann, Carsten: „Invisible second-order campaigns? A longitudinal study of the coverage of the European Parliamentary elections 1979–2004 in four German quality newspapers“, In: Communications, Volume 32, Ausgabe 3/2007, S: 318f)

Irland- und Österreich-zentrierte EU-Inhalts/Frame-Ergebnisse:

Komplementär zu den hier vorgestellten gesamteuropäischen Untersuchungen erscheint es, sowohl aus Gründen der Vergleichbarkeit als auch um zu erklären, wie sich ein Forschungsprojekt von den bereits vorhandenen Arbeiten unterscheidet, sinnvoll auch die Analysen über die EU-Wahl-Inhalte/Frames in Irland und Österreich, den in dieser Studie behandelten Staaten, vorzustellen. Während jedoch viele der großen EU-Länder und einige der kleineren Mitgliedsstaaten in dieser Hinsicht bereits auf einen umfassenden Forschungsstand zurückblicken können, konnte in den dargestellten Datenbanken kaum eine umfassende/professionelle Untersuchung aufgefunden werden, in der zentral die beiden selektierten Länder in dieser Hinsicht bearbeitet wurden. Aus diesem Grund erscheint es notwendig, zumindest partiell die Einzeldaten der gesamteuropäischen Studien auszulesen, um zumindest einen einordnenden Vergleichspunkt eruieren zu können.

Bereits in einer Inhaltsuntersuchung der ersten EU-Wahl von 1979 wurden Irlands Medienberichte untersucht, wobei, ebenso wie bei Großbritannien, beinahe 80% der Wahlberichterstattung – und damit signifikant mehr als bei den anderen untersuchten Staaten – nationalen Themen zugeordnet war. (vgl. Kelly, Mary: „The Media View of the 1979 European Election Campaign“, In: The Economic and Social Review, Volume 14, Ausgabe 2/1983, S:144) Gleichzeitig konnte auch festgehalten werden, dass sowohl bei Print- als auch Rundfunkmedien, die Strategie/Konflikt-Zentrierung der Kampagnen mit 30% den häufigsten Frame darstellten. (vgl. ebd. S:143) Bei einer Auswertung von u.A. Irlands Europaberichterstattung anlässlich der EU-Wahl 1999 wurde festgestellt, dass die „Gemeinsame Außenpolitik“ (vgl. Kevin, Deidre: „Coverage of the European ParliamentElections of 1999: National Public Spheres and European Debates“, In Javnost - The

Public, Volume 8, Ausgabe 1/2001, S:28) und die Berichterstattung über die EU-Wahl in Großbritannien in Irland häufiger als in anderen Staaten thematisiert wurde. (vgl. ebd. S:31) Auch in diesem Fall wurde erneut das starke Überwiegen nationaler Frames, bzw. die dominante Rolle von nationalstämmigen EU-AbgeordnetInnen, nachgewiesen. (vgl. ebd. S:34f)

In ihrer Studie zur EP-Wahl 2014 behandelten de Vreese und Azrout auch Irland, wobei die Sichtbarkeit des EU-Wahlkampfes in der medialen Darstellung, mutmaßlich auch aufgrund der immerzu parallel abgehaltenen Lokalwahlen, wie auch bei den vorherigen EU-Wahlgängen zu den niedrigsten innerhalb der Union zählte. (vgl. de Vreese, Azrout; 2019, S: 18) Die mögliche Korrelation zwischen dem medialen Framing und dem parallelen Abhalten anderer Wahlgänge wurde in diesem Kontext bereits in der Vorgängerstudie vermutet. (vgl. Schuck et al, 2013, S:17) Analog zählte Irland, innerhalb der 2014er Studie, auch zu den Staaten, welche mit die niedrigsten Werte an „EU"-zentrierten/EU-AkteurInnen behandelnden Inhalten aufwiesen, wobei der Abfall gegenüber 2004, dem Jahr der „EU-Osterweiterung", besonders signifikant ausfällt. (vgl. de Vreese, Azrout; 2019, S11)

Neben der hier vorgestellten Auswahl an Übersichtsstudien war es, weder innerhalb verschiedener wissenschaftlicher Aggregat-Datenbanken, noch in den Archiven irischer Universitäten, möglich, weitere thematisch relevante Untersuchungen zu finden. Die relativ geringe Anzahl an EU-Wahl-spezifischen irischen Inhalts-/Framingstudien lässt sich spekulativ auch damit erklären, dass Irland, neben der Tatsache, dass es sich um ein kleines Land handelt, über keine signifikante „euroskeptische" Partei verfügt, welche in EU-Wahlen analysiert werden könnte, bzw. die verschiedenen Referenden über Veränderungen von EU-Verträgen höhere Konfliktwerte aufweisen und demgemäß auch weiterführender analysiert wurden. (Siehe dafür z.B. Reichert, Fabian: "You vote what you read? news coverage before the two Irish referendums on the Lisbon Treaty", 2013, Anchor Academic Publishing)

In ihrer Analyse der dominanten Inhalte/Frames der EU-Wahl 2004 in Österreich stellten Picker und Zeglovits die überwiegende Position negativer EU-Darstellungen (Korruption und Konflikt) in den untersuchten Medien fest, bzw. die Nichtthematisierung einer „europäischen Vision"/Integration. (vgl. Picker, Ruth; Zeglovits, Eva: „Europa-Wahlkampf in

Österreich“, In: Tenscher, Jens [Hrsg.]: „Wahl-Kampf um Europa“, 2005, VS Verlag, S: 249f) Strömbäck et al. befassten sich anlässlich der EU-Wahl 2009 mit der Differenz zwischen KommunikatorInnen- und Medienframes, wobei sie feststellten, dass in Österreich die nationalen EU-KandidatInnen und andere nationale PolitikerInnen im Wahlkampf etwa gleich stark thematisiert (vgl. Strömbäck, Jesper et al.: „Sourcing the News: Comparing Source Use and Media Framing of the 2009 European Parliamentary Elections“, In: Journal of Political Marketing, Volume 12, Ausgabe 1/2013, S: 41) und insgesamt mehr EU-positive als EU-negative Frames in der Berichterstattung gesetzt wurden, wobei das überwiegende Gros der untersuchten Artikel nicht eindeutig eingeteilt werden konnte. (vgl. ebd. S:44f) Innerhalb der ASCOR-Studie über die EU-Wahl 2014 zählte Österreich, ebenso wie Irland, zu den Staaten, in denen die Europawahl generell am wenigsten „sichtbar“ war, auch wenn die Darstellung der EU selbst in fast allen untersuchten Staaten angestiegen war. (vgl. de Vreese, Azrout; 2019, S:10) Gleichzeitig wies die – inhaltlich wertfreie – Thematisierung von EU-AkteurInnen einen der höchsten Werte auf. (vgl. ebd. S:11) In einer weiteren Framingstudie über die EU-Wahl 2014 untersuchten Arendt und Brantner die EU-Berichterstattung der österreichischen Kronenzeitung, wobei jeweils 47% der untersuchten Artikel als negativ gegenüber der EU oder als neutral eingestuft wurden und nur jeweils 3% als positiv oder auch nur ambivalent. Da in diesem Fall aber auch die Leserbriefe der RezipientInnen mit einbezogen wurden, kann die Studie nicht als Vergleichsbasis für diese Arbeit dienen. (vgl. Arendt, Florian; Brantner, Cornelia: „Enttäuscht Gemachte WählerInnen?“, In: MedienJournal, Volume 39, Ausgabe 4/2015, S: 58)

Neben den hier vorgestellten Datenpunkten gibt es, im Fall von Österreich, auch eine Reihe von EU-Wahl-Inhaltsanalysen/Framinguntersuchungen, die als Teil von universitären Master-/Magisterarbeiten entstanden sind. Diese können jeweils auf der „Othes“-Plattform der Universität Wien online abgerufen werden, wurden in diesem Kapitel jedoch nicht wieder gegeben, da anders als im Falle von Studien welche „peer reviewed“ wurden, die Reliabilität der Daten im Einzelfall nicht ausreichend beurteilt werden kann.

3-3: Forschungsfragen und Hypothesen

In diesem Abschnitt werden die in dieser Arbeit untersuchten Forschungsfragen und die aus ihnen abgeleiteten Hypothesen vorgestellt.

In der empirisch-wissenschaftlichen Vorgehensweise befasst sich der/die Forscherin mit einem gewissen, genau definierten, Ausschnitt der erfassbaren Realität, wobei das jeweilige Forschungsinteresse durch die Formulierung der tragenden Forschungsfragen dargestellt wird. Diese werden dann wiederum, zur Ermöglichung einer Operationalisierung, in konkrete Hypothesen übergeführt, welche, mittels der ausgewählten Methode, verifiziert oder falsifiziert werden. (vgl. Früh, Werner: „Inhaltsanalyse“, 2017, utb Verlag, 9. Auflage, S:22f) Dabei ist gleichzeitig, mit Frühs Worten, festzuhalten, dass auch eine valide Inhaltsanalyse nur dazu in der Lage ist, die jeweiligen Hypothesen, also die operationalisierten Aspekte der Forschungsfragen, zu beantworten. An die theoretischen Grundüberlegungen, welche zu der Bildung der Forschungsfragen, bzw. dem Forschungsinteresse, geführt haben, lässt sich zumeist nur eine Annäherung erreichen. (vgl. ebd. S:141)

Wie bereits am Anfang dieser Arbeit und noch einmal in Abschnitt 3-1 dargelegt wurde, liegt das Forschungsinteresse darauf, wie sich – innerhalb der ausgesuchten EU-Staaten und Medien – der Umgang mit und die Darstellung der EU zwischen den EU-Wahlgängen 2014 und 2019 verändert hat. Die aus diesem Interesse abgeleiteten Forschungsfragen wurden in die folgenden Kategorien/Inhaltsbestandteile eingeteilt und operationalisiert.

<u>Kategorie A – EU-ropäisierung und Fokus:</u>

Forschungsfrage 1: Wird die EU-Wahl-Berichterstattung 2019 einen stärker EU-ropäischen Fokus aufweisen als 2014?

Für diese Kategorie wird, ausgehend von den Überlegungen aus dem Theorieteil, angenommen, dass die untersuchte Berichterstattung 2019 stärker auf EU-ropäische AkteurInnen und Themen ausgerichtet sein wird als 2014. Ausgehend davon wurden für diese Forschungsfrage folgende Hypothesen aufgestellt:

- ***Hypothese 1a:*** *Europäisch fokussierte AkteurInnen werden 2019 mehr Bedeutung einnehmen in der Berichterstattung als 2014.*

- ***Hypothese 1b:*** *Der europäische Fokus der HauptakteurInnen wird, aufgrund der stärkeren Zustimmung zur EU, in Irland stärker 2019 ausfallen als in Österreich.*

- ***Hypothese 2a:*** *Die Berichterstattung wird 2019 stärker auf inhaltliche EU-Aspekte fokussiert sein als 2014.*

- ***Hypothese 2b:*** *Der Anteil an inhaltlichen Hauptthemen wird bei fokussiert-europäischen AkteurInnen generell höher ausfallen.*

Kategorie B – Negativität und Nutzen:

Forschungsfrage 2: Wird die Union in der EU-Wahl-Berichterstattung 2019 weniger negativ dargestellt werden als 2014?

Für diese Kategorie wird angenommen, dass, entsprechend der steigenden Beliebheitswerte der Union in vielen Umfragen, die Berichterstattung weitaus positiver als 2014 ausfallen wird und mehr Vorteile der EU im Vordergrund stehen werden. Ausgehend davon wurden für diese Forschungsfrage folgende Hypothesen aufgestellt:

- **Hypothese 3:** *Der Grundton der Berichterstattung wird 2019 sowohl in Österreich als auch Irland positiver ausfallen als 2014.*

- ***Hypothese 4:*** *Die Zuschreibung an Nutzen durch die EU-Mitgliedschaft wird 2019 in der Gesamtdarstellung gegenüber 2014 ansteigen.*

- ***Hypothese 5:*** *Die Zuschreibung an Schaden durch die EU-Mitgliedschaft wird 2019 in der Gesamtdarstellung gegenüber 2014 absinken.*

Kategorie C - Integration und Stabilität:

Forschungsfrage 3: Wird die Wahlkampfberichterstattung 2019 die Union integrativer/stabiler darstellen als 2014?

Für diese Kategorie wird, aufgrund des negativen Brexit-Prozesses, angenommen, dass die EU in der Berichterstattung 2019 weniger als zerfallsbedroht dargestellt wird als zuvor und Verbesserungsvorschläge einen stärker integrativen Charakter aufweisen. Ausgehend davon, wurden für diese Forschungsfrage folgende Hypothesen aufgestellt:

- ***Hypothese 6a**: Die geäußerte Kritik/Verbesserungsvorschläge werden 2019 häufiger in den Policy-Bereich fallen als 2014.*

- ***Hypothese 6b:** Die geäußerte Kritik/Verbesserungsvorschläge werden 2019 häufiger die Zielsetzung verfolgen, die EU-Integration weiter zu führen/auszubauen.*

- ***Hypothese 7a:** Die Thematisierung des „Brexits"/anderer EU-Austritte wird 2019 häufiger auf der Policy- als der Politics-Ebene stattfinden.*

- ***Hypothese 7b:** Die Thematisierung des „Brexits"/anderer EU-Austritte wird 2019 häufiger als Herausforderung für die betreffenden Einzelstaaten gewertet werden.*

Kategorie D – Krisenwahrnehmung und Zukunft:

Forschungsfrage 4: Wird die Berichterstattung 2019 weniger von der Krisensituation geprägt sein als 2014?

Für diese Kategorie wird, aufgrund des mutmaßlichen Abklingens der Krisensituationen, angenommen, dass 2019 einerseits weniger EU-weite Krisenzustände in der Berichterstattung thematisiert werden und andererseits die Zukunftsprognosen darin optimistischer ausfallen. Ausgehend davon, wurden für diese Forschungsfrage folgende Hypothesen aufgestellt:

- ***Hypothese 8:** Die Thematisierung von Krisenzuständen wird 2019 in beiden untersuchten Mitgliedsstaaten – aber besonders in Irland - zurückgegangen sein.*

- ***Hypothese 9:*** *Es werden 2019 mehr Analyseeinheiten eine Prognose über die Zukunft der EU enthalten und die getätigten Prognosen werden häufiger „positiv-optimistisch" sein als 2014.*

Bevor in weiterer Folge die Methode für die Bearbeitung und Verifizierung/Falsifizierung dieser Hypothesen vorgestellt wird, sollen im folgenden Kapitel zuerst die bearbeiteten Forschungsobjekte umfassend präsentiert werden.

Kapitel 4: Darstellung und Argumentation des Forschungsgegenstandes

In diesem Kapitel werden die empirisch untersuchten Medien und Staaten im EU-Kontext beschrieben und ihre Auswahl argumentiert.

4-1: Profil der ausgewählten EU-Mitgliedsstaaten

In diesem Abschnitt werden die beiden untersuchten Mitgliedsstaaten der Union dargestellt, wobei sowohl ihre Aufnahme in den Staatenbund, ihre Erfahrung mit den Post-Lissabon-Krisen als auch ihre generelle Einstellung gegenüber dem europäischen Projekt beleuchtet werden.

Irland und die EU

Die Republik Irland ist seit 1973 Mitglied der Europäischen Union (vgl. Kennedy, Fiachra; Sinnott, Richard: „Irish Public Opinion toward European Integration", in: Irish Political Studies, Volume 22, Ausgabe 1/2007, S:67), beziehungsweise der damaligen „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG). Bei dem dafür notwendigen - weil verfassungsänderndem - Referendum am 10.05.1972 stimmten, bei einer Wahlbeteiligung von 70,9%, 83,1% der Wählenden für die Beteiligung Irlands (vgl. O'Mahony, Jane: „Ireland's EU Referendum Experience", In: Irish Political Studies, Volume 24, Ausgabe 4/2009, S:431). Großbritannien, das gemeinsam mit Irland 1973 der EWG beitrat, hatte kein initiales Referendum über die Teilnahme abgehalten, jedoch mussten seine BürgerInnen

am 05.06.1975 bereits – nach dem Wahlsieg der zuvor oppositionellen Labour Party - darüber abstimmen, ob sie weiterhin Teil der Wirtschaftsgemeinschaft bleiben wollten. (vgl. Roberts-Thomson, Patricia: „EU treaty referendums and the European union“, In: Journal of European Integration, Volume 23, Ausgabe 2/2001, S:110f) Aufgrund der historischen Besonderheiten der irischen Verfassung ist es zwingend notwendig, jegliche weitere Veränderung, auch nach dem Beitritt zur Europäischen Union, erneut per Referendum durch den Souverän absegnen zu lassen. (vgl. O'Mahony, 2009, S:434) Aus diesem Grund war Irland dafür verantwortlich, dass sowohl die Ratifzierung der Einheitlichen Europäische Akte (EEA) 1986 (vgl. Hodson, Dermot; Maher, Imelda: “British Brinkmanship and Gaelic Games: EU Treaty Ratification in the UK and Ireland from a Two Level Game Perspective”, In: British Journal of Politics & International Relations, Volume, 16, Ausgabe 4/2014, S: 651) als auch die der Verträge von Nizza, 2002, und Lissabon, 2009, jeweils erst ein Jahr später abgeschlossen werden konnte. Dabei ist anzumerken, dass die beiden letztgenannten Abkommen von der irischen Bevölkerung jeweils initial abgelehnt wurden und erst nach einer Verbesserung der jeweiligen Angebote an die lokalen BürgerInnen eine Mehrheit in einem erneuten Referendum fanden. (vgl. ebd. S:653)

Als Ergebnis der Finanzkrise von 2008 war Irland, als eines der stärker betroffenen EU-Länder, von 2010-2013 unter den sogenannten EU-Rettungsschirm geschlüpft, der finanzielle Unterstützung zusagte, wenn das jeweilige Land im Gegenzug politische Vorgaben im wirtschaftspolitischen Bereich (Senkung von Steuern, Einsparungen bei sozialstaatlichen Ausgaben und Beschäftigen im öffentlichen Sektor) erfüllte. (vgl. Barrett, Shaen et al.: “Sustainability, accountability and democracy: Ireland’s Troika experience”, In: Finance Research Letters, Volume 28, Ausgabe 1/2019, S: 53) Aufgrund dieser Entwicklung vertrauten im Herbst 2011, gemäß der damaligen „Eurobarometer“-Befragung, in dem traditionell EU-freundlichen Staat daher nur 24% der Union, was den zweitniedrigsten Wert aller Mitgliedsstaaten darstellte. (vgl. „Eurobarometer 76“, S:72) Zum Zeitpunkt dieser Arbeit spielt Irland eine wichtige Rolle innerhalb der EU-Verhandlungen mit Großbritannien über den „Brexit“, aufgrund des sogenannten „Backstops“. Dabei geht es um das Verhältnis der Republik Irland und der zu Großbritannien gehörenden Region Nordirland, welche – nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs – potentiell erneut

durch eine harte Grenze getrennt werden würden. Im 20 Jahrhundert war es, nach der Abtrennung der Republik Irland von Großbritannien, 1922, in Nordirland (NI) jahrzehntelang zu blutigen Konflikten zwischen mit der Republik sympathisierenden KatholikInnen und dem Königreich gegenüber loyalen ProtestantInnen gekommen. (vgl. Anderson, James: "Ireland's borders, Brexit centre-stage: a commentary", In: Space and Polity, Volume 22, S:2/2018, S:257) Diese Auseinandersetzungen konnten erst 1998 durch das sogenannte Karfreitagsabkommen beendet werden, welches zur Entwaffnung aller paramilitärischen Gruppen in NI führte und die Option einer Vereinigung von NI mit der Republik ermöglichte, sofern dies von einer Mehrheit der NordIrinnen gewünscht werden sollte. (vgl. ebd. S:255) Da sich die EU und Großbritannien infolge ihrer Verhandlungen bislang auf keine umfassende Lösung einigen konnten, wie die irisch-britische Landgrenze in Zukunft behandelt werden sollte – beide Seiten aber aufgrund der Geschichte eine harte Grenze vermeiden wollen – sieht der EU-Vorschlag für die Brexit-Verhandlungen einen „Backstop" vor, der, bis man zu einer finalen Lösung käme, Nordirland gegenüber dem restlichen britischen Territorium bevorzugen und viele der momentanen Regelungen auch nach dem Austritt des Königreichs weiter in Kraft halten würde. Der Vorschlag wird von der Republik Irland unterstützt, wurde von der britischen Regierung bislang aber skeptisch beurteilt, da er zu einer Spaltung von Großbritannien und NI beitragen könnte. (vgl. ebd. S:261f)

Gemäß der letzten verfügbaren Eurobarometer-Umfragen, aus dem April 2019, ist Irland das EU-Mitglied in dem die meisten BürgerInnen (51%) Vertrauen mit der Union verbinden (vgl. Eurobarometer-Report: „Emotions and political engagement towards the EU", April 2019, S:8, über: https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/emotions-and-political-engagement-towards-the-eu/report/en-flash-2019.pdf), 83% der befragten IrInnen hielten die EU für eine gute Sache, (was den dritthöchsten Wert aller Mitgliedsländer darstellt,) [vgl. Eurobarometer-Report: „NÄHER AN DEN BÜRGERN, NÄHER VOR DER WAHL", April 2019, S: 16, über: https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/parlemeter-2019/report/de-eurobarometer-2019.pdf] und 88% sind davon überzeugt, dass Irland von der Mitgliedschaft profitiert hat, was der fünfthöchste Wert aller Mitgliedsländer ist. (vgl. ebd. S:18)

Österreich und die EU

Die Republik Österreich ist seit 1995 Mitglied der Europäischen Union, nachdem bei der dafür notwendigen Volksabstimmung am 12.06.1994 66,6% der teilnehmenden WählerInnen sich für die dahingehende Veränderung der österreichischen Bundesverfassung ausgesprochen hatten. (vgl. Oberhofer, Harald; Streicher, Gerhard: „Die Handelseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft 25 Jahre nach der Volksabstimmung", Studie des Österreichisches Institutes für Wirtschaftsforschung, April 2019, S: 3, URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=61796&mime_type=application/pdf) Anders als im Fall von Irland ist die direkte Demokratie in Österreich weniger stark verfassungsrechtlich verankert, weshalb es – seit der Gesamtänderung der Bundesverfassung anlässlich des EU-Beitritts – laut der herrschenden Rechtsmeinung und den jeweiligen Bundesregierungen nicht mehr zwingend notwendig ist, neue EU-Verträge grundsätzlich erneut per Volksabstimmung ratifizieren zu lassen. (vgl. Gloggnitzer, Sylvia: „Der Vertrag von Lissabon", In: Geldpolitik & Wirtschaft", Volume 5, Ausgabe 1/2008, S: 89) Stattdessen stimmt das österreichische Parlament direkt über die Änderungen ab, wie es auch 2008 beim Vertrag von Lissabon passiert ist. (vgl. „Große Mehrheit für den Vertrag von Lissabon - Parlamentskorrespondenz Nr. 305 vom 09.04.2008", Offizielle Homepage des Österreichischen Parlamentes, URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2008/PK0305/index.shtml) Gleichzeitig ist es, aufgrund der innenpolitischen Mehrheitsverhältnisse, möglich, dass künftige Verträge doch einer „freiwilligen" Abstimmung unterliegen könnten, wie es die Sozialdemokratische Partei Österreichs, kurz nach der Annahme des Lissabonabkommens, in einem offenen Brief in der „Kronenzeitung" angedeutet hatte. (vgl. Falkner, Gerda: „Austria in the European Union", In: Bischof, Günther; Karlhofer, Ferdinand [Hrsg.]: „Austrian Studies Today – Volume 25", 2016, Uno Press, S: 107)

Österreich ist seit seiner (Neu-)Gründung durch den Staatsvertrag von 1955 offiziell ein (militärisch) neutraler Staat, jedoch wurde seit dem Beginn der EU-Mitgliedschaft immer wieder diskutiert, ob eine vollständige Neutralität in diesem Kontext noch möglich wäre. Seit dem Vertrag von Amsterdam, 1997, und der damit verbundenen Anpassung der österreichischen Verfassung, kann das Land offiziell an Friedensmissionen innerhalb der

„Gemeinsamen Außen-und Sicherheitspolitik“ der Union teilnehmen. (vgl. Luif, Paul: „Austrian Neutrality in the 21st Century“, In: Bischof, Günther; Karlhofer, Ferdinand [Hrsg.]: „Austrian Studies Today – Volume 25“, 2016, Uno Press, S: 85) Im Jahr 2000 hatten die 14 damals anderen EU-Staaten ein halbes Jahr lang Sanktionen - konkret die Minimierung der diplomatischen Kontakte - gegenüber Österreich ausgerufen, aus Protest gegen die Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs. (vgl. Seidendorf, Stefan: “Defining Europe Against its Past? Memory Politics and the Sanctions Against Austria in France and Germany”, In: German Law Journal, Volume 6, Ausgabe 2/2005, S: 442f)

Die “Flüchtlingskrise” von 2015 stellte für Österreich auf europäischer Ebene gleich zweifach eine besondere Situation dar. Einerseits war Österreich eines der populärsten Zielländer der Flüchtlinge innerhalb der EU und einer der Staaten der, sowohl pro Kopf als auch in ganzen Zahlen, am meisten AntragsstellerInnen zu verzeichnen hatte. (vgl. Simsa, Ruth: “Leaving Emergency Management in the Refugee Crisis to Civil Society? The Case of Austria“, In: Journal of Applied Security Research, Volume 12, Ausgabe 1/2017, S:80) Andererseits stand Österreich wenige Monate nach „Ausbruch“ der Krise in einem Konfliktverhältnis mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, welche allgemein eine stärker europäische oder gemeinschaftliche Lösung der Asylfrage verfolgte (vgl. Tawat, Mahama: „Towards an ever“closer” union? Refugee Policy and Social Cohesion in Eastern EU Member States“, In: East European Politics, Volume: 32, Ausgabe 2/2016, S: 280), während der damalige österreichische Außenminister und spätere Bundeskanzler, Sebastian Kurz, der in dieser Debatte die prominenteste, nationale Rolle einnahm, für eine einseitige oder bilaterale Schließung der Fluchtrouten eintrat, selbst wenn noch kein umfassender Kompromiss gefunden werden konnte. (vgl. Albahari, Maurizio: “From Right to Permission: Asylum, Mediterranean Migrations, and Europe’s War on Smuggling”, In: Journal on Migration and Human Security, Volume 6, Ausgabe 2/2018, S: 124)

Bei der Eurobarometer-Umfrage im April 2019 gaben zwar auch 37% der befragten ÖsterreicherInnen an, mit der EU Vertrauen zu verbinden – was den dritthöchsten Wert aller Mitgliedsländer darstellt. (vgl. Eurobarometer-Report: „Emotions and political engagement towards the EU“, April 2019, S:8, über: https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/emotions-and-political-engagement-

towards-the-eu/report/en-flash-2019.pdf) Gleichzeitig gaben aber nur 46% der Befragten an, dass sie die EU generell für eine „gute Sache“ hielten, was den fünftniedrigsten Wert in der Union darstellt, während weitere 38% eine neutrale Meinung vertraten. (vgl. Eurobarometer-Report: „NÄHER AN DEN BÜRGERN, NÄHER VOR DER WAHL“, April 2019, S: 16, über: https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/parlemeter-2019/report/de-eurobarometer-2019.pdf) Außerdem waren 57% davon überzeugt, dass die Mitgliedschaft in der EU Österreich prinzipiell Vorteile gebracht hat, während 34% nicht von einem Vorteil ausgingen - dies stellt den drittnegativsten Wert aller Unionsstaaten dar. [vgl. ebd. S:18)

Selektion der EU-Staaten:

Die beiden vorgestellten Staaten wurden sowohl aus strukturellen, aus rationalen und aus inhaltlichen Gründen als Forschungsobjekt ausgewählt. Schon aufgrund der sprachlichen Barriere erschien es rational, Mitgliedsländer zu selektieren, in denen einflussreiche, bzw. mit einer signifikanten Reichweite ausgestattete, Massenmedien vorhanden waren, welche ohne zusätzlichen Übersetzungsaufwand sinnerfassend rezipiert und codiert werden konnten. Gleichzeitig, wie innerhalb von Abschnitt 3-2 erläutert wurde, existiert bereits eine Reihe von Arbeiten, welche Inhalts-/Framing-Analysen über die EU-Berichterstattung in Deutschland und Großbritannien vorgenommen haben, weshalb eine Auswertung der jeweiligen kleineren Nachbarländer Irland und Österreich vermehrt zur partiellen Füllung einer Forschungslücke beiträgt. Darüber hinaus bietet sich auch die Thematisierung der drei vorgestellten Krisen bei der Auswahl dieser zwei Länder besonders gut an, da Irland besonders stark von der Finanzkrise und dem Brexit und Österreich besonders stark von der Flüchtlingskrise betroffen war und, wie anhand der Eurobarometer-Untersuchungen als Langzeittrend sichtbar wird, die beiden Staaten außerdem Kontrastpunkte in der durchschnittlichen Beurteilung der Europäischen Union durch die Bevölkerung darstellen.

4-2: Profil der ausgewählten Medien

In diesem Abschnitt werden die für die Untersuchung ausgewählten Medien/Tageszeitungen kurz vorgestellt und ihre wichtigsten Merkmale/Einstellung zur EU beschrieben.

Es handelt sich dabei jeweils pro Land um eine Boulevardzeitung/Mid-Market-Zeitung und eine Qualitätszeitung. Johannes Raabe definiert im „Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft" Boulevardzeitungen vor allem durch die Verwendung eines plakativen Stils, reißerischer Schlagzeilen und einer einfachen Sprache. (vgl. Rabe, Johannes: „Boulevardpresse", In: Bentele, 2013, S: 33) Demgegenüber stehen die Qualitätszeitungen, deren genaue Definition oftmals, aufgrund der verschiedenen Ausprägungen von Qualität, umstritten ist. In diesem Kontext soll dabei der Annäherung von Stephan Russ-Mohl gefolgt werden, welcher Qualitätsmedien durch den Fokus auf 1) die BildungsbürgerInnen einer Gesellschaft, 2) national-orientierte anstelle von regionalen Berichten und 3) tiefgründige, den Hintergrund beleuchtende, Berichterstattung beschrieb. (vgl. Russ-Mohl, Stephan: „Quality Press", In: Donsbach, Wolfgang [Hrsg.]: „The International Encyclopedia of Communication", 2008, Wiley-Blackwell Publishing, 1. Auflage, S: 4064)

<u>Irische Medien:</u>

Irish Times:

Die „Irish Times" wurde 1859 als mediales Organ mit klarem Bekenntnis zur Bewahrung von Irlands Position im Vereinigten Königreich („Unionismus") gegründet und kann grob als „linksliberales" Qualitätsmedium eingestuft werden. (vgl. Horgan, John; Flynn, Roddy: „Irish Media : A Critical History", 2017: Four Courts Press, 2. Auflage, S:13) Die Times war bereits während des Referendums von 1972 für die Mitgliedschaft Irlands in der damaligen Europäischen Gemeinschaft (vgl. Fitzgerald, Maurice: „Ireland within the Realms of the EC's First Wave of Enlargement", Unpubliziertes Paper anlässlich des XIV. International Economic History Congress, Helsinki 2006, S:31 über:

http://www.helsinki.fi/iehc2006/papers3/Fitzgerald.pdf) und verfolgt eine generell EU-freundliche Blattlinie. Laut den neuesten, zum Zeitpunkt dieser Arbeit, veröffentlichten Statistiken der, im Besitz der britischen und irischen Medienindustrie befindlichen, Organisation „Audit Bureau of Circulations“ (ABC) hatte die „Irish Times“ im zweiten Halbjahr 2018 eine durchschnittliche Reichweite von 58.131 Ausgaben pro Tag und war somit die irische Tageszeitung mir der zweithöchsten Reichweite. (vgl. ABC-Bericht: „The Irish Times, July to December 2018“, 21.02.2019, über: https://www.abc.org.uk/Certificates/49256125.pdf)

Irish Independent:

Der „Irish Independent“ wurde 1905 als für die Unabhängigkeit Irland kämpfendes Medium gegründet (vgl. Horgan, 2017, S:15) und vertrat somit eine klar nationalistische Linie. (vgl. ebd. S: 16) Politisch kann das Mid-Market-Blatt, welches Elemente von Qualitätsmedium und Boulevardzeitung enthält, als – für irische Verhältnisse – „rechtskonservativ“ eingestuft werden. (vgl. ebd. S:120) Der Independent hatte bereits während des dritten Referendums über die Veränderung der irischen Verfassung, 1972, für die Mitgliedschaft des Landes in der Europäischen Gemeinschaft plädiert (vgl. Keogh, Dermot: „THE DIPLOMACY OF `DIGNIFIED CALM': AN ANALYSIS OF IRELAND'S APPLICATION FOR MEMBERSHIP OF THE EEC, 1961—1963“, In: Chronicon, Volume 1 ,Ausgabe 4/1997, S:58) und unterstützte die jeweils europäisch-integrativere Position auch in den folgenden Volksabstimmungen, zuletzt während der Referenden über die Zustimmung zum Lissabonvertrag, 2008/2009. (vgl. Gora, Anna: „The Irish Lisbon Treaty Referendum: Does Direct Democracy work for the EU? “, Unpubliziertes Paper anlässlich der 8. ECSA-C Biennial Conference: „Whither Europe?“, Victoria, British Columbia, 2009, S: 7, über: https://www.academia.edu/234931/The_Irish_Lisbon_Treaty_Referendum_Does_Direct_Democracy_work_for_the_EU) Laut den Daten der „ABC“ hatte der „Independent“ im zweiten Halbjahr 2018 eine durchschnittliche Reichweite von 83.900 Ausgaben pro Tag und war damit die am weitesten verbreiteteste Tageszeitung des Landes. (vgl. ABC-Bericht: „The Irish Independent, July to December 2018“, 21.02.2019, über: https://www.abc.org.uk/Certificates/49255849.pdf)

Österreichische Medien:

Der Standard:

„Der Standard“ wurde 1988 von Oscar Bronner als „linksliberal“ ausgerichtetes Qualitätsmedium gegründet (vgl. Kaltenbrunner, Andy et al.: „Der Journalisten-Report: Österreichs Medien und ihre Macher - Eine empirische Erhebung“, 2007, Facultas Verlag, S: 45). 1994 hatte sich das Blatt, während der Volksabstimmung über den österreichischen Beitritt zur Europäischen Union, eindeutig für die Mitgliedschaft ausgesprochen (vgl. Müller, Martin: „Taking Stock of the Austrian Accession to the EU: With Regard to the Arguments of its Referendum Campaign in 1994“, Universität Genf 2008, Masterarbeit, S:19) und im Verlauf der Debatte über die Ratifizierung des Lissabon-Vertrages durch Österreich trat die damalige Chefredakteurin, Alexandra Föderl-Schmid, in Kommentaren mehrmals für die Zustimmung zum vorgeschlagenen Vertragswerk oder aber für ein noch stärker europäisch-integratives Abkommen ein. (vgl. z.B.: „Europa fehlt der Esprit“, 20/21.10.2007, https://derstandard.at/3081341/Europa-fehlt-der-Esprit und „Der nicht geführte Kampf“, 10.04.2008, https://derstandard.at/3296549/Der-nicht-gefuehrte-Kampf) Gemäß den letzten, zum Zeitpunkt dieser Arbeit verfügbaren, Daten der nationalen Branchenstudie „Media-Analyse“ hat die Qualitätszeitung eine Reichweite von 7,8% in Österreich und erreicht damit signifikant mehr LeserInnen als die vergleichbaren Qualitätspublikationen „DiePresse“ (4,6%) und „Salzburger Nachrichten“ (3,4%). (vgl. Media-Analyse-Bericht: „MA 2018 - Presse“, 28.03.2019, über: https://www.media-analyse.at/table/3129)

Die „Neue Kronenzeitung“

Die „Kronenzeitung“ erschien in ihrer ersten Inkarnation bereits 1900 und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg 1959 erneut, unter demselben Namen, durch Hans Dichand als „rechtskonservatives“ Boulevardmedium gegründet. (vgl. Seethaler, Josef: „Österreichische Tageszeitungen – über 100 Jahre alt“, In: Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr2 [überarbeitete Version], Österreichische Akademie der Wissenschaften, S:3) Die „Kronenzeitung“ kann allgemein als „euroskeptisch“ betrachtet werden, verfolgt dabei aber, aufgrund ihrer besonderen Vormachtstellung am österrei-

chischen Medienmarkt, häufig eine Position, die sich zumindest partiell an der Mehrheitsmeinung der ÖsterreicherInnen orientiert. Schon während des EU-Referendums 1994 trat das Medium zuerst gegen den Beitritt zur Europäischen Union ein, wechselte aber, angesichts der absehbaren Zustimmung durch die Bevölkerung, ein halbes Jahr vor dem eigentlichen Wahltag in das Lager der UnterstützerInnen. (vgl. Birk, Franz: „Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie EU-Euroskeptizismus“, In: Krejci, Herbert: „Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro“, 2004, ARGE Informations-und Medienforschung, über: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriade_bate_20.pdf) Während der Ratifikationsdebatte über den Vertrag von Lissabon sprach sich das Blatt gegen die Zustimmung des Nationalrates zu dem Abkommen aus, da man durch die Aufwertung der europäischen Institutionen eine Vielzahl von Nachteilen für die nationalen BürgerInnen erwartete. (vgl. Geden, Oliver: „Österreich - Zügige Ratifikation in europaskeptischem Umfeld“, In: Lieb, Julia; Maurer, Andreas [Hrsg.]: „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Diskussionspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2008, S: 116, über: https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/081204_DP_Ratifikationen_KS_Auflage4.pdf) Die „Kronenzeitung“ erreichte bei den letzten verfügbaren Zahlen der österreichischen Branchenstudie „Media-Analyse“ eine Reichweite von 27,2% was sie zur meistgelesenen Zeitung in Österreich macht. (vgl. Media-Analyse-Bericht: „MA 2018 - Presse“, 28.03.2019, über: https://www.media-analyse.at/table/3129)

Selektion der Medienpublikationen:

Die hier vorgestellten Medien wurden aufgrund der Basis von 1) Kontrastsetzung, 2) Repräsentativität und 3) Verfügbarkeit ausgewählt. Mit dem ersten Punkt ist der Umstand gemeint, dass bei Arbeiten dieser Form zumeist ein Boulevardmedium und ein Qualitätsmedium verglichen werden, um die strukturellen und inhaltlichen Unterschiede besonders signifikant herausarbeiten zu können. Innerhalb des EU-Kontextes könnte dabei außerdem vermutet werden, dass eine Qualitätszeitung prinzipiell dem europäi-

schen Projekt aufgeschlossener gegenübersteht als ein Boulevardmedium. Während die in Österreich für diese Studie selektierten Medien - die Qualitätszeitung „Der Standard“ und das Boulevardblatt „Kronenzeitung“ - dieser Erwartungshaltung zweifellos entsprechen, ist die Situation auf dem irischen Zeitungsmarkt weitaus komplexer. Da auch schon die irische Politik ein stark zentrisches Element beinhaltet, welches möglicherweise auf die komplexe Geschichte mit Großbritannien und den langen Kampf um die eigene politische Unabhängigkeit zurück zu führen ist, widersetzt sich auch der irische Printmedienmarkt, zumindest in seiner massenmedialen Ausprägung, dem Versuch einer klaren Einteilung in die vermuteten Schablonen. Der „Independent“ verfolgt zwar politisch konservativere Positionen als die „Times“, kann aber von Angebot und Ideologie her vermehrt als ein Mittelding zwischen den beiden Extrempolen gesehen werden. Auch die Positionierung des „Independents“ gegenüber der EU wurde, schon bei einer groben Sichtung des Materials, als komplexer und weniger skeptisch als bei anderen klassischen Boulevardmedien gewertet. Trotz dieser augenscheinlich niedrigeren Kontraste (verglichen mit dem österreichischen Beispiel) erscheint die vorgenommene Auswahl zielführend, da eine stärkere mediale Ablehnung der EU nur außerhalb des klassischen irischen Printmedienmarktes möglich gewesen wäre, worunter der Selektionspunkt Repräsentativität gelitten hätte. Kombiniert mit dem Umstand, dass eine Reihe anderer irischer Tageszeitungen aus der Grundgesamtheit entfernt wurde, da sie entweder Lokalausgaben von britischen Medien sind, was die Vergleichbarkeit zu genuin irischen Medien erschwert hätte, oder aber, gemäß dem dritten Selektionspunkt, nicht für die Zwecke einer solch umfassenden Auswertung online zugänglich waren, erscheint die Auswahl von „Times“ und „Independent“ vertretbar und adäquat für die besonders affirmative EU-Position Irlands.

Kapitel 5: Wahl und Anwendung der Forschungsmethode

In diesem Kapitel wird erklärt, welche theoretischen Konzepte hinter der ausgewählten Forschungsmethode stehen und welche konkreten Schritte bei der Durchführung dieser Inhaltsanalyse unternommen wurden.

5-1: Die Inhaltsanalyse als Methode der empirischen Sozialforschung

In diesem Abschnitt wird erklärt welche theoretischen Forschungskonzepte hinter der genutzten Methode stehen und wie diese definiert werden.

Bei dem für diese Arbeit verwendeten Untersuchungsdesign handelt es sich um eine quantitativ-deskriptive Inhaltsanalyse im Längsschnittdesign. Im Folgenden soll dabei kurz erklärt werden, worum es sich dabei genau handelt und warum man sich für diese Methode entschieden hat.

Krippendorf definiert die Inhaltsanalyse als eine empirische Forschungstechnik, welche sowohl nachvollziehbare/reproduzierbare als auch valide Schlussfolgerungen über sowohl „Texte“, bzw. auch andere bedeutungstragende Einheiten, als auch den Kontext der Verwendung dieser „Texte“ möglich macht. (vgl. Krippendorf, Klaus: „Content Analysis“, 2004, Sage Publications, 2. Auflage, S:18f)

Gütekriterien empirischer Forschung

Die zuvor angesprochenen Konzepte der Validität und der Reproduzierbarkeit, sinngemäß die Reliabilität, werden, zusammen mit dem Ideal der Objektivität, häufig als die 3 wichtigsten, beziehungsweise entscheidendsten, Gütekriterien (sozial-)wissenschaftlicher Forschung genannt. Während Objektivität sich allgemein darauf bezieht, dass eine Messung oder Auswertung frei von störenden Einflüssen durchgeführt werden muss, welche nicht sich nicht direkt aus dem Forschungsobjekt selbst ableiten lassen, (vgl. Rammstedt, Beatrice: „Reliabilität, Validität, Objektivität“, In: Wolf, Christof; Best, Henning: „Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse“, 2010, VS Verlag, S:240) ist mit Reliabilität die (interpersonell feststellbare) Genauigkeit der „Messung“,

bzw. der inhaltlichen Codierung, eines Textes gemeint. (vgl. ebd. S:242f) Das Kriterium der Validität wiederum sagt aus, ob ein Forschungsdesign dazu in der Lage ist, die Aspekte, welche erforscht werden sollen, auch wirklich zu erfassen. (vgl. ebd. S:250)

Vorgang und Ziel einer Inhaltsanalyse bestehen somit darin, unter Einhaltung der dargestellten Gütekriterien, messbare Elemente (Häufigkeiten, Vorkommen, Beurteilung…) aus Analyseeinheiten identifizieren und interpretieren zu können, wobei die untersuchten Elemente aus dem jeweiligen Forschungsdesign abgeleitet werden und keineswegs auf rein metrische Aspekte reduziert sind. Jegliche Form von Beschaffenheit kann prinzipiell analysiert werden, wobei gerade innerhalb von quantitativen Untersuchungen zumeist quantifizierbare Ergebnisse im Vordergrund stehen. (vgl. Früh, 2017, S:30f)

Formen der Inhaltsanalyse nach Früh

Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Werner Früh unterteilt die Methode der Inhaltsanalyse in drei unterschiedliche, idealtypische Ansätze, welche im Folgenden kurz vorgestellt werden sollen.

- *Formal-deskriptiver Ansatz:* Bei diesem Ansatz geht es um die Zählung, Messbarkeit und Beschreibung „äußerlicher" – oder auch textimmanenter – Merkmale, bzw. Eigenarten der Analyseeinheit.

- *Diagnostischer Ansatz:* Bei diesem Ansatz geht es um die „Beziehung" zwischen dem jeweiligen Textinhalt und dem/der jeweiligen KommunikatorIn. Es wird also erhoben/analysiert, was der/die AutorIn innerhalb der untersuchten Analyseeinheiten mitteilen wollte, beziehungsweise welche anderen Schlüsse über seine/ihre Verfassung/Wissen/Einstellung gezogen werden können.

- *Prognostischer Ansatz:* Bei diesem Ansatz steht die Frage im Vordergrund, welche möglichen Wirkungen die untersuchten Analyseeinheiten bei den jeweiligen RezipientInnen potentiell auslösen würden/könnten.

Formal-deskriptiv orientierte Inhaltsanalysen erfordern als einziger Ansatz nicht die Kombination der „reinen“ Textauswertung mit anderen Methoden/anderen Datensätzen, ermöglichen daher aber auch nur die Beantwortung vergleichsweise eingeschränkter wissenschaftlicher Problemstellungen. (vgl. Früh, 2017, S:46f)

Für diese Arbeit wurde, schon aufgrund der pragmatischen Umsetzbarkeit, die Verfolgung eines formal-deskriptiven Ansatzes gewählt, es soll also nur die Beschaffenheit des Textes selbst (ausgehend von den gewählten Forschungsfragen) analysiert werden, ohne die Dimensionen der KommunikatorInnen-Ziele und der RezipientInnen-Wirkung explizit zu erheben, bzw. interpretieren. Gleichzeitig könnten die Ergebnisse dieser Studie dafür verwendet werden, diese weiterführenden Fragestellungen als Ausgangspunkt zu analysieren.

Quantitative und qualitative Forschung

Sozialwissenschaftliche Forschung, unabhängig davon, ob es sich um Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft oder Psychologie handelt, beschäftigt sich – grob zusammengefasst - mit der zielgerichteten Erfassung und Analyse von Daten, etwa durch Methoden wie die Beobachtung, die Befragung oder die Inhaltsanalyse, deren Untersuchungsgegenstand das gesellschaftliche Zusammenleben von Menschen betrifft. Gleichzeitig können die dafür verwendeten Methoden in zwei grundsätzliche Gruppen eingeteilt werden, beziehungsweise, die meisten Methoden sowohl auf eine quantitative als auch eine qualitative Art angewandt werden. Vereinfacht ausgedrückt, versucht qualitative Forschung eine überschaubarere Anzahl von Objekten tiefgehend zu erforschen und zu erklären, während quantitative Forschung eine höhere Anzahl von Objekten auf einer „oberflächlicheren“ dafür aber metrisch messbareren Ebene darstellen möchte. Während qualitative Forschung in ihrer idealen Form außerdem induktiv vorgeht, also zuerst so viele Daten wie möglich erfasst und erst auf der Basis des gewonnen Materials Deutungsmuster bildet, geht quantitative Forschung, in ihrer idealen Form, deduktiv mit konkret-standardisierten Erwartungen und Mustertheorien ins Feld, welche in der Praxis überprüft werden sollen. (vgl. Baur, Nina; Blasius, Jörg: „Methoden der empirischen Sozialforschung“, In: Baur, Nina; Blasius, Jörg [Hrsg.]: „Handbuch Methoden der empiri-

schen Sozialforschung“ , 2014, Springer VS, S:46f) Da in dieser Arbeit mit konkreten Hypothesen und einem, größtenteils, zuvor ausgearbeiteten Variablenkatalog gearbeitet wurde, fällt die Untersuchung mehrheitlich/primär in das Feld der quantitativen Inhaltsanalyse.

Konträr zu dieser, vereinfachten, Darstellung des Gegensatzes der beiden Idealformen argumentiert Früh, dass das quantitative Vorgehen bei einer Inhaltsanalyse immerzu mit einer vorangehenden qualitativen Beurteilung/Identifizierung von Elementen verbunden ist, weshalb er stattdessen die Bezeichnung „integrative Inhaltsanalyse“ verwendet. (vgl. Früh, 2017, S:40)

Querschnitts- und Längsschnittforschung

Während eine Querschnittanalyse versucht, zu einem einzelnen Zeitpunkt möglichst viele Einheiten zu analysieren, um eine möglichste breite Übersicht, also einen Querschnitt, zu ermöglichen, ist es das Ziel einer Längsschnitt-Studie, eine festgelegte, enger definierte Anzahl von gleichen oder aber zumindest vergleichbaren Analyseeinheiten zu verschiedenen Zeitpunkten zu untersuchen, um mögliche Veränderungen innerhalb der untersuchten Grundgesamtheit feststellen zu können. (vgl. McCoach, Betsy et al.: „10. LONGITUDINAL DATA ANALYSIS”, In: Teo, Timothy [Hrsg.]: „Handbook of Quantitative Methods for Educational Research“, 2013, Sense Publishers, S:199) Während beim Vergleich von JournalistInnen-/KommunikatorInnen-Inhalten/Frames oder RezipientInnen-Inhalten/Frames konkret die gleichen AkteurInnen mehrfach befragt werden würden, ist die Auswertung von Medienframes weniger engmaschig, da in diesem Fall verschiedene Analyseeinheiten (von häufig verschiedenen AutorInnen) aus dem gleichen Medium zu verschiedenen Zeitpunkten analysiert werden.

Argumentation der gewählten Methode

Ausgehend von den bisher dargestellten Informationen soll prägnant dargestellt werden, wieso für diese Arbeit die hier gewählte Methode angewendet wird. Dabei standen primär sowohl pragmatische als auch das Forschungsinteresse betreffende Argumente

im Vordergrund. Aufgrund der Tatsache, dass eine mögliche/vermutete Veränderung der Berichterstattung zwischen den Wahlgängen 2014 und 2019 festgestellt/analysiert werden soll, ergibt sich automatisch, dass die betreffende Arbeit ein Längsschnittdesign verfolgen wird. Da das vorgestellte Projekt zugleich jedoch noch nicht im Jahr 2014 verfolgt wurde, ist es auch nicht mehr möglich, methodische Interviews mit WählerInnen, JournalistInnen oder anderen politischen KommunikatorInnen aus beiden Zeiträumen zu führen, um deren Reaktionen und Einstellungen, im Kontext oder in Kombination mit der betreffenden Berichterstattung, zu vergleichen. Da somit nur der medial publizierte Text selbst für die Auswertung verbleibt, bietet sich vordergründig die Verwendung einer Inhaltsanalyse an. Dabei ist zweifellos festzuhalten, dass diese Methode vielfältig sowohl auf qualitative als auch quantitative Weise angewendet werden kann. Da aber schon bei der Konzeption dieser Arbeit bereits grundlegende, vorausgehende Annahmen darüber gebildet wurden, in welchen Bereichen Veränderungen zwischen den Wahlgängen stattgefunden haben würden, wurde bereits frühzeitig ein primär deduktiv-quantitatives Vorgehen verfolgt, während ein induktiv-qualitatives Design die möglichen Änderungen erst im Vorgang der Analyse selbst erarbeiten würde. Angesichts der dargestellten Überlegungen und des Interesses war die Wahl der Methodenkonzeption somit weitgehend rational ableitbar, obwohl eine Verbindung mit anderen Methoden, im Bereich der JournalistInnen/KommunikatorInnen/RezipientInnen-Forschung, die Aussagekraft dieser Studie zweifellos komplementär umfassend erweitert hätte.

5-2: Erstellung des Kategorien-/Variablensystems

In diesem Abschnitt wird das Kategoriensystem beschrieben, welches kreiert wurde, um die Analyseeinheiten zu codieren und die Forschungsfragen zu bearbeiten.

A) Theorie des Kategoriensystems

Das methodische Herzstück einer Inhaltsanalyse ist der für die Codierung verwendete Fragebogen, das Kategoriensystem. Auch wenn das Forschungsinteresse und die daraus abgeleiteten Hypothesen bereits feststehen – sofern sie prinzipiell mit dieser Methode

überhaupt beantwortet werden können – muss das Kategoriensystem doch so konzipiert werden, dass die Fragen klar und verständlich beantwortet werden können und die Ergebnisse auch verwertbar sind. In diesem Sinne ist Verständlichkeit, ein transparentes Vorgehen, eine umfassende Schulung der Codierenden und – noch davor – die Grundüberlegung, welches Skalenniveau notwendig/zielführend ist, entscheidend. (vgl. Früh, 2017, S:76ff) Mit Skalenniveau ist dabei gemeint, ob eine zu messende Ausprägung, Variable genannt, einer Analyseeinheit prinzipiell auf ihr reines Vorhandensein (Nominal) überprüft wird oder, auf einer komplexeren Stufe, die Stärke der Ausprägung z.B. in, aufsteigenden, Schulnoten festgehalten wird (Ordinal) oder dafür gar ein metrisches System verwendet wird, bei dem die Unterschiede zwischen den Ausprägungen einem messbaren und exakten Zahlenwert/Abstand folgen würden (Intervall). (vgl. Matthäus, Heidrun; Matthäus, Wolf-Gert: „Statistik und Excel: Elementarer Umgang mit Daten“, VS Springer, 1. Auflage, S: 94ff)

Für die Transparenz und Übersichtlichkeit des Vorganges werden alle aufgestellten/zielführenden Fragen - und zusätzliche Regeln, wie diese verstanden und nach welchen Kriterien sie beantwortet werden sollen - jeweils in einem zentralen Codebuch eingetragen, welches sowohl für den nachvollziehbaren Prozess der eigenen Untersuchung notwendig ist als auch, falls mit mehreren CodiererInnen gleichzeitig/parallel gearbeitet wird, die Erarbeitung reliabler Ergebnisse ermöglicht. (vgl. Früh, 2017, S:199)

Der Prozess der Kategorienbildung beinhaltet im Allgemeinen deduktive und induktive Elemente und kann als dynamischer aber auch transparenter Vorgang verstanden werden. Die erste Form eines Codebuches wird zumeist aufgrund von primär theoretischen Überlegungen erstellt, welche danach, während des Pre- oder Reliabilitättests (siehe Abschnitt 5-4), durch empirische Früherkenntnisse verbessert/ergänzt werden. (vgl. ebd., S: 148ff) Einleitend ist außerdem fest zu halten, dass schon alleine aufgrund der späteren Auswertung, die Codierung im Normalfall nicht in Textform erfolgt, sondern jede denkbare Ausprägung (oder auch das Fehlen davon) einen konkreten Nummernwert zugewiesen bekommt, der im Codebuch zentral geführt wird. Auf diese Weise wird die Gefahr von Schreibfehlern verringert, die Erweiterung bestehender Subkategorien ist, wenn notwendig, leicht möglich und die Häufigkeit oder Übereinstimmung von Zahlenwerten kann leichter überprüft werden.

Prinzipiell lassen sich die verwendeten Ausprägungen in 2 grundlegende Gruppen einteilen: Formale Variablen und inhaltliche Variablen. Formale Variablen befassen sich mit Aspekten wie zum Beispiel der Länge eines Artikels, der Art des Artikels, dem Ressort, dem Datum oder dem/der AutorIn. Es geht also um Aspekte/Kategorien, welche bereits vor der tiefergehenden Analyse einer Einheit beantwortet werden können. Je nach konkretem Forschungsdesign dienen diese Kategorien selbst bereits der Beantwortung von Hypothesen oder aber dazu, um, in Kombination mit inhaltlichen Kriterien, einen Subbereich der Stichprobe für die weitere Bearbeitung besser filtern zu können. Die Zuordnung von inhaltlichen Variablen wiederum setzt das methodische – und häufig mehrfache – Rezipieren einer Analyseeinheit voraus, wobei jeweils innerhalb des Codebuches beschrieben wird, wie vorzugehen ist, um das Vorhandensein einer gesuchten Ausprägung/Eigenschaft korrekt einzutragen. Die Optionen hinsichtlich der Ausprägungen, welche inhaltlich abgefragt werden können, sind beinahe unbeschränkt (z.B. Zahl und Art der genannten AkteurInnen, Verwendung von Metaphern, Moralische Beurteilung eines Zustandes, Verantwortungszuschreibung, Wortwahl, Geschlechterunterschiede, etc…), auch wenn die Komplexität der Untersuchung je nach Konzept schwanken würde. (vgl. Brosius, Hans-Bernd et al.: „Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung“, 2008, VS Springer, 4. Auflage, S: 154ff) Entscheidend ist, dass der/die ForscherIn, welche/r das Kategoriensystem erstellt, daran denkt, jeder für die Auswertung wichtigen Ausprägungsform eine passende Kategorie zuzuteilen. Wenn beispielsweise die Ausweichkategorie „Sonstige“ bei 50% der codierenden Fälle verwendet werden würde, wäre es naheliegend, die Hauptgründe für dieses Verhältnis als eigenständige Kategorie/n in das System einzufügen. Gleichzeitig muss aber auch jede Kategorie einer einzelnen Variable klar genug definierbar sein, um eine ausreichende Trennschärfe zu ihren „Schwesterkategorien“ zu besitzen. Beide Herausforderungen gehören zu den Aspekten, welche – vor der Hauptuntersuchung – mittels eines Pretests evaluiert werden können, um die blinden Flecken einer Untersuchung einzugrenzen. (vgl. ebd. S:159ff)

B) Vorstellung des verwendeten Kategoriensystems

Ausgehend von den hier beschriebenen theoretischen und praktischen Überlegungen und den gebildeten Hypothesen, wurden die folgenden formalen und inhaltlichen Variablen und Kategorien gebildet, um die Codierung der Analyseeinheiten vorzunehmen:

Formale Variablen

Innerhalb der formalen Variablen wurde

a) die Identifikationsnummer eines Artikels laut Stichprobenzuordnung (ID);

b) der Titel einer Analyseeinheit (TITEL);

c) der Name des Codierenden (COD);

d) der Name des Mediums (MED);

e) das Land der Analyseeinheit (LAND);

f) das Datum des Artikels (DAT) und

g) die mediale Darstellungsform der Analyseeinheit (MEDART) codiert.

Da die meisten der genannten Variablen selbsterklärend sind, bzw. keine genauere Definition erzwingen, sollen nur zwei von ihnen kurz angeführt werden. Während die Variable COD, aufgrund der Tatsache, dass die Hauptcodierung von einer einzelnen Person ausgeführt wurde, nur dazu diente den Intercoder-Reliabilitätstest (ICR-Test; siehe Abschnitt 5-4) auszuführen, wurde die mediale Darstellungsform (MEDART) erfasst, um ergänzend inhaltliche Unterschiede zwischen den medialen Darstellungsformen oder die Verteilung der Darstellungsformen aufzeigen zu können. Die genaue Beschreibung und Unterteilung der Darstellungsformen kann dabei im Codebuch gefunden werden. (siehe Codebuch-Ergänzung 1)

Inhaltliche Variablen

Innerhalb der inhaltlichen Variablen wurden

a) der/die HauptakteurIn (HAKT) und bis zu 2 mögliche NebenakteurInnen (NAKT 1 und NAKT 2);

b) das Hauptthema (HTHEM) und bis zu 2 mögliche Nebenthemen (NTHEM 1 und NTHEM 2),

c) die primäre in der Analyseeinheit gemachte Nutzenzuschreibung an die EU (NTZ)

d) die primäre in der Analyseeinheit gemachte Schadenzuschreibung an die EU (SCHD)

e) der generelle Grundton gegenüber der EU (GRUND);

f) die Einordnung von Kritik, falls vorhanden, auf der Policy/Politics-Ebene (KRITPOL);

g) die Einordnung von Kritik, falls vorhanden, in Bezug zur politischen Integration der EU (KRITWERT);

h) die Einordnung des Brexits/anderer EU-Austritte, sofern erwähnt, auf der Politics/Policy-Ebene (BRXPOL);

i) die Einordnung des Brexits/anderer EU-Austritte, sofern erwähnt, auf der Ebene der Problemzuordnung (BRXPROB);

j) die mögliche Zuschreibung eines Krisenzustandes (KRIS) und

k) die mögliche Prognose über die Zukunft der Union (PROG) codiert.

Unter HAKT wurde codiert, welche/r AkteurIn, im Kontext der EU-Wahl, innerhalb eines Artikels am meisten Raum/Bedeutung einnehmen konnte. Unter NAKT (1 und 2) wurden bis zu 2 AkteurInnen codiert, welche zusätzlich dazu als Teil der Analyseeinheit – innerhalb des relevanten Kontextes - thematisiert wurden.

Unter HTTHEM wurde codiert, welches Thema, im Kontext der EU-Wahl, innerhalb eines Artikels, am meisten Raum/Bedeutung einnehmen konnte. Unter NTHEM (1 und 2) wur-

den bis zu 2 weitere Themen codiert, welche – innerhalb des relevanten Kontextes - zusätzlich dazu ebenfalls dargestellt wurden.

Aufgrund der breiten Vielfalt an möglichen AkteurInnen und Themen, welche thematisiert werden konnten, wurden zwei komplexe, hierarchisch aufgebaute, Listen geschaffen, welche – zusammen mit Beispielfällen - im Codebuch (siehe Codebuch-Ergänzungen 2 und 3) vollständig abgebildet wurden.

Für die Variablen Nutzen- und Schadenzuschreibung wurde codiert, was – wenn vorhanden – jeweils der primäre Nutzen/der primäre Schaden ist, welcher der EU in einem Artikel zugeschrieben wird. Dabei wurde, vor dem Pretest, mit einer Auflistung von 10, bzw. 8, Basis-Nutzen/Schadenkategorien begonnen, von denen vermutet wurde, dass sie am häufigsten genannt werden würden. Weitere Nennungen wurden im Laufe der Auswertung manuell notiert/hinzugefügt.

Die Variable GRUND wurde über die Gesamtheit einer Analyseeinheit hinweg bewertet und sagt aus ob, insgesamt, nach der Rezeption, verstärkt eine negative, ambivalente oder positive Beurteilung über den Grundton gegenüber der EU getroffen werden kann, sofern eine solche Einordnung möglich ist.

Die beiden Kritik-/Verbesserungsvorschlag-bezogenen Variablen KRITPOL und KRITWERT wurden nur dann codiert, wenn Kritik an der EU oder der EU-Wahl, innerhalb der Analyseeinheit erhoben wurde. KRITPOL soll dabei abbilden, ob geäußerte Kritik sich vermehrt auf der Prozessebene (Politics) oder der inhaltlichen Ebene (Policy) bewegt. Die Definition von Kritik/Verbesserungsvorschlag und die Erklärung des politwissenschaftlichen Policy/Politics/Polity-Konzeptes kann im Codebuch (Variable KRITPOL) gefunden werden. Bei KRITWERT wurde festgehalten, ob die mögliche Kritik zum Ziel hat, die Union integrativ weiter zu führen, zu erhalten oder aber zu desintegrieren oder gar aufzulösen.

Die beiden Brexit/EU-Austritt bezogenen Variablen BRXPOL und BRXPROB wurden nur dann codiert, wenn der Brexit oder die Option eines anderen EU-Austrittes innerhalb eines Artikels thematisiert wurde. Während sich BRXPOL erneut auf das Policy/Politics/Polity-Konzept stützt, wird bei BRXPOL codiert, ob ein Austritt aus der EU/der Brexit primär als Problem für das betroffene Land, die EU oder gleichermaßen für beide Seiten dargestellt wurde.

Unter KRIS wurde, in Hinblick auf die beschriebenen Krisenphasen der Union, codiert, ob innerhalb einer Analyseeinheit eine Krise der Union thematisiert wurde, wobei dies nicht ausschließlich auf das Wort „Krise“ selbst reduziert wurde. Auch sinngemäße Darstellungen einer z.B. „EU-weiten, grassierenden Arbeitslosigkeit“ oder einer „akuten Sicherheits-Herausforderung für die europäischen Institutionen“, wurden in diesem Zusammenhang vermerkt.

Die Variable PROG sagt aus, wie die Zukunft der Union innerhalb eines Artikels beurteilt wird, unabhängig davon, ob der/die jeweilige AkteurIn dies als positiven oder negativen Ausblick betrachtet.

Die konkreten Codieranweisungen für alle Variablen können im Codebuch (siehe Anhang B) nachgelesen werden.

5-3: Bestimmung der Stichprobe

In diesem Abschnitt wird beschrieben, wie das für die Auswertung relevante Sample selektiert wurde und woraus es sich zusammensetzt.

Während qualitative Forschung, überspitzt ausgedrückt, versucht, vermehrt in die Tiefe gehendes Wissen über einen Forschungsgegenstand erhalten zu können, steht bei quantitativer Forschung die „Breite“/Generalisierbarkeit der Erkenntnisse im Vordergrund. Durch das standardisierte Vorgehen wird somit ein, je nach Design und Größe des Vorhabens variierender, möglichst umfassender Teil der Grundgesamtheit ausgewertet, um repräsentative Aussagen über dieselbe – und im besten Fall darüber hinaus gehende Zusammenhänge - treffen zu können. Gleichzeitig ist es oft nicht möglich, alle relevanten Artikel zu analysieren, weshalb der/die ForscherIn innerhalb eines mehrstufigen Prozesses entscheidet, welche Analyseeinheiten verfügbar sind, welcher Anteil von ihnen codiert werden soll und nach welchen Regeln dabei jeweils vorgegangen wird. Da dies nicht in einem luftleeren Raum/beliebig passieren kann, ist auch dieser Schritt dabei jeweils von der Art des Forschungsvorhabens abhängig, da nur so das Kriterium der Validität erfüllt werden kann. (vgl. Früh, 2017, S:98f)

Als erster Schritt für die Bestimmung der zu untersuchenden Samples wurde überprüft, ob die Analyseeinheiten, also die die EU-Wahlkämpfe 2014 und 2019 betreffenden Artikel der vier in Abschnitt 4-2 vorgestellten Medien, online verfügbar sind. Während der „Irish Independent“, die „Irish Times“ und „Der Standard“ als umfassendes Archiv in der Datenbanksammlung „LexisNexis“ gelistet wurden, konnte die „Kronenzeitung“ über die GBI-Genios-Datenbank „WISO“ und das Archiv der Österreichischen Nationalbibliothek bearbeitet werden. Da sowohl für den EU-Wahlkampf 2014 als auch für den EU-Wahlkampf 2019 der gewählte Untersuchungszeitraum jeweils einen Tag nach der jeweiligen Verkündung der Wahlergebnisse endet und jeweils einen Zeitraum von 4 Wochen umfasst hat, wurde für 2014 der Zeitraum vom 29.04.2014 bis zum 26.05.2014 und für 2019 der Zeitraum vom 30.04.2019 bis zum 27.05.2019 untersucht. Für die Recherche der Analyseeinheiten wurden in den Suchfunktionen der jeweiligen Medien innerhalb der Datenbanken, im angegebenen Zeitraum, die Begriffe „Europäische Wahl“/“European Election“ und „Europäische Union“/“European Union“ eingegeben. Die daraus erhaltenen Ergebnisse wurden danach zuerst auf Duplikate zwischen den Suchwörtern untersucht und anschließend einer Relevanzanalyse unterzogen. Dabei handelt es sich, gemäß Krippendorf, um eine inhaltsbezogene Methode der Stichprobengenerierung, welche anerkennt, dass ein rein zufällig ausgewählte Sample bei vielen Forschungsfragen nicht in der Lage wäre, das konkrete Forschungsinteresse belastbar zu beantworten. (vgl. Krippendorf, 2002, S: 118f) Im Fall dieser Arbeit wurde zuerst definiert, dass all jene Analyseeinheiten für diese Arbeit relevant sind, in denen die Europawahl referenziert wird und zumindest ein/e genannte AkteurIn und ein wahlbezogener Inhalt, siehe Codebuch, direkt mit ihr in Zusammenhang gebracht werden kann. Es wurden somit alle redaktionellen Ressorts potentiell mit einbezogen, auch wenn nur eine winzige Minderheit der z.B. im Sportressort vorhandenen Artikel eine ausreichende Relevanz aufgewiesen hatten. (Nichtredaktionelle Inhalte, wie Werbungen oder Leserbriefe, wurden nicht untersucht, wiewohl die Kontrastziehung zu redaktionellen Inhalten ein interessantes Forschungsthema darstellen würde. Externe Kommentare durch ExpertInnen oder politische AkteurInnen wurden wiederum in das Sample inkludiert, da es sich

in diesen Fällen um professionelle politische Kommunikation handelt, welche mit dem Forschungsinteresse korreliert.)

Zum Zweck der Einteilung wurden alle Artikel zumindest oberflächlich bereits vor der eigentlichen Codierung gelesen und (aus-)selektiert. Der als Ergebnis dieser Auswertung gebildete Pool an Einheiten stellte daraufhin die neue Grundgesamtheit dar. Nun ergibt sich das Problem, dass einerseits die verschiedenen Medien verschieden häufig über die EU-Wahlen berichtet haben (und somit verschieden viele Artikel pro Medium in den Pool einfließen würden), andererseits die Gesamtzahl an zu codierenden Artikel 799 Einheiten (344 Einheiten aus 2014 und 455 Einheiten aus 2019) ausmachte, was signifikant über der angepeilten Grenze von etwa 400 Analyseeinheiten lag. Um nun beide „Probleme" gleichermaßen lösen zu können und die Zahl der möglichen Verzerrungen zu senken, wurde die Grundgesamtheit durch den Einsatz von „künstlichen Wochen" reduziert. Damit ist gemeint, dass – bei der Bildung einer kleineren Stichprobe aus einer größeren Grundgesamtheit – eine rein zufallsbetonte Selektion das Ergebnis verzerren könnte, bzw. – in Fällen wie dem hier verwendeten – die Berichterstattung an einem Samstag grundlegend anders ausfallen könnte als etwa an einem Dienstag. Aus diesem Grund wurde eine Systematik gesucht, nach der bestimmte Tage, z.B. jeder zweite oder dritte, aus der Grundgesamtheit fallen, wodurch langfristig, ausgehend von der Länge des Untersuchungszeitraumes, alle inkludierten Wochentage gleichermaßen in die Analyse einfließen können, auch wenn eventuell 8 reale Tage zwischen einem codierten Montag und einem codierten Dienstag liegen würden. (vgl. ebd. S:123)

Durch die Anwendung der künstlichen Woche war es möglich, die Stichprobe auf 400 Analyseeinheiten – und etwa 50 Artikel pro Medium und Zeitraum – zu reduzieren, wobei je nach Medium und Samplegröße verschiedene künstliche Wochen kreiert wurden.

<u>Das fertige Sample setzt sich daher zusammen aus:</u>

Irish Times 2014 (50 Artikel) + Irish Times 2019 (50 Artikel)

Irish Independent 2014 (49 Artikel) + Irish Independent 2019 (49 Artikel)

Der Standard 2014 (50 Artikel) + Der Standard 2019 (54 Artikel)

Kronenzeitung 2014 (50 Artikel) + Kronenzeitung 2019 (48 Artikel)

5-4: Pretest und Intercoder-Reliabilitätstest

In diesem Abschnitt wird dargelegt, worin der Pre- und der Intercoder-Reliabilitätstest bestehen und wie diese ausgeführt wurden.

Nachdem das Kategoriensystem erstellt und Größe und Auswahl der Stichprobe aus der Grundgesamtheit herausgearbeitet wurden, kann als nächster Schritt mit der eigentlichen Codierung begonnen werden. Einerseits ist jedoch zu diesem Zeitpunkt noch nicht klar, ob das theoretisch erarbeitete System erstens auch wirklich dazu in der Lage ist, praktisch codiert zu werden, bzw. alle relevanten Kategorien auch wirklich bereits ausgewählt werden können. Andererseits kann außerdem noch nicht gesagt werden, ob das Codiersystem, welches der/die ForscherIn erstellt hat, bei der Anwendung durch eine/n andere/n ForscherIn zu vergleichbaren Ergebnissen führen würde, bzw. ob auch wirklich die medialen Inhalte codiert werden und nicht „nur" die Grundannahmen des/der ForscherIn selbst. Um diese beiden möglichen Schwachpunkte des Forschungsdesigns aufdecken, bzw. beheben zu können, werden – vor der Hauptcodierung - zuerst ein Pre-Test und ein ICR-Test durchgeführt.

Sowohl für den Pre-Test als auch den ICR-Test ist es nötig, zuerst einmal eine Teilsumme der Stichprobe zu codieren. Diese variiert je nach der Größe des Gesamtsamples, etwa 10% bieten sich aber jeweils an. Da gerade bei Variablen mit vielen Ausprägungen jede einzelne eventuell nur selten vorkommen könnte, bzw. unklare und diffizile Beispiele sich erst im Verlauf einer längeren Codierphase offenbaren, bietet sich bei kleineren Stichproben sogar die Codierung eines noch größeres Bereichs an, auch wenn diese – nach möglichen Veränderungen aufgrund des Tests – noch einmal nachcodiert werden müssen. (vgl. Früh. 2017, S:155ff) Für die vorliegende Arbeit wurden, um einen möglichst breiten Einblick zu erhalten, die 10% - also 40 Artikel – welche im Pretest ausgewählt wurden, auf die 4 untersuchten Medien und die 2 untersuchten „Jahrgänge" aufgeteilt, es wurden also pro Medium und pro Wahljahr jeweils 5 Artikel vorcodiert. Dafür wurde die, für wissenschaftliche Arbeiten kostenlose und sich an akademische Studien

orientierende, Fragebogen-Webseite „SosciSurvey“ verwendet, welche sowohl einfach zu bedienen ist als auch die Option bietet, die eingegeben Daten später direkt in ein für das Statistikprogramm SPSS kompatibles Format umzuwandeln.

Als Resultat des Pre-Tests wurde:

1) Bei den formalen Variablen:

- Die Ausprägungen der medialen Darstellungsformen wurden reduziert/zusammengelegt, um die Codierung in Bereichen, die nicht für die Hypothesen relevant sind, zu vereinfachen.

2) Bei den inhaltlichen Variablen:

- Die AkteurInnen-Liste wurde so überarbeitet, dass einerseits einzelne PolitikerInnen, die keine relevante Position innehaben, nicht mehr namentlich erwähnt werden, um die Übersicht zu erhöhen, andererseits andere EU-Staaten, welche mehrfach erwähnt werden, einen entsprechenden Codeeintrag innehaben.

- Die Themenliste wurde so umstrukturiert, dass einzelne Einträge, wie Konflikt, Schaden, Überraschung als Wahlkampfinhalte des „Politics“-Bereiches, nun in einer logisch-hierarchischen Form auftreten; außerdem gibt es nun auch Codierungen für die Thematisierung „EuroskeptikerInnen“, die Kritik an einem zu negativen EU-Bild und eine Ausdifferenzierung des Policybereiches „Klimaschutz“.

- Bei den Schaden-/Nutzenzuschreibungen wurden einzelne Kategorien zusammen gelegt, welche ähnlich waren und nur schwer einzeln codiert werden konnten.

- Bei der Variable „KRIS“ wurden die einzelnen möglichen Krisen in eine sinnerfassende Reihenfolge gebracht und die Option der Sicherheitskrise hinzugefügt.

Nach der Implementierung der im Pre-Test erkannten Veränderungsoptionen und der Um-/Neucodierung der zuvor bereits notierten Variablen, wurde in einem nächsten Schritt die Prüfung der Reliabilität durchgeführt. Wie bereits in einem früheren Abschnitt beschrieben, geht es bei dem Gütekriterium der Reliabilität darum, dass die Codierregeln so eindeutig und nachvollziehbar sind, bzw. das Training von anderen Codierenden so umfassend, dass bei verschiedenen Personen vergleichbare Ergebnisse/annähernd ähnliche Kategorien codiert werden. Zu diesem Zweck ist es notwendig, dass verschiedene Personen die gleichen Analyseeinheiten nacheinander codieren, um die erhaltenen Ergebnisse im Anschluss zu vergleichen. (vgl. Krippendorff, 2004, S: 211ff) Da jedoch ein manueller Vergleich zu aufwendig wäre, bzw. der unterschiedlichen Komplexität der einzelnen Variablen – welche ja unterschiedliche Zahlen von Ausprägungen aufweisen – nicht gerecht werden würde, wurden standardisierte Verfahren entwickelt, um die Reliabilität von Variablen und Kategoriensystemen messbar zu machen. Dazu zählen etwa die „Holsti-Formel“, Cohens Kappa, Krippendorffs Alpha (kurz KALPHA) und andere, wobei je nach Forschungsdesign und Skalenniveau manche der Methoden mehr oder weniger sinnvoll angewandt werden können. Für den vorliegenden Fall wurde der Reliabilitätstest mit KALPHA ausgeführt, welches als besonders variable (für verschiedene Skalenniveaus adaptierbare) und konservative (nur geringe Abweichungen tolerierende) Methode gewertet wird. (vgl. Lovejoy, Jenette et al.: “Three Decades of Reliability in Communication Content Analyses: Reporting of Reliability Statistics and Coefficient Levels in Three Top Journals”, In: Journalism and Mass Communication Quarterly, Volume 93, Ausgabe 4/2016, S: 1138)

In einem ersten Schritt wurde dem Zweitcodierer das Codebuch ausgehändigt und der Basis-Fragebogen gezeigt, welcher auf “SosciSurvey” erstellt wurde. Noch bevor es zu einer einzelnen Codierung kam, konnte durch das Besprechen der einzelnen Fragen und der generellen Grundregeln des Codiervorganges, das Codebuch/der Fragebogen selbst sprachlich umfangreich vereinfacht/verbessert, bzw. durch das Hinzufügen weiterer Beispiele für die einzelnen Kategorien die Verständlichkeit erhöht werden. Beispielsweise konnte explizit gemacht werden, wie sich Reportage und Bericht unterscheiden, welche NebenakteurInnen bei einem großen Feld an möglichen Optionen gewählt werden,

wann eine „Kritik“ oder eine Krise codiert und wann der Themenpunkt „Konflikt“ ausgewählt wird.

Nach dieser prophylaktischen Explikation wurden die bereits codierten Artikel erneut durch den Zweitcodierer bearbeitet, wodurch dann beide Bearbeitungen als Gesamtdatensatz auf „SosciSurvey“ vorhanden waren und somit bereit für die Analyse der Reliabilität durch KALPHA. Zur Berechnung des Alphas kann SPSS verwendet werden, auch wenn das Statistikprogramm die Berechnungsmethode nicht genuin anbietet. Daher musste, gleichzeitig mit dem Import und der Aufteilung der Variablenwerte in SPSS, auch ein sogenanntes „Makro“ heruntergeladen werden, welches die Implementation von KALPHA ermöglicht. Das Makro wird dabei auf der Webseite von Professor Andrew Hayes, einem Forschungspartner von Klaus Krippendorff, angeboten (vgl. Webseite von Andrew Hayes: „My Macros and Code for SPSS and SAS“,) http://afhayes.com/spss-sas-and-mplus-macros-and-code.html) und wurde mittels der Anleitung von Knut de Swert von der Universität von Amsterdam angewandt. (vgl. de Swert, Knut: „Calculating intercoder reliability in media content analysi susing Krippendorff’s Alpha”, https://www.polcomm.org/wp-content/uploads/ICR01022012.pdf, S:1ff)

Nach der erfolgreichen Implementierung und der Erlangung der notwendigen SPSS-Kommandos, wurde die Reliabilität nun für jede der vorhandenen Variablen, abzüglich der Text-Variable „Titel“, verglichen, wobei SPSS einen Basiswert für die Höhe des Alphas ausgibt. Ein Reliabilitätswert von bis zu ,80 gilt dabei als sehr gut und ein Wert bis 0,70 zumindest als akzeptabel, wobei auch dies natürlich wiederum mit dem jeweiligen Forschungsdesign korreliert. Ein signifikant niedrigerer Wert kann natürlich sowohl mit dem Codebuch, dem Fragebogen, der Umwandlung in SPSS oder den Codierenden selbst zusammen hängen und müsste ausführlich untersucht werden. (vgl. ebd. S: 5ff)

Resultat des ICR-Tests:

Für die untersuchten formalen Variablen ergaben sich bei der Auswertung von Krippendorffs Alpha Werte von ,8985 bis 1,000, wobei in diesem Fall sowohl das Auftreten von Flüchtigkeitsfehlern als auch von 2 unklaren Fällen bei der Codierung der medialen Darstellungsform sich negativ auf die damit verbundene Variable ausgewirkt hat.

Die Bandbreite an inhaltlichen Variablen war, schon aufgrund der höheren Zahl an möglichen Ausprägungen und der höheren Fehlerquote, breiter gefächert, wobei für alle Variablen, abseits der innerhalb der Stichprobe zu gering auftretenden Kritik-/Austritts-Variablen, zumindest ein Wert von über ,70 erreicht werden konnte. Im Falle der HauptakteurInnen (Wert von 0,7426) und Hauptthemen (0,7223) könnten die angegebenen Werte, durch das Übergreifen auf die nächste hierarchische Ebene innerhalb der Ausprägungsliste (siehe Anhang), zusätzlich noch weiter erhöht werden, da die völlige Ausdifferenzierung der Kategorien im Zuge der Datenauswertung ohnehin abgebaut werden würde.

Da das Forschungsdesign mittels des Pretests umfangreich verfeinert werden konnte und die Ergebnisse des Reliabilitätstests akzeptabel/reliabel genug waren, um keine neuerliche Teiluntersuchung notwendig zu machen, wurde im Folgenden mit der Hauptcodierung der übrigen 360 Artikel begonnen. Im Folgenden Abschnitt wird dabei sowohl das Vorgehen bei der Codierung als auch die Auswertung der erhaltenen Daten beschrieben werden.

Kapitel 6: Auswertung, Verifikation und Evaluation des Datensatzes

In diesem Kapitel geht es um die Auswertung der erarbeiteten Daten und, aufbauend darauf, um die Überprüfung und Evaluation der aufgestellten Hypothesen.

6-1: Vorbereitung der Daten

In diesem Abschnitt wird dargelegt, wie die codierten Inhalte für die weitere Bearbeitung angepasst wurden.

Nach der Codierung der weiteren 360 Analyseeinheiten der Grundgesamtheit in „SoSciSurvey“ wurde der Datensatz mit dem adaptierten Subsample des Reliabilitätstests kombiniert und anschließend, um eine umfassendere Beurteilung zu ermöglichen, erneut in SPSS übertragen. Bevor jedoch mit der eigentlichen Auswertung der erhalte-

nen Informationen begonnen werden kann, ist es immer zuerst notwendig, den Datensatz zu säubern. Falls die gesamte Codierung von verschiedenen CodiererInnen vorgenommen worden wäre, würde auch eine erneute, grob vergleichende, Plausibilitätsprüfung der verschiedenen Datensätze vorgenommen werden, um die methodische Homogenität der Ergebnisse sicher zu stellen. Da die Hauptcodierung für diese Arbeit nur durch einen einzelnen Codierer absolviert wurde, wurde stattdessen „nur" die Anordnung der Analyseeinheiten (anhand der zuvor festgelegten Identifikationsnummern) angepasst, die erfolgreiche Übernahme aller eingetragenen Werte kontrolliert und einzelne Sonderfälle, welche erst im späteren Verlauf der Hauptcodierung als mögliche Kategorien sichtbar geworden sind (primär die Nutzenkategorie „Klima/Umwelt" und die Krisenausprägung „Klimakrise"), manuell ergänzend eingetragen. Anhand der Häufigkeitsdarstellungen von SPSS konnte nachvollzogen werden, ob alle Variablen, welche für jede Analyseeinheit codiert werden mussten, auch jeweils 400 Einträge besaßen und somit keine Einträge vergessen oder – bei der Umwandlung in SPSS – überschrieben worden waren. Der durch dieses Vorgehen bereinigte Datensatz kann anschließend für die eigentliche Auswertung verwendet werden.

Gleichzeitig wurde zu diesem Zeitpunkt, aus Gründen des Umfanges, der Übersichtlichkeit und der Repräsentativität, entschieden, - im Lichte der ermittelten Häufigkeiten - die codierten NebenakteurInnen (NebenakteurIn 1= 228 Einträge; NebenakteurIn 2= 71 Einträge) und Nebenthemen (Nebenthema 1= 348 Einträge; Nebenthema 2= 180 Einträge) nicht als Primärquellen für die Beantwortung der Forschungsfragen zu verwenden, sondern nur, gegebenenfalls, zur Ergänzung der Hauptkategorie-Auswertungen einzusetzen.

6-2: Reduktion komplexer Variablen

In diesem Abschnitt wird dargestellt, auf welche Weise die komplexen Variablen des gesäuberten Datensatzes vereinfacht, bzw. ihre Kategorien weiter geclustert, wurden, um die Beantwortung der Hypothesen vorzubereiten.

Durch die hier vorgenommene Darstellung der reduzierenden Veränderung der als komplex eingestuften, bzw. eine Vielzahl von Kategorien beinhaltenden, Variablen, soll ei-

nerseits die Transparenz des Forschungsprozesses erhöht und andererseits die Übersichtlichkeit des eigentlichen Verifikationsvorganges verbessert werden. Die im ursprünglichen Forschungsdesign, für die Erfassung von Mikrotrends, sehr breit angelegte Ausdifferenzierung einiger Variablen (z.B. HTHEM und HAKT), wird somit an diesem Punkt der Arbeit wieder sinnerfassend aufgelöst, um Schlüsse auf einem höheren Abstraktionsniveau treffen zu können.

Eine vollständige Übersicht mit den genauen kategorialen Werten und Signifikanzniveaus aller Variablen aus beiden untersuchten Zeiträumen, auf Gesamt- und Länderebene, kann im Anhang unter Abschnitt A gefunden werden.

Reduktion Variable Medienart:

Die Variable Medienart (ART) hatte ursprünglich 6 Kategorien wurde aber für die Auswertung, nicht zuletzt aufgrund der geringen Codierung mancher Elemente, in 3 grundlegende Überkategorien zusammengelegt. Diese sind:

1) Informierende Darstellungsformen (Dazu zählen alle überwiegend informierenden Formen wie Nachrichten, Berichte, Interviews und reine Serviceartikel)
2) Interpretierend-abbildende Darstellungsformen (Dazu zählen Formen, welche sowohl informierende als auch meinungsbetonende Elemente enthalten wie Reportagen, Features, Analysen und Porträts)
3) Meinungsbetonte Darstellungsformen (Dazu zählen alle überwiegend meinungsbetonenden Formen wie Kolumnen, Kommentare und Glossen)

Die Variable MEDART ist gleichzeitig nicht für die Beantwortung der gewählten Hypothesen relevant, weshalb sie bereits an dieser Stelle partiell ausgewertet wird. Die gewonnenen Daten sollen dabei dazu dienen, festzustellen, inwiefern die gewählten „künstlichen Wochen“ sich jeweils bezüglich der Darstellungsformen voneinander unterscheiden, bzw. plausibel erscheinen.

V07 - Artikelart * V06 - Erscheinungsdatum: * V05 - Land Kreuztabelle

Anzahl

V05 - Land	V06 - Erscheinungsdatum:	Gesamt

			2014	2019	
01 - Österreich	V07 - Artikelart	Informierend	62	64	126
		Interpretierend	11	12	23
		Meinungsbetont	27	26	53
	Gesamt		100	102	202
02 - Irland	V07 - Artikelart	Informierend	66	71	137
		Interpretierend	11	7	18
		Meinungsbetont	22	21	43
	Gesamt		99	99	198
Gesamt	V07 - Artikelart	Informierend	128	135	263
		Interpretierend	22	19	41
		Meinungsbetont	49	47	96
	Gesamt		199	201	400

(Tabelle 1: Kreuztabelle MEDART X LAND X DAT, Ausgabe SPSS)

Wie Tabelle 1 zeigt, konnte in beiden Ländern und beiden Zeiträumen jeweils eine klare Überzahl an informierenden Artikeln (etwa jeweils 2/3 aller Analyseeinheiten) festgestellt werden, wobei auch jeweils konstant mehr meinungsbetonte als interpretierende Analyseeinheiten gezählt wurden. Weder zwischen den Ländern noch zwischen den zwei untersuchten Zeitpunkten konnte darüber hinaus ein signifikanter Unterschied (P-Wert unter 0,05; siehe Abschnitt 6-4) festgestellt werden. Die Verteilung von informierenden, interpretierenden und meinungsbetonten Darstellungsformen blieb somit in allen Samples weitestgehend konstant, bzw. kann als Grundlage möglicher Verzerrungen zwischen den untersuchten Wahljahren ausgeschlossen werden.

Reduktion Variable HauptakteurIn:

Die insgesamt 153 möglichen Kategorien der hierarchisch aufgebauten AkteurInnenliste, von denen 89 zumindest einmal codiert wurden, mussten für die Auswertung auf ein sowohl übersichtlicheres als auch aussagekräftigeres Format übertragen werden. Dafür wurden alle AkteurInnen grob in die folgenden 5 Überkategorien eingeteilt:

1) Nationale PolitikerInnen (Damit sind PolitikerInnen aus den beiden untersuchten Ländern gemeint, die im Wahlkampf aktiv sind, ohne selbst zu kandidieren)
2) Nationale EU-Kandidatinnen (Damit sind alle PolitikerInnen aus den untersuchten Ländern gemeint, die in ihrem Staat für die EU-Wahl antreten aber keine

SpitzenkandidatInnen paneuropäischer Fraktionen.)

3) Nationale AkteurInnen aus anderen EU-Staaten (Damit sind alle nationalen AkteurInnen aus anderen EU-Staaten gemeint, welche als Teil des Wahlkampfes thematisiert werden.)
4) Paneuropäische EU-AkteurInnen (Damit sind alle SpitzenkandidatInnen EU-weiter Fraktionen und VertreterInnen anderer EU-Institutionen gemeint.)
5) Andere AkteurInnen (Damit sind alle nationalen AkteurInnen gemeint, sowohl konkrete als auch allgemeine, wie „die WählerInnen", gemeint, welche selbst keine politische Funktion bekleiden oder suchen.)

Reduktion Variable Hauptthema:

Analog zu der Adaption der AkteurInnenliste musste auch die Themenliste vor der Auswertung angepasst/neu geclustert werden, da die ursprüngliche Liste aus 214 möglichen Einträgen bestand, von denen zumindest 97 zumindest einmal codiert wurden. Dafür wurden die Themen in die 3 bereits zuvor immanenten Überkategorien eingeteilt:

1) Politics (Damit sind alle Elemente des Wahlkampfprozesses gemeint, wie z.B. Wahlkampfauftritte, Wahlwerbung, Konflikt, Umfragen, etc.)
2) Polity (Damit sind alle Strukturfragen über Verträge, Einfluss, Aufbau, Mitgliedschaft der Union und alle „generalisierten/nicht konkreten" Kritik- und Verbesserungsvorschläge für die Union gemeint)
3) Policies (Damit sind alle konkreten inhaltlichen politischen Themen, wie etwa Finanzpolitik, Verteidigungspolitik, etc. und alle konkreten Verbesserungs-/Veränderungsvorschläge gemeint)

Reduktion Variable Nutzen:

Für eine strukturierte und übersichtliche Auswertung wurden die verschiedenen inhaltlich genannten Nutzenausprägungen in folgende 5 Überkategorien eingeteilt:

1) Wirtschaft/Wohlstand (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Vorteilen der EU für die eigene Wirtschaft und den generell-materiellen Wohlstand ihrer BürgerInnen beschäftigen.)
2) Rechtsstaat/Liberalismus (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche

sich mit den Vorteilen der EU für das Aufrechterhalten der Rechtstaatlichkeit in Mitglieds- und Nichtmitgliedsstaaten und für das Erhalten liberaler Gesellschaften an und für sich beschäftigen.)

3) Sicherheit/Stabilität (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Vorteilen der EU für die Sicherheit innerhalb ihrer Mitgliedsstaaten, bzw. mit der gesellschaftlichen und politischen Stabilität dieser Staaten beschäftigen.
4) Geopolitik/Frieden (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Vorteilen der EU bezüglich der geopolitischen Verteidigung ihrer Mitgliedsstaaten und der Bewahrung von Frieden beschäftigen.)
5) Klimaschutz (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Vorteilen der EU für die Verbesserung und Durchsetzung des inneren und äußeren Klimaschutzes beschäftigen.)

Reduktion Variable Schaden:

Für eine strukturierte und übersichtliche Auswertung wurden die verschiedenen inhaltlich genannten Schadenausprägungen in folgende 4 Überkategorien eingeteilt:

1) Wirtschaft/Wohlstand (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Nachteilen der EU für die eigene Wirtschaft, z.B. durch die Einschränkungen von Maastricht und Euromitgliedschaft, beschäftigen.)
2) Sozialstaat/Austerität (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Nachteilen der EU für den eigenen Sozialstaat, etwa aufgrund von erzwungenen Sparprogrammen oder gesteigertem Wettbewerbsdruck, beschäftigen.)
3) Souveränität/Bürokratie (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit den Nachteilen der EU für die staatliche Souveränität, bzw. einer zu umfassenden bürokratischen Kontrolle durch die Union, beschäftigen.)
4) Sicherheit/Grenzschutz (Dies betrifft alle Ausprägungen und Zuschreibungen, welche sich mit Nachteilen der EU für die Sicherheit innerhalb der Mitgliedsstaaten, bzw. Kritik an unzureichendem Grenzschutz an den äußeren und inneren Unionsgrenzen, beschäftigen.)

Reduktion Variable Krise:

Für eine übersichtlichere Bearbeitung der Variable KRIS wurden alle genannten und codierten Krisenfälle in insgesamt 5 Überkategorien eingeteilt:

1) Wirtschafts-/Schulden-/Arbeitslosigkeitskrise (Dies betrifft alle Krisenthemen, welche direkt mit den Folgen der Finanz- und Schuldenkrise oder ähnlicher europäischer Herausforderungen zusammenhängen, abseits der demokratiepolitischen Folgen der Troika-Politik, welche unter Punkt 3 codiert wurden.)
2) Sicherheits-/Migrationskrise (Dies betrifft alle Krisenthemen, welche direkt mit den Folgen der Flüchtlings-/Schengenkrise oder separater Sicherheitsthemen auf Europaebene verbunden sind.)
3) Liberalismus-/Demokratiekrise (Dies betrifft alle Krisenthemen, welche eine Erosion des Liberalismus, bzw. der Qualität der Demokratie innerhalb der EU/innerhalb von verschiedenen EU-Staaten nahelegen.)
4) Klimakrise (Dies betrifft alle Nennungen einer Verkettung der europäischen Klimapolitik mit einer globalen Klimakrise oder gesamteuropäisch dargestellte Folgen des Klimawandels.)
5) Krise wurde überwunden (Dies betrifft alle Nennungen von explizit als überwunden bezeichneten, europäischen Krisen.)

6-3: Verifizierung der Hypothesen

In diesem Abschnitt werden die für die Operationalisierung abgeleiteten Hypothesen durch die Auswertung des gesammelten Datenmaterials verifiziert/falsifiziert.

Bevor mit der Analyse der ersten Hypothese begonnen wird, muss zuerst erklärt werden, wann zwei verschiedene Werte bei einer Variable (, etwa aus zwei Ländern, zwei Medien oder zwei Zeitpunkten,) einen signifikanten Unterschied, bzw. eine inhaltliche Abhängigkeit, aufweisen. Damit ist gemeint, dass zu einer ausreichend hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass die gefundene Unterscheidung/Unterschiedlichkeit nicht nur durch Zufall zustande gekommen ist. Um diese Frage der Signifikanz der Korrelation, bzw. der (Un-)Abhängigkeit zweier oder mehrerer Variablen, zu beantworten, werden in der Statistik je nach Skalenniveau und genauer Fragestellung verschiedene Methoden/Instrumente eingesetzt. Für die hier verwendeten no-

minalen Variablen handelt es sich dabei um den, sogenannten, Chi-Quadrat-Test. Ausgehend von der Nullhypothese, dass 2 Variablen voneinander unabhängig sind, wird die vermutete „Normalverteilung“ durch das Statistikprogramm SPSS mit der Realverteilung im Datensatz verglichen, mittels Formel berechnet und die Wahrscheinlichkeit eines Zusammenhanges (Probability- bzw. P-Wert) als Endergebnis in % ausgedrückt. Dabei gilt als Grundregel, dass ein Wert von unter 0,05 (5%) als signifikanter Zusammenhang gewertet wird, ergo die Nullhypothese widerlegen würde. (vgl. Kuckartz, Udo et al.: “Statistik – Eine verständliche Einführung“, 2010, VS Verlag, S: 206ff) Sollten bei einer Variable eine oder mehrere Kategorien weniger als 5 Mal codiert werden können, wurde zusätzlich zum „normalen“ Chi-Quadrat-Test nach Pearson in diesem Fall auch noch der exakte Test nach Fisher in SPSS ausgerechnet, welcher für geringe Fallzahlen besser geeignet ist. (vgl. Toutenburg, Helge; Heumann, Christian: „Induktive Statistik“, 2008, VS Verlag, S:153ff)

Kategorie A: EU-ropäisierung und Fokus

Hypothese 1a: Europäisch fokussierte AkteurInnen werden 2019 mehr Bedeutung einnehmen in der Berichterstattung als 2014.

Um diese Hypothese behandeln zu können, erscheint es notwendig zu erklären, was im Sinne dieser Arbeit mit einem europäischen Fokus gemeint ist. Ausgehend von den 5 AkteurInnen-Gruppen aus Variable HAKT, welche in Abschnitt 6-2 dargestellt wurden, werden sowohl a) paneuropäische AkteurInnen (im engeren Sinne) als auch b) AkteurInnen aus anderen EU-Staaten, aufgrund der damit verbundenen Europäisierung des Wahlganges über die Landesgrenzen hinaus, und die c) nationalen EU-KandidatInnen (im weiteren Sinne) als europäisch fokussierte AkteurInnen betrachtet. Ausgehend von dieser Einteilung der AkteurInnenliste in 2 Hauptgruppen ergibt sich folgendes Bild:

V08 - HauptakteurIn: Nur Zahlencode eintragen * V06 - Erscheinungsdatum: Kreuztabelle

Anzahl

		V06 - Erscheinungsdatum: 2014	2019	Gesamt
V08 - HauptakteurIn: Nur Zahlencode eintragen	National Fok. Akt.	95	69	164
	Europ. Fok. Akt.	104	132	236

Gesamt	199	201	400

(Tabelle 2: Kreuztabelle HAKT X DAT, Ausgabe SPSS)

Wie Tabelle 2 zeigt, wurden europäische fokussierte AkteurInnen in der Gesamtbetrachtung 2019 um 28 Einträge häufiger als HauptakteurInnen codiert als 2014. Während bei der Einzelbeurteilung der AkteurInnengruppen (siehe bei Interesse Anhang) noch keine ausreichende Signifikanz erreicht werden konnte, ergibt sich bei hier verwendeten, engmaschigeren, AkteurInnen-Aufteilung für die Gesamtbeurteilung ein P-Wert von 0,006. Die Unterschiede zu 2014 sind 2019 somit signifikant und die Hypothese H1a wird als verifiziert beurteilt.

Hypothese 1b: Der europäische Fokus der HauptakteurInnen wird, aufgrund der stärkeren Zustimmung zur EU, in Irland höher 2019 ausfallen als in Österreich.

Für diese Hypothese ist es notwendig, sich die Ergebnisse für Variable HAKT auf der Länderebene anzusehen.

V08 - HauptakteurIn: Nur Zahlencode eintragen * V06 - Erscheinungsdatum: * V05 - Land Kreuztabelle

Anzahl

V05 - Land			V06 - Erscheinungsdatum: 2014	2019	Gesamt
01 - Österreich	V08 - HauptakteurIn: Nur Zahlencode eintragen	Nat. Fok. Akt.	58	43	101
		Europ. Fok. Akt.	42	59	101
	Gesamt		100	102	202
02 - Irland	V08 - HauptakteurIn: Nur Zahlencode eintragen	Nat. Fok. Akt.	37	26	63
		Europ. Fok. Akt.	62	73	135
	Gesamt		99	99	198

(Tabelle 3: Kreuztabelle HAKT X DAT X LAND, Ausgabe SPSS)

Zwar konnte, wie Tabelle 3 zeigt, zwischen 2014 und 2019 ein stärkerer Anstieg der europäisch fokussierten AkteurInnen in Österreich festgestellt werden, das mit einem P-Wert von 0,024 auch eine höhere Signifikanz als die Veränderung in Irland aufweist, für die ein P-Wert von 0,09 und somit eine unzureichende „Ungleichheit“ festgestellt wurde. Da Irland jedoch, vermutlich sowohl aufgrund der höheren Popularität der Union als auch des stärker auf die einzelnen nationalen EU-KandidatInnen zentrierten Wahlsys-

tems, bereits 2014 einen klar höheren Anteil an europäischen fokussierten AkteurInnen aufwies als Österreich und dieser Wert 2019, wenn auch auf einem geringeren Level, weiter angewachsen ist, stellt Irland nach wie vor das Land mit dem stärkeren (73 zu 59, bzw. P-Wert von 0,018) europäischen AkteurInnenfokus dar. Die Hypothese 1b wird als verifiziert beurteilt.

Hypothese 2a: Die Berichterstattung wird 2019 stärker auf inhaltliche EU-Aspekte fokussiert sein als 2014.

Für die Beantwortung dieser Hypothese wird die Variable HTHEM verwendet. Als inhaltliche Aspekte werden dabei in diesem Fall sowohl die Polity-Ebene, also Diskussionen über den Aufbau und die Verbesserung der EU im engeren Sinne, als auch die Policies-Ebene, also Diskussionen über konkrete politische Reformen auf EU-Ebene, gewertet. Ausgehend von dieser Zusammenfassung wird das in Tabelle 2 dargestellte dreiteilige System durch ein zweiteiliges ersetzt.

V11 - Hauptthema: * V06 - Erscheinungsdatum: Kreuztabelle

Anzahl

		V06 - Erscheinungsdatum:		
		2014	2019	Gesamt
V11 - Hauptthema:	Politics-Ebene	133	128	261
	Inhalts-Ebene	66	73	139
Gesamt		199	201	400

(Tabelle 4: Kreuztabelle HTHEM X DAT, Ausgabe SPSS)

Obwohl in Tabelle 4 minimale Unterschiede zwischen 2014 und 2019 registriert werden können, kann der Wert der Signifikanz, gegenüber dem dreiteiligen System, mit einem P-Wert von 0,508 im Gesamtsample (0,508 für Österreich und 0,118 für Irland) nur begrenzt gesteigert werden. Die Unterschiede sind somit nicht ausreichend und die Hypothese 2a kann nicht verifiziert werden.

Als herausragende Ergebnisse der Feinauswertung der einzelnen Kategorien kann im Politics-Bereich die Abnahme von der Konfliktkategorie (Von 22 auf 13 Codierungen) und das Wachsen der Ereigniskategorie (12 auf 18 Nennungen) genannt werden, wäh-

rend die „Horserace“-Kategorien Umfragen (25 zu 25) und Wahlergebnisse (40 zu 35) konstant die ersten Plätze der Politics-Themen eingenommen haben. Weitere auffallende Elemente sind, im Polity-Bereich, a) der Anstieg der Kategorie „Mitgliedschaft“, aufgrund des Brexits, seit 2014 (von 5 auf 14 Codierungen), b) das Absinken von „Kritik/Verbesserungsvorschlägen“ an den EU-Wahlen im Allgemeinen (von 11 zu 1) und, im Policy-Bereich, c) die Veränderung des bedeutendsten Policy-Themas von Wirtschaft/Finanzen in 2014 (von 7 zu 4) zu Umweltpolitik (von 0 auf 7) in 2019.

Hypothese 2b: Der Anteil an inhaltlichen Hauptthemen wird bei fokussiert-europäischen AkteurInnen generell höher ausfallen.

Für diese Hypothese wird angenommen, dass europäisch-fokussierte AkteurInnen häufiger mit „inhaltlichen“ Hauptthemen in Verbindung stehen als nationale AkteurInnen. Für die Überprüfung wurde eine Kreuztabelle erstellt, welche die zusammengefassten Variablen HAKT und HTHEM aus Tabelle 2 und Tabelle 4 kombiniert.

V11 - Hauptthema: * V08 - HauptakteurIn: * V06 - Erscheinungsdatum: Kreuztabelle

Anzahl

V06 - Erscheinungsdatum:			V08 - HauptakteurIn: Nat	Eur	Gesamt
2014	V11 - Hauptthema:	Politics	58	75	133
		Policies	37	29	66
	Gesamt		95	104	199
2019	V11 - Hauptthema:	Politics	43	85	128
		Policies	26	47	73
	Gesamt		69	132	201

(Tabelle 5: Kreuztabelle HTHEM X HAKT X DAT, Ausgabe SPSS)

Tabelle 5 folgend zeigt sich, dass 2014 27,9% und 2019 35,6% der Codierungen europäisch-fokussierter AkteurInnen in den Bereich inhaltlicher Hauptthemen gefallen sind, gleichzeitig aber auch für 2014 38,9% und für 2019 37,7% der Codierungen nationaler AkteurInnen. Die Werte nähern sich somit zwar an, entsprechen aber nicht der aufgestellten Vermutung, beziehungsweise unterlegen, dass auch nationale AkteurInnen inhaltliche EU-Fragen diskutieren. Die Hypothese 2b konnte somit nicht verifiziert werden.

Kategorie B – Negativität und Nutzen

Hypothese 3: Der Grundton der Berichterstattung wird 2019 sowohl in Österreich als auch Irland positiver ausfallen als 2014.

Für diese Hypothese wurden die Länderergebnisse der Variable GRUND verglichen. Im Falle von Österreich konnten eine Verdoppelung der Codierungen mit positivem Grundton (von 23 auf 46) festgestellt werden und ein Absinken der negativ-pessimistischen Kategorie von 14 auf 3 Fälle, bei einem P-Wert von 0,001. Im Falle von Irland wurde die Zahl der Codierungen mit positivem Grundton beinahe verdreifacht (von 12 auf 35) und die Zahl der negativ-pessimistischen Wertungen fiel von 15 auf 2 Codierungen, bei einem P-Wert von unter 0,000. Beide Werte sind somit stark signifikant und die Hypothese 3 konnte verifiziert werden.

Hypothese 4: Die Zuschreibung an Nutzen durch die EU-Mitgliedschaft wird 2019 in der Gesamtdarstellung gegenüber 2014 ansteigen.

Für diese Hypothese wurde die Variable NTZ ausgewertet. Dabei konnte, in Gesamtzahlen, ein eindeutiger Anstieg von 39 Nutzen zuschreibenden Codierungen in 2014 auf 68 Nutzen zuschreibenden Codierungen in 2019 und ein ausreichender Signifikanzwert nach Fisher für den Anstieg des Gesamtsamples (0,001) und beider Länderergebnisse (0,003 für Österreich und 0,002 für Irland) festgestellt werden. Bezüglich der Detailergebnisse zeigten sich größte Veränderungen 2019 bei der Kategorie Nutzen-Wirtschaft/Wohlstand in Irland (von 5 auf 13 Codierungen) und der Kategorie Nutzen-Rechtsstaat/Liberalismus in Österreich (von 3 auf 15 Codierungen).

Die Hypothese 4 konnte verifiziert werden.

Hypothese 5: Die Zuschreibung an Schaden durch die EU-Mitgliedschaft wird 2019 in der Gesamtdarstellung gegenüber 2014 absinken.

Für diese Hypothese wurde die Variable SCHD ausgewertet. Die Zahl der

Gesamtcodierungen fiel zwischen 2014 und 2019 zwar von 37 auf 34 Nennungen, dabei konnte jedoch, dem P-Wert nach Fisher folgend, keine ausreichende Ungleichheit im Gesamtsample (0,378) und den Länderergebnissen (0,360 für Österreich und 0,782 für Irland) verzeichnet werden. Der interessanteste Wert im Sample ist der Anstieg der Schadenkategorie Souveränität/Bürokratie in Österreich 2019 von 8 auf 14 Codierungen.

Die Hypothese 5 konnte nicht ausreichend verifiziert werden.

Kategorie C: Integration und Stabilität

Hypothese 6a: Die geäußerte Kritik/Verbesserungsvorschläge werden 2019 häufiger in den Policy-Bereich fallen als 2014.

Für diese Hypothese wurde die Variable KRITPOL ausgewertet. Während die Gesamtzahl an Codierungen zwischen 2014 (45) und 2019 (46) beinahe unverändert geblieben ist, konnte im Policy-Bereich ein Anstieg von 16 auf 25 Codierungen und im Politics-Bereich ein Rückgang von 29 auf 18 Codierungen verzeichnet werden. Gleichzeitig konnte jedoch im Gesamtsample, nicht zuletzt aufgrund der vergleichsweise geringen Zahl an Codierungen, für die Differenz zwischen den beiden Wahlgängen nur ein unzureichender P-Wert von 0,179 erreicht werden. Die Länderergebnisse fallen dabei mit 0,013 für Österreich und 0,231 für Irland gemischt aus. Während die Kritik-Codierungen insgesamt in Irland von 26 auf 15 zurückgegangen sind und dadurch auch beinahe gleich viele Policy- (7) und Politics- (8) Einträge gemacht werden konnten, erhöhte sich die Zahl der Codierungen in Österreich von 20 auf 30 Codierungen, wobei das Verhältnis von Policy und Politics sich, wie für die Hypothese vermutet, von 5/15 zu 18/10 umgedreht hatte.

Die Hypothese 6a konnte nur partiell verifiziert werden.

Hypothese 6b: Die geäußerte Kritik/Verbesserungsvorschläge werden 2019 häufiger die Zielsetzung verfolgen, die EU-Integration weiter zu führen/auszubauen.

Für diese Hypothese wurde die Variable KRITWERT ausgewertet, welche mit dem gleichen Subsample wie KRITPOL (also 45 Codierungen in 2014 und 46 in 2019) arbeitet.

Zwar konnte auf den ersten Blick auch hier durch den Rückgang der „separierenden“ Kritik von 6 auf 0 Codierungen ein interessantes Ergebnis gefunden werden, allerdings erreicht auch der P-Wert des exakten Tests nach Fisher für das Gesamtsample nur 0,088. Für Österreich wurde dabei ein Wert von 0,175 und für Irland 0,124 erzielt, alle Ergebnisse sind somit nicht ausreichend signifikant. Analog zu den Ergebnissen von H6a konnte auch hier in Irland ein Rückgang in allen inhaltlichen Kategorien gleichermaßen (Konstruktive und bewahrende Kritik beide jeweils 7 Codierungen) festgestellt werden, während in Österreich beide Kategorien gleichermaßen gegenüber 2014 um jeweils 6 und 7 Codierungen auf 16, bzw. 12. Codierungen gestiegen waren.

Die Hypothese 6b konnte nicht ausreichend verifiziert werden.

Hypothese 7a: Die Thematisierung des „Brexits“/anderer EU-Austritte, wird 2019 häufiger auf der Policy- als der Politics-Ebene stattfinden.

Für diese Hypothese wurde die Variable BRXPOL ausgewertet. Dabei ist festzuhalten, dass die Variable 2019 in 44 Einheiten aber 2014 nur in 8 Einträgen, ausschließlich aus Irland, codiert werden konnte und alle Codierungen auf der Politics-Ebene stattfanden. Obwohl es sich dabei um eine hochsignifikante Unterscheidung handelt (P-Wert nach Fisher von unter 0,000) kann der Unterscheid bei einem so geringen Sample nicht im Detail zwischen den Zeiträumen analysiert werden. Bezüglich der konkreten Frage nach der Verteilung zwischen Politics- und Policy-Beurteilung im Teilsample von 2019 konnten 30 Politics- und 10 Policy-Einheiten (11 zu 3 in Österreich und 19 zu 7 in Irland) codiert werden, was ein Verhältnis von beinahe 3 zu 1 darstellt. Die ursprüngliche Annahme, dass die Debatte über den Brexit/andere EU-Austritte somit vermehrt auf einer inhaltsbezogenen Ebene stattfinden würde, wurde somit, gemessen an den Gesamtzahlen, widerlegt.

Die Hypothese 7a konnte nicht verifiziert werden.

Hypothese 7b: Die Thematisierung des „Brexits"/anderer EU-Austritte wird 2019 häufiger als Herausforderung für die betreffenden Einzelstaaten gewertet werden.

Für diese Hypothese wurde die Variable BRXPROB ausgewertet, welche ebenfalls das gleiche Subsample wie BRXPOL beinhaltet. Da daher auch hier das Subsample von 8 Codierungen aus 2014 zu gering für einen direkten Vergleich ist (P-Wert erneut nach Fisher unter 0,000), wird auch diese Hypothese sich auf die Verteilung im Jahr 2019 fokussieren. Dabei konnte für die Zuschreibung „Problem für den Einzelstaat" 26 Codierungen notiert werden, während ein Eintrag das Problem primär für die Union beurteilt und 6 Codierungen (ausschließlich aus Irland) für beide Seiten. Auf der Länderebene stellt der Unterschied zwischen Einzelstaat-Zuschreibung und Unions-Zuschreibung somit für Irland 15 zu 0 und für Österreich 11 zu 1 dar, es ergibt sich also sowohl für das Hauptsample als auch die Teilergebnisse ein eindeutiges Ergebnis, welches der Grundannahme entspricht.

Die Hypothese 7b konnte verifiziert werden.

Kategorie D: Krisenwahrnehmung und Zukunft

Hypothese 8: Die Thematisierung von Krisenzuständen wird 2019 in beiden untersuchten Mitgliedsstaaten – aber besonders in Irland - zurückgegangen sein.

Für diese Hypothese wurde die Variable KRIS ausgewertet. Der Unterschied zwischen den 2014 codierten Werten (56) und den 2019 codierten Werte (22) ist ebenso wie die Aufteilung innerhalb der Kategorien bei Fishers exaktem Test für das Gesamtsample (unter 0,000) hochgradig signifikant. (0,000 für Irland und 0,05 für Österreich) Bezüglich der Frage, in welchem Land ein größerer Rückgang der Krisenzuschreibungen festgestellt werden konnte, muss darauf hingewiesen werden, dass zwar in beiden untersuchten Ländern die Zahl der Gesamtcodierungen 2019 um 17 Nennungen zurückgegangen ist (von 31 auf 14 in Irland und von 25 auf 8 in Österreich), anteilmäßig der Rückgang in Österreich (Minus 68%) aber somit im Zweifelsfall noch größer ausgefallen wäre als in Irland (Minus 54,8%) – was der vermuteten Entwicklung widerspricht.

Die Hypothese 8 konnte nur partiell verifiziert werden.

Hypothese 9: Es werden 2019 mehr Analyseeinheiten eine Prognose über die Zukunft der EU enthalten und die getätigten Prognosen werden in beiden Ländern häufiger „positiv-optimistisch" sein als 2014.

Für diese Hypothese wurde die Variable PROG ausgewertet. Die Variable wurde 2014 in 73 Einheiten und 2019 in 94 Einheiten codiert. (Anstieg in Irland von 35 auf 40 und in Österreich von 38 auf 54 Codierungen) Die Unterschiede zwischen den beiden Zeitpunkten haben im Gesamtsample einen P-Wert von unter 0,000 und sind somit hochgradig signifikant. (0,011 für Österreich und unter 0,000 für Irland) Während der Anteil an neutralen Prognosen in beiden Jahrgängen etwa ähnlich häufig codiert wurde (43 in 2014 und 48 in 2019), fiel der Anteil an negativ-pessimistischen Prognosen von 18 auf 2, was primär der Verbesserung im irischen Teilsample zuzuordnen ist (Veränderung von 13 auf 0 Codierungen.) Die Zahl der positiv-optimistischen Prognosen wiederum erhöhte sich spürbar von 12 in 2014 auf 44 in 2019 Codierungen im Gesamtsample, was sich in den Länderergebnissen mit einer Verbesserung von 4 auf 20 Einheiten in Irland und von 8 auf 24 Einheiten in Österreich niederschlägt. Die erwartete generelle Erhöhung der Prognosen und die Verbesserung beider Teilbereiche ist somit eingetreten.

Die Hypothese 9 konnte verifiziert werden.

6-4: Evaluation und Interpretation

In diesem Abschnitt werden die Ergebnisse des Verifikationsprozesses anhand der übergeordneten Forschungsfragen interpretiert und evaluiert.

Ausgehend von den in Abschnitt 6-3 verifizierten/falsifizierten Hypothesen soll im Folgenden diskutiert und evaluiert werden, inwieweit sich, einerseits, die zentralen Forschungsfragen dieser Arbeit anhand der erhaltenen Ergebnisse beantworten ließen und andererseits, in welchen Bereichen ein optimiertes Forschungsdesign, bzw. weitergehende Untersuchungen, notwendig wären. Während in der Hauptuntersuchung, aus pragmatischen Gründen, nur die Gesamt- und Länderebene ausgewertet wurde, ist in diesem zusammenfassenden Abschnitt als Kontrastpunkt auch jeweils die Ebene der

länderübergreifenden Medienformen ergänzend beschrieben. Gerade bei den nicht verifizierten Hypothesen soll dadurch die Möglichkeit eines stärker mit der Medienform, als mit den vermuteten, nationalen Trends, verbundenen Einflusses überblicksartig dargestellt werden, um auch hier einen Anknüpfungspunkt für zukünftige Studien zu stellen.

Für die Forschungsfrage FF1, EU-ropäisierung und Fokus, wurde gefragt:

Wird die EU-Wahl-Berichterstattung 2019 einen stärker EU-ropäischen Fokus aufweisen als 2014?

Übersicht:

Ausgehend von dem für diese FF gewählten Variablen (HAKT und HTHEM) und Hypothesen (H1a, H1b, H2a, H2b) zeigte sich ein ambivalentes Bild. Während der Anteil der stärker nationalen AkteurInnen im EU-Wahlkampf 2019 zugunsten der stärker europäischen AkteurInnen abnahm (im Falle von Österreich und für das Gesamtsample sogar signifikant), konnte keine umfassende Veränderung bezüglich des Verhältnisses von primär „politics"-dominierten und stärker inhaltlich orientierten Artikeln zwischen den beiden Jahrgängen festgestellt werden. Einerseits ist die Dominanz von „politics"-zentrierten Elementen bereits in früheren Untersuchungen über EU-Wahlgänge gemessen worden (vgl. z.B. Holtz-Bacha, 2005, S:245ff), andererseits kann ohne eine vergleichbare Auswertung eines nationalen Wahlganges momentan nicht abgeschätzt werden, ob die gemessene Konstanz des „horse-race"-Anteiles mit den EU-Wahlen im Speziellen zu tun hat oder, vielmehr, die durchschnittliche „Normalverteilung" eines Wahlkampfes in den untersuchten Staaten widerspiegelt.

Länderebene:

Bezüglich der Länderebene sind die vermuteten Veränderungen nur partiell eingetreten. So ist, aufgrund innenpolitischer Aspekte, der Anteil an „Politics"-lastigen Einheiten in Österreich 2019 sogar verglichen mit 2014 um 5 Codierungen angestiegen, während der Wert in Irland um 10 Codierungen gefallen war. Während die europäisch-fokussierten AkteurInnen außerdem insgesamt gewachsen waren, zeigte eine Feinauswertung, dass gleichzeitig die EU-AkteurInnen im engeren Sinne, wie etwa die EP-

SpitzenkandidatInnen, innerhalb beider Länder und beider Zeiträume mit 7-8% nur eine geringe Rolle spielten und die Codierungen 2019 stagnierten oder gar gegenüber 2014 noch abnahmen.

Medienebene:

Von Interesse erscheint, dass die Unterschiede zwischen 2014 und 2019 bei den Boulevardmedien (P-Wert für HAKT: 0,001; für HTHEM: 0,026) weitaus umfassender ausgefallen sind als bei den Qualitätsmedien (P-Wert für HAKT: 0,624; für HTHEM: 0,219) bzw. sich die 2 Medientypen bei beiden Ausprägungen 2019 (P-Wert für HAKT: 0,090, für HTHEM: 0,268) ähnlicher geworden sind als 2014 (P-Wert für HAKT: 0,000; für HTHEM: 0,018). Um festzustellen, inwiefern es sich dabei aber um einen EU-weiten Trend handelt und nicht nur um eine Verkettung rein nationaler Beweggründe, müsste die Annahme der Bedeutungssteigerung EU-ropäischer AkteurInnen und Themen innerhalb von Boulevardmedien auch in anderen Mitgliedsländern untersucht werden.

Fragensynthese:

Als Synthese kann geschlussfolgert werden, dass die EU-Wahlen 2019 zwar nun stärker von den Kandidierenden selbst medial bestritten werden und auch die Tatsache, dass es um einen gleichzeitigen Wahlgang in 28 Einzelstaaten geht, angesichts der erhöhten Thematisierung des Wahlkampfes in andere EU-Staaten stärker in den Mittelpunkt gerückt ist. Die Bedeutung paneuropäischer Parteien und der damit verbundenen EP-SpitzenkandidatInnen konnte jedoch, trotz der Ernennung des Wahlsiegers 2014 zum EK-Präsidenten, auch 2019 nicht gesteigert werden und auch die selbst Kandidierenden setzten dabei, wie H2b untersuchte, weitgehend auf ähnliche „Politics"-Inhalte wie andere nationale AkteurInnen. Eine Form der „Europäisierung" setzt sich somit zwar fort, bedeutet aber nicht automatisch eine Veränderung bekannter Berichterstattungsmuster.

Für die Forschungsfrage FF2, Negativität und Nutzen, wurde gefragt:

Wird die Union in der EU-Wahl-Berichterstattung 2019 weniger negativ dargestellt werden als 2014?

Übersicht:

Bei den für diese Forschungsfragen ausgewählten Variablen (GRUND, SCHD, NTZ) und Hypothesen (H3, H4, H5) konnte die erwartete grundlegende Verbesserung der Darstellung der EU und ihrer Vorteile 2019 gegenüber 2014 weitgehend verifiziert werden. Gleichzeitig ist, wie sich gezeigt hat, nicht die Summe der medial vermittelten Beispiele für Kritik zurückgegangen, vielmehr hat sich deren inhaltliche Ausprägung verändert. Dass der Grundton der Berichterstattung trotz einer anhaltend-stabilen Zahl an Schadensbeispielen signifikant in beiden untersuchten Ländern angewachsen ist, kann als Beispiel dafür gedeutet werden, dass die Frage der Schadenszuschreibung nicht unbedingt mit einem primär-negativen EU-Bild verbunden sein muss, beziehungsweise auch als konstruktive Verbesserungsoption existieren kann. So waren 2014 noch 18 von 37 (48,6%) im Gesamtsample zugeschriebene Schadenspunkte mit einem negativen Grundton verbunden und nur 2 (5,34%) mit einem positiven Grundton, während 2019 nur 4 (11,8%) von 34 Schadenszuschreibungen mit einem negativen Grundton verbunden waren und 11 (32,4%) mit einem positiven Grundton.

Länderebene:

Auf der Länderebene zeigte sich, dass ein insgesamtes Anwachsen der medial dargestellten EU-Zustimmung in beiden untersuchten Ländern inhaltlich gleichzeitig sehr unterschiedlich ausfallen kann. Während in Österreich 2014 noch die Kategorie Wirtschaft/Wohlstand 18 Mal (64,2% aller Nutzenzuschreibungen) codiert wurde, stieg 2019 die Kategorie „Rechtstaat/Liberalismus“ 2019 von 3 (10%) auf 15 (45%) aller Nutzennennungen an. Die Wirtschaftskategorie hatte somit in der medialen Diskussion sowohl als Nutzen- (von 18 auf 12 Codierungen) als auch als Schadenskategorie (von 4 auf 1 Codierung) an Bedeutung verloren. Bei Irland wiederum konnten 2019 Steigerungen in jeder einzelnen Nutzenkategorie vermerkt werden, besonders spürbar jedoch bei der Wirtschaft (13/+8 Codierungen) und - als direkte Konsequenz des Brexit-Prozesses - bei „Geopolitik/Frieden“ (8/+6). Der gleichzeitige Umstand, dass die Schadenszuschreibung „Souveränität/Bürokratie“, aufgrund eines auf Deregulation abzielenden Vorschlages des damaligen Bundeskanzlers, 2019 in Österreich von 8 auf 14 Codierungen angestiegen ist, unterstreicht zusätzlich, wie schwierig es bei geringen Fallzahlen von Variablen sein kann, nationale und europäische Trends zu differenzieren. Gerade für solche Variab-

len würde sich eine erneute Untersuchung mit einer größeren Grundgesamtheit, beziehungsweise mehr teilnehmenden Staaten anbieten, um die übergeordneten Trends besser von den nationalen Elementen trennen zu können.

Medienebene:

Sowohl bei Boulevardmedien (0,005 nach Fisher) als auch Qualitätsmedien (0,000 nach Fisher) konnten hoch signifikante Unterschiede für die Variable GRUND zwischen 2014 und 2019 festgestellt werden, wobei bei beiden die Zahl der positiv/optimistischen Wertungen erheblich anstieg (Von 13 auf 33 Codierungen bei Boulevardmedien und von 22 auf 48 Codierungen bei Qualitätsmedien). Während gleichzeitig 2014 die Unterschiede zwischen den beiden Medienformen noch mit 0,017 nach Fisher hochsignifikant waren, näherten sie sich 2019 auf gerade noch signifikante 0,047 an, wobei auch hier auf die niedrigen Fallzahlen für einige Ausprägungen hingewiesen werden muss.

Fragensynthese:

Ausgehend von der für diese FF vorgesehenen Operationalisierung kann, zusammenfassend, ein Rückgang der Negativität, beziehungsweise, expliziter, über alle Subsamples hinweg ein Anstieg von vermehrt positiver und Vorteils-fokussierter Berichterstattung vermerkt werden, wobei die konkreten Vorteile, welche im Einzelfall mit der Union verbunden werden, wie etwa wirtschaftliche Stabilität, Verteidigung liberaler Grundwerte oder Schutz gegen lokale Instabilität („Brexit"), je nach Zeitraum und Land stark variieren. Die Einzelwerte können somit vermehrt als Ausdruck lokal-zeitlicher Präferenzen denn gesamteuropäisch analysiert werden, bzw. nur als Mosaikstein einer umfassenderen Beurteilung dienen.

Für die Forschungsfrage FF3, Integration und Stabilität, wurde gefragt:

Wird die Wahlkampfberichterstattung 2019 die Union integrativer/stabiler darstellen als 2014?

Übersicht:

Diese FF wurden durch die Variablen KRITPOL, KRITWERT, BRXPOL und BRXPROB und die Hypothesen H6a, H6b, H7a, H7b operationalisiert und stellt somit die einzige Kategorie dar, bei der alle Variablen inhaltlich nur für einen Teilbereich inhaltlich codiert werden konnten. Bei 3 der 4 aufgestellten Hypothesen konnte dabei auf der Gesamtebene entweder keine ausreichende Signifikanz erreicht werden (H6a und H6b) oder aber die Auswertung ergab ein der Annahme widersprechendes Ergebnis (H7a). Zwar entsprechen die Tendenzen der Policy/Politics-Entwicklung und der Kritikeinordnung der vermuteten Einordnung, fallen jedoch nicht unterschiedlich genug aus, bzw. wurden insgesamt zu selten codiert, um eindeutig zugeordnet zu werden. Bei H7a ergab sich das doppelte Problem, dass einerseits 2014 weniger EU-Austrittsfälle codiert werden konnten als ursprünglich angenommen, wodurch die Vergleichbarkeit erschwert wurde und andererseits, außerhalb des Brexits 2019 keine anderen AkteurInnen mehr für einen vollständigen EU-Austritt warben, wodurch die reine Umsetzung des Brexits als Politics-Prozess die überwiegend-dominante Codier-Einheit darstellte. H7b wiederum entsprach der vermuteten Entwicklung, da eine überwiegende Mehrheit der Codier-Einheiten die EU 2019 nicht als Hauptproblemträgerin sieht, bzw. somit keinen weiteren Verfallsprozess aufgrund der Brexit-Entwicklung prognostiziert.

Länderebene:

Wie bereits im Hypothesenabschnitt selbst formuliert, ergab sich auf dieser Ebene für KRITPOL eine Spaltung zwischen den Länderergebnissen 2019. Während Österreich der vermuteten Entwicklung entsprach, konnte in Irland, neben dem allgemeinen Rückgang an Kritik, keine signifikante Veränderung zwischen Politics- und Policy-Kritik vermerkt werden. Dies kann, neben der geringen Fallzahl, auch damit erklärt werden, dass die in Österreich codierte Kritik sich mehrheitlich auf innerösterreichische AkteurInnen und Kritik bezieht (28 von 30 2019 codierte Einheiten), während in Irland 8 von 15 codierten Einheiten aus dem EU-Ausland/Pan-Europäisch waren und somit vermehrt die britische Debatte abgebildet haben. Analog dazu konnte im Falle der Variable BRXPOL zwar in beiden untersuchten Ländern eine eindeutige Dominanz der Politics-lastigen Thematisierung festgestellt werden, da der „Brexit“ jedoch im Sample von Irland 2019 in 29 von 99 Einheiten erwähnt wurde, bzw. doppelt so häufig wie in Österreich (15 Codierungen

2019), fällt der Inhalt der innerbritischen Debatte in diesem Subsample stärker ins Gewicht. Einerseits hätte, um eine Analyse über ausschließlich „innerirische“ Verhältnisse zu erreichen, ein anderes Methodendesign gewählt werden müssen, andererseits wurde durch diese Ergebnisdarstellung deutlich, dass die britische Debatte in Irland noch stärker abgebildet wird als ursprünglich vermutet und somit die mediale Wahlkampfdarstellung erheblich geprägt hat.

Medienebene:

Während die Qualitätsmedien bei der Variable KRITPOL eine signifikante Veränderung zwischen 2014 und 2019 aufweisen (0,040) und die Boulevardmedien nicht (0,149), können bei KRITWERT wiederum die Boulevardmedien eine signifikante Veränderung aufweisen (0,023 nach Fisher), während die Kritik in den Qualitätsmedien ähnlich verbleibt (0,120 nach Fisher). Insgesamt waren die Medienformen bei KRITPOL (0,013 nach Fisher) und KRITWERT (0,008 nach Fisher) 2014 untereinander signifikant unterschiedlich, näherten sich 2019 aber (0,399 bei Fisher für KRITPOL; 0,516 bei Fisher für KRITWERT) umfassend an. Die Werte für BRXPROB und BRXPOL wurden aufgrund der geringen Fallzahlen für 2014 nicht separat errechnet. Insgesamt ist das, auf den ersten Blick irritierende, Ergebnis festzuhalten, dass die Zahl von Kritikfällen in Boulevardmedien 2019 sogar zunahm, was aber auch mit einem stärker europäischen Blick, und den jeweiligen lokalnationalen Elementen (Reformvorschlag des Bundeskanzlers/Thematisierung des „Brexits“) erklärt werden kann. So ist beispielsweise in derösterreichischen Kronenzeitung der Policy-Anteil der Kritik-Einheiten gestiegen ist (+5 Codierungen gegenüber 2014), während der Politics-Anteil stagniert ist.

Fragensynthese:

Ausgehend von den analysierten Variablen kann für diese Kategorie abschließend festgestellt werden, dass die EU in der Berichterstattung 2019 tendenziell (nicht signifikant) vermehrt inhaltsbezogen als strukturell kritisiert wird, beziehungsweise die Kritik stärker auf integrative Verbesserungsvorschläge fokussiert ist als 2014. Der „Brexit“ ist 2019 nach wie vor ein wichtiges Wahlkampfthema, wird jedoch mehrheitlich nicht als Zeichen für eine zugeschriebene Instabilität der Union definiert. Aufgrund der geringen Zahl an BRXPOL/BRXPROB-Codierungen in 2014, würde es sich auch in diesem Fall anbieten, die

Ergebnisse von 2019 in einer komplementären Studie mit vergleichbaren Variablen für den Zeitraum des Brexit-Wahlkampfes 2016 zu codieren, um signifikantere Ergebnisse zu erhalten.

Für die Forschungsfrage FF4, Krisenwahrnehmung und Zukunft, wurde gefragt:

Forschungsfrage 4: Wird die Berichterstattung 2019 weniger von der Krisensituation geprägt sein als 2014?

Überblick:

Diese FF wurde durch die Variablen KRIS und PROG und die Hypothesen H8 und H9 operationalisiert, wobei auf der Gesamtebene für beide Einzelvariablen signifikante Unterschiede zwischen 2014 und 2019 aufgezeigt werden konnten. Wie erwartet, ist die Zahl der Krisencodierungen in allen Samples 2019 erheblich gefallen, während gleichzeitig ein spürbarer Anstieg der Prognosen allgemein (von 36,7% auf 46,8%) beziehungsweise auch der darin inkludierten positiven Prognosen (von 16,4% auf 46,8%), verzeichnet werden konnte. Inhaltlich hat sich gezeigt, dass der Krisenrückgang primär mit der dominierenden Krisenkategorie „Wirtschafts-/Schulden-/Arbeitslosen"-Krise verbunden ist, welche 2014 noch 54,1% der 56 Codierungen ausmachte und 2019 nur in 2 (9%) von 22 Codierungen thematisiert wurde. Da die anderen genannten Krisenkategorien auf der Gesamtebene in beiden Zeiträumen weitgehend stabil blieben, konnte sich somit 2019, entgegen der ursprünglichen Erwartung, keine andere Herausforderung, wie etwa eine Sicherheits-Krise oder Liberalismus-Krise, als neue Hauptkrise etablieren.

Länderebene:

Wie bereits im Hypothesenabschnitt festgehalten wurde, ist die Zahl der Krisen in beiden Ländern 2019 entweder signifikant (0,000 nach Fisher für Irland) oder annähernd signifikant (0,05 nach Fisher für Österreich) gegenüber 2014 gesunken. Gleichzeitig konnte weder 2014 (0,674 nach Fisher) noch 2019 (0,244 nach Fisher) ein ausreichend belastbarer Unterschied zwischen den Länderergebnissen dargestellt werden. Die Verteilung der Krisenkategorien war somit in beiden Zeiträumen in beiden Ländern relativ ähnlich, wobei auch hier erneut auf die relativ geringe Fallzahl der einzelnen Krisen hin-

gewiesen werden muss, weshalb der Gesamttrend wichtiger erscheint als eine Interpretation einzelner Kategorien. Auch für die Variable PROG konnte auf Länderebene weder 2014 (0,109) noch 2019 (0,188) ein signifikanter Unterschied zwischen den Einzelstaaten festgestellt werden, während die Ergebnisse zwischen den Jahrgängen wiederum sowohl für Irland (0,000) als auch für Österreich (0,011) hochgradig signifikant sind. Die Trendlinie ist somit in beiden Staaten gleichermaßen sichtbar.

Medienebene:

Auf der Ebene der Medienformen zeigte sich, entgegen der Annahme einer „EU-skeptischeren" Boulevardpresse, dass 2014 44 Mal Krisen in Qualitätsmedien aber nur 12 Mal in Boulevardmedien codiert wurden. (P-Wert nach Fisher von 0,000 und somit hochsignifikant) Dies kann, bei einer Feinanalyse, partiell dadurch erklärt werden, dass die Thematisierung von Krisen 2014 am zweithäufigsten mit der AkteurInnengruppe „AkteurInnen aus dem EU-Ausland" verbunden war (18 von 56 Codierungen), welche in Boulevardmedien 2014 11 Mal, in Qualitätsmedien aber 30 Mal codiert wurden. Die Darstellung von Krisen war somit 2014 auf europäischer Ebene, bzw. in anderen EU-Staaten noch präsent, wurde aber in Medien, welche sich stärker auf die nationale Ebene konzentrieren, weniger stark abgebildet. Die Veränderung zwischen 2014 und 2019 kann daher in diesem Fall primär den Qualitätsmedien zugerechnet werden, welche hier deshalb einen hochsignifikanten Wert aufweisen (P-Wert nach Fisher von 0,000), während die Boulevardmedien, trotz eines weiteren sanften Absinkens der Krisenzahl (von 12 auf 5 Codierungen), keine eindeutige Veränderung aufzeigen. (P-Wert nach Fisher von 0,234) 2019 sind die beiden Werte dann, mit 17 Codierungen für Qualitätsmedien und 5 für Boulevardmedien, zwar immer noch verschieden groß aber haben sich soweit angenähert, dass die Unterscheidung mit einem Wert von 0,100 nach Fisher nicht mehr ausreichend signifikant ist. Für die Variable PROG wurden ebenfalls 2014 noch signifikante Unterschiede (0,002) zwischen den Medienformen gefunden, welche damit erklärt werden können, dass Boulevardmedien in diesem Jahr mit 24 inhaltlichen Codierungen (zu 49 für Qualitätsmedien) noch erheblich seltener „prognostiziert", bzw. die gesamteuropäische Zukunft beurteilt, haben. Zwischen den beiden Jahren konnten für beide Medienformen dabei wiederum signifikante Veränderungen (0,000 für Qualitätsmedien und 0,002 für Boulevardmedien) verzeichnet werden, da die inhaltliche Codierung der

Qualitätsmedien 2019 positiver wurde und die Zahl der Gesamtcodierungen bei den Boulevardmedien sich mit 44 inhaltlichen Einträgen beinahe verdoppelte. Der zuvor eindeutige Unterschied zwischen den Medienformen erreichte daher 2019 mit einem P-Wert von 0,445 auch nur noch geringe Signifikanz und unterstreicht die gestiegene „europäische Perspektive“ bei den codierten Boulevardmedien.

Fragensynthese:

Als Synthese für die hier beschriebenen Variablen kann festgehalten werden, dass in der medialen Berichterstattung von 2019, die Krisenthematisierung als solche an Aktualität verloren hat und die codierten Krisen sich in diesem Jahr auf eine Vielzahl von kleineren Kategorien aufteilen, anstatt die vorherige Dominanz der Finanzkrise von 2014 zu ersetzen. Kombiniert mit dem Umstand, dass die Zukunft der EU 2019 positiver/optimistischer beurteilt wird als zuvor, wurde, für die Berichterstattung der hier untersuchten EU-Mitgliedsstaaten, somit ein sichtbarer Rückgang der Krisensituation abgebildet.

Fazit und Ausblick

Wie bereits bei der Konzeption dieser Arbeit nur allzu bewusst war, kann ein Projekt dieser Größe nur ein Mosaikstein für die wissenschaftliche Bearbeitung der EU-Wahl 2019 und der mit ihr verbundenen Berichterstattung sein. Gleichzeitig war es möglich, eine Reihe von Elementen - sowohl bezüglich dem Vorhandensein und Auftreten von AkteurInnen, der Beurteilung des „Brexits“, der Zuschreibung von Nutzen und anderen - heraus zu arbeiten, welche sowohl in Irland als auch Österreich verglichen mit 2014 eine gleichmäßige oder zumindest tendenzielle Veränderung durchlaufen hatten und somit zumindest als Ansatzpunkt für weitere Forschungsarbeiten dienen können. In Abschnitt 6-4 wurden bereits einige Vorschläge für weitere Projekte genannt, welche die hier gewonnen Daten entweder erweitern würden oder aber dazu dienen würden, Fragen, welche bei diesem Design nicht vollständig geklärt werden konnten, umfassender zu beantworten.

Für die hier untersuchten Staaten selbst kann, als Synthese dieser Inhaltsanalyse, ein weitgehendes Abflauen der medialen EU-ropäischen Krisendarstellung festgestellt werden, da die zuvor dominanten Krisenelemente nicht ersetzt wurden und auch der nach wie vor aktuelle „Brexit“ 2019 nicht als umfassende Unionskrise geframet wurde. Gleichzeitig ergibt sich daraus die Frage, inwieweit diese Entwicklung in Ländern wie Griechenland oder Italien nachvollzogen werden könnte, in denen, wie in Abschnitt 2-2/3 beschrieben wurde, immer noch Elemente von Finanz- und Flüchtlingskrise nachwirken, bzw. aktuell sind. Auch die Ergänzung der Auswertung um die Daten der EU-Wahlen von 2009 würde wichtige zusätzliche Erkenntnisse bringen, da somit der gesamte beschriebene „Krisenprozess“ einbezogen sein würde. Bei der Feinauswertung wurde des Weiteren festgestellt, dass die Frage des Medientypus – Boulevard oder Qualität – bei manchen Hypothesen und Variablen mehr Differenz erzeugt hat als die Unterscheidung der einzelnen Länder, obwohl beide Medienformen sich 2019 stärker angenähert haben. Inwieweit dieses Ergebnis nun primär mit dem jeweiligen Medientypus oder den gewählten Ländern zusammenhängt, kann jedoch ebenso nur durch den Vergleich mit einer weiteren Untersuchung als zusätzlicher Datenpunkt beurteilt werden.

Die in verschiedenen Umfragen festgehaltene, steigende Zustimmung zur EU (siehe Abschnitt 2-3) wurde innerhalb der analysierten Medienberichte gespiegelt und entspricht den Ergebnissen von Variablen wie PROG und NTZ. Für eine umfassendere Abbildung der Veränderung der „EU-Kritik“ seit 2014 wurde innerhalb dieser Arbeit leider ein zu geringes Sample gewählt, bzw. das quantitative Auftreten des Elements überschätzt, um die inhaltlichen Unterschiede signifikanter auswerten zu können. Alternativ könnte eine größere Grundgesamtheit einem Relevanzsampling unterzogen werden, wodurch alle enthaltenen Elemente auch für diese Frage von Bedeutung wären. Mittels dieses Ansatzes könnte auch untersucht werden, inwieweit zuvor „EU-skeptische“ AkteurInnen ihre Kritik während des EU-Wahlkampfes 2019 verändert haben, was für diese Arbeit tendenziell vermerkt wurde aber keinen eigenständigen Fokus erhalten hatte.

Während anhand der Ergebnisse relativ stringent argumentiert werden kann, dass die Berichterstattung in Österreich und Irland 2019 weniger negativ gegenüber der Union war als 2014, bzw. optimistischer und zumindest tendenziell mehr Stabilität und Integration vermittelt wurde, ist die Frage der „Europäisierung“ am komplexesten zu beantwor-

ten. Wie aufgezeigt sind die Wahlen zwar 2019 verstärkt von den Gewählten selbst bestritten worden, die bestimmenden Inhalte wurden dabei jedoch, innerhalb des Samples, nicht prominenter dargestellt als zuvor. Durch eine komplementäre Untersuchung der relevanten KommunikatorInnen-Inhalte wäre es möglich zu evaluieren, inwieweit dieser anhaltende Fokus dabei durch das Medienframing selbst hergestellt oder nur übernommen wurde.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die mediale Berichterstattung über die EU und die EU-Wahlen potentiell zwar dazu in der Lage ist, den Zustand der Union abzubilden oder partiell mit zu formen, mit allen bekannten Einschränkungen hinsichtlich der RezipientInnenwünschen und –Erwartungen (siehe Abschnitt 1-3). Gleichzeitig ist es jedoch schwierig von den EU-ropäischen WählerInnen ein gesamteuropäisches Gefühl zu erwarten, beziehungsweise paneuropäisch zu denken, wenn weder paneuropäische Parteien bislang bei EU-Wahlgängen direkt antreten, noch die Ergebnisse der Europawahlen auch entsprechende exekutiv-politische Folgen nach sich ziehen. Es liegt somit entscheidend an den Institutionen und VertreterInnen der EU selbst, dafür zu sorgen, dass das Europabild, welches sie zweifellos gerne vermitteln würden, in Zukunft auch als Abbildung der Realität von JournalistInnen übernommen werden kann und nicht nur als graue Theorie in Brüsseler und Straßburger Aktenordnern verstaubt.

Quellenverzeichnis

Journals und andere Papers:

Abboushi, Suhail: „Britain after Brexit – brief overview“, In: Journal of International Trade Law and Policy, Volume 17, Ausgabe 1/2018, S: 69-84,

Albahari, Maurizio: “From Right to Permission: Asylum, Mediterranean Migrations, and Europe’s War on Smuggling”, In: Journal on Migration and Human Security, Volume 6, Ausgabe 2/2018, S: 121-130,

Anderson, James: „Ireland’s borders, Brexit centre-stage: a commentary“, In: Space and Polity, Volume 22, Ausgabe 2/2018, 255-269,

Arendt, Florian; Brantner, Cornelia: „Enttäuscht Gemachte WählerInnen?“, In: Medien-Journal, Volume 39, Ausgabe 4/2015, S: 52-67,

Barbu, Silviu et al.: „THE SEPARATION OF POWERS IN THE CONSTITUTIONS OF THE EU MEMBER STATES“, In: Challenges of the Knowledge Society, Volume 7, 2017, S: 401-410,

Barrett, Shaen et al.: “Sustainability, accountability and democracy: Ireland’s Troika experience”, In: Finance Research Letters, Volume 28, Ausgabe 1/2019, S: 53-60,

Bigge, Marit: “Obedience and Dehumanization: Placing the Dublin Regulation within a Historical Context”, In: Journal of Human Rights and Social Work, Volume 4, Ausgabe: 1/2019, S: 91-100,

Birk, Franz: „Zusammenfassung der Ergebnisse der Studie EU-Euroskeptizismus“, In: Krejci, Herbert: „Grundlagen des Skeptizismus gegenüber der Europäischen Union und dem Euro“, 2004, ARGE Informations-und Medienforschung, über: http://www.esiweb.org/pdf/esi_turkey_austriadebate_20.pdf

Boka, Eva: “The European idea of a supranational union of peace”, In: Society and Economy; Volume 34, Ausgabe 3/2012, S: 387-397,

Bozkaya, Inci: „Informationsvermittlung in mediengeschichtlicher Perspektive“, In: Mitteilungen des Deutschen Germanistenverbandes, Volume 65, Ausgabe 1/2018, S: 44-56,

Braicu, Cezar: “EU Refugee Crisis Impact on the European Labor Markets”, In: International conference KNOWLEDGE-BASED ORGANIZATION, Volume 22, Ausgabe 2/2016, S: 233-238,

Bressanelli, Edoardo; Chelotti, Nicola: „Power Without Influence? Explaining the Impact of the European Parliament Post-Lisbon“, In: Journal Of European Integration, Volume 41, Ausgabe: 3/2019, S: 265-276,

Brunsbach, Sandra et al.: „The Supply Side of Second-Order Elections: Comparing German National and European Election Manifestos“, In: German Politics, Volume 21, Ausgabe 1/2012, S: 91-115,

Bucur, Iulia: “Deepening integration coordinates of the European Assembly”, In: Studies and Scientific Researches: Economics Edition, Volume 3, Spezialausgabe 2010, S: 191-200,

Christiansen, Thomas: „After the Spitzenkandidaten: fundamental change in the EU’s political system? “, In: West European Politics, Volume 39, Ausgabe 5/2016, S: 992-1010,

Dagi, Dogachan: „EU'S REFUGEE CRISIS: FROM SUPRA-NATIONALISM TO NATIONALISM?‘“, In: Journal of Liberty and International Affairs, Volume 3, Ausgabe 3/2018, S:.9-19,

Degl'Innocenti, Marta et al.: „Bank productivity growth and convergence in the European Union during the financial crisis“, In: Journal of Banking and Finance, Volume 75, Ausgabe 2/2017, S: 184-199,

de Vrees, Claes; Azrout, Rachid: „The 2014 European Parliamentary Elections in the News“, Studie der Amsterdam School of Communications Research, April 2019, über: https://www.polcomm.org/wp-content/uploads/The-2014-EP-Elections-in-the-News_v010419.pdf

Díaz-Morlán, Pablo; MSáez-García, Miguel: “The European response to the challenge of the Japanese steel industry (1950–1980)”, In: Business History, Volume 58, Ausgabe 2/2016, S: 244-263,

Donsbach, Wolfgang: „Media Thrust in the German Bundestag Election, 1994: News Values and Professional Norms in Political Communication“, In: Political Communication, Volume 14, Ausgabe 2/1997. S: 149-170,

Douglas-Scott, Sionaidh: „Brexit, Article 50 and the Contested British Constitution“, In: Modern Law Review, November 2016, Volume 79, Ausgabe 6/2016, S: 1019-1040,

Droeber, Julia „New beginnings? The refugee “crisis”, the “Other”, and Islamic religious education in Germany“, In: Studies in Global Ethics and Global Education, Volume 5, Ausgabe 5/2016, S: 93-107,

Entman, Robert: „Framing: Toward clarification of a fractured paradigm Entman“, In: Journal of Communication, Volume: 43, Ausgabe: 4/1993, S: 51-58,

Fitzgerald, Maurice: „Ireland within the Realms of the EC’s First Wave of Enlargement”, Nicht publiziertes Paper anlässlich des “XIV. International Economic History Congress”, Helsinki 2006, über: http://www.helsinki.fi/iehc2006/papers3/Fitzgerald.pdf

Fotaki, Marianna: „A Crisis of Humanitarianism: Refugees at the Gates of Europe“, In: International journal of health policy and management, Volume 8, Ausgabe 6/2019, S: 321-324,

Gad, Ulrik: „Greenland: A post-Danish sovereign nation state in the making“ In: Cooperation and Conflict, Volume 49, Ausgabe 1/2014, S: 98-118,

Galpin, Charlotte ; Trenz, Hans-Jörg: „Die Euroskeptizismus-Spirale: EU-Berichterstattung und Medien-Negativität“, Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 2018, Volume 43, Ausgabe 1/2018, S: 147-172,

Gloggnitzer, Sylvia: „Der Vertrag von Lissabon“, In: Geldpolitik & Wirtschaft“, Volume 5, Ausgabe 1/2008, S: 74-91,

Goodman, Simon; Narang, Amrita: ““Sad day for the UK”: The linking of debates about settling refugee children in the UK with Brexit on an anti-immigrant news website”, In: European Journal of Social Psychology, 2019, bislang nur online publiziert, über: https://onlinelibrary-wiley-com.uaccess.univie.ac.at/doi/epdf/10.1002/ejsp.2579

Gora, Anna: „The Irish Lisbon Treaty Referendum: Does Direct Democracy work for the EU?“, Unpubliziertes Paper anlässlich der 8. ECSA-C Biennial Conference: „Whither Europe?“, Victoria, British Columbia, 2009, über: https://www.academia.edu/234931/The_Irish_Lisbon_Treaty_Referendum_Does_Direct_Democracy_work_for_the_EU

Greenwood, Justin; Roederer-Rynning, Christilla: „Power at the expense of diffuse interests? The European Parliament as a legitimacy-seeking institution“, In: European Politics and Society, Online veröffentlicht am 09.05.2019 über https://www.tandfonline.com/, wird in Volume 20, Ausgabe 04/2019 publiziert,

Groot, Loek; Zonneveld, Erik: „European union budget contributions and expenditures: lorenz curve approach“, In: Journal of Common Market Studies, Volume 51, Ausgabe 4/2013, S: 649-666,

Hamann, Julie et al.: „Shaking Up the 2019 European Election: Macron, Salvini, Orbán, and the Fate of the European Party System", DGAPanalyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Ausgabe 1/2019, über:
https://dgap.org/de/article/getFullPDF/31994

Hix, Simon; Hoyland, Björn: „Empowerment of the European Parliament", In: Annual Review of Political Science, Volume 16, 2013, S: 171-189,

Hodson, Dermot; Maher, Imelda: "British Brinkmanship and Gaelic Games: EU Treaty Ratification in the UK and Ireland from a Two Level Game Perspective", In: British Journal of Politics & International Relations, Volume, 16, Ausgabe 4/2014, S: 645-661,

Howarth, David; Spendzharova, Aneta: „Accountability in Post-Crisis Eurozone Governance: The Tricky Case of the European Stability Mechanism", In: Journal of Common Market Studies, Volume 57, Ausgabe 4/2019, S: 894-911,

Iftime, Elena: „SEVEN KEY INSTITUTIONS OF THE EUROPEAN UNION- VALIDATED BY THE LISBON TREATY", In: USV Annals of Economics and Public Administration, Volume 15, Ausgabe 3/2015, S: 182-192,

Ionescu, Cristian: "Post-crisis Economy of the European Union in the Global Context", In: Theoretical and Applied Economics, Volume 19, Ausgabe 6/2012, S: 85-104,

Jabareen, Yosef „The emerging Islamic State: Terror, territoriality, and the agenda of social transformation", In: Geoforum, Volume 58, Ausgabe 1/2015, S: 51-55,

Jakulevičienė, Lyra: "MIGRATION RELATED RESTRICTIONS BY THE EU MEMBER STATES IN THE AFTERMATH OF THE 2015 REFUGEE "CRISIS" IN EUROPE: WHAT DID WE LEARN?" In: International Comparative Jurisprudence, Volume 3, Ausgabe 2/2018, S: 222-230,

Kelly, Mary: „The Media View of the 1979 European Election Campaign", In: The Economic and Social Review, Volume 14, Ausgabe 2/1983, S: 137-152,

Kennedy, Fiachra; Sinnott, Richard: „Irish Public Opinion toward European Integration“, in: Irish Political Studies, Volume 22, Ausgabe 1/2007, S: 61-80,

Keogh, Dermot: „THE DIPLOMACY OF `DIGNIFIED CALM': AN ANALYSIS OF IRELAND'S APPLICATION FOR MEMBERSHIP OF THE EEC, 1961—1963“, In: Chronicon, Volume 1, Ausgabe 4/1997, S: 1-68,

Kevin, Deidre: „Coverage of the European ParliamentElections of 1999: National Public Spheres and European Debates“, In: Javnost - The Public, Volume 8, Ausgabe 1/2001, S: 21-38,

Knodt, Michèle ; Stoiber, Michael: „Vergleichende Politikwissenschaft im Kontext der Mehrebenenanalyse“, In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Volume 4, Ausgabe 1/2010, S: 79-102,

Larion, Alina-Paula: „THE BRITISH’S RELATIONS WITH THE EUROPEAN UNION - IN THE CONTEXT OF BREXIT“, In: Ecoforum, Volume 7, Ausgabe 3/2018, S: 1-3,

Lorino, Phillipe et al.: „Goffman's theory of frames and situated meaning-making in performance reviews. The case of a category management approach in the French retail sector“, In: Accounting, Organizations and Society, Volume 58, Ausgabe 3/2017, S:32-49,

Lovejoy, Jenette et al.: “Three Decades of Reliability in Communication Content Analyses: Reporting of Reliability Statistics and Coefficient Levels in Three Top Journals”, In: Journalism and Mass Communication Quarterly, Volume 93, Ausgabe 4/2016, S: 1135-1159,

Maier, Michaela et al.: “The interplay between parties and media in putting EU issues on the agenda: A temporal pattern analysis of the 2014 European Parliamentary election campaigns in Austria, Germany and the United Kingdom”, In: Party Politics, Volume 25, Ausgabe 2/2019, S: 167-178,

Marshall, David: „Explaining Interest Group Interactions with Party Group Members in the European Parliament: Dominant Party Groups and Coalition Formation“, In: Journal of Common Market Studies, Volume 53, Ausgabe: 2/2015, S: 311-329,

Martín-Cubas, Joaquín et al.: „The“Big Bang” of the populist parties in the European Union: The 2014 European Parliament election“, In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, Volume 32, Ausgabe 2/2019, S: 168-190,

McCombs, Maxwell; Valenzuela, Sebastián: „The Agenda-Setting Theory“, In: Cuadernos de Información, 2007, Ausgabe 20, S: 44-50,

Mihai-Yiannaki, Simona: “EUROPEAN UNEMPLOYMENT TRENDS AND SOCIAL DUMPING - FINANCIAL CRISIS AFTERMATHS”, In: Lex ET Scientia International Journal, Jahrgang 17, Ausgabe 1/2010, S: 335-357,

Milward, Alan: „The United Kingdom and the European union“, In: Journal of European Integration History, Volume 20, Ausgabe 1/2014, S: 73-79,

Minkus, Lara et al.: “A Trump Effect on the EU's Popularity? The US Presidential Election as a Natural Experiment”, In: Perspectives On Politics, Volume 17, Ausgabe 2/2019, S: 399-416,

Modebadze, Valeri: „THE REFUGEE CRISIS, BREXIT AND THE RISE OF POPULISM: MAJOR OBSTACLES TO THE EUROPEAN INTEGRATION PROCESS“, In: Journal of Liberty and International Affairs, Volume 5, Ausgabe 1/2019, S: 86-95,

Morini, Marco: „Front national and Lega Nord: two stories of the same Euroscepticism“, In: European Politics and Society, Volume 19, Ausgabe 1/2018, S: 1-19,

Müller, Henriette: „Between Potential, Performance and Prospect: Revisiting the Political Leadership of the EU Commission President“, In: Politics and Governance, Volume 4,

Ausgabe 2/2016, S: 68-79,

Newell, James: „Italy's Divided Politics", In: „Political Insight", Volume 9, Ausgabe 2/2018, S: 19-23,

Nissen, Sylke: „The Eurobarometer and the process of European integration", In: Quality & Quantity, Volume 48, Ausgabe 2/2014, S: 713–727,

Oberhofer, Harald; Streicher, Gerhard: „Die Handelseffekte der österreichischen EU-Mitgliedschaft 25 Jahre nach der Volksabstimmung", Studie des Österreichisches Institutes für Wirtschaftsforschung, April 2019, URL: https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=61796&mime_type=application/pdf

O'Mahony, Jane: „Ireland's EU Referendum Experience", In: Irish Political Studies, Volume 24, Ausgabe 4/2009, S: 429-446,

Ott, Ursula; Ghauri, Pervez: „Brexit negotiations: From negotiation space to agreement zones, In: Journal of International Business Studies, 12 February 2019, Volume 50, Ausgabe 1/2019, S: 137-149,

Peterson, John: "Juncker's political European Commission and an EU in crisis", In: Journal of Common Market Studies, March 2017, Volume 55, Ausgabe 2/2017, S: 349-367,

Popa Cristina: "The Challenges of the Schengen Area", In: Expert Journal of Economics, Volume 4, Ausgabe 3/2016, S: 96-104,

Quaas, Georg: „Problem Child Greece", In: Intereconomics, 2018, Volume 53, Ausgabe 6/2018, S: 320-325,

Panke, Diana: „Small states in the European Union: structural disadvantages in EU policy-making and counter-strategies“, In: Journal of European Public Policy, Volume 17, Ausgabe 6/2010, S: 799-817,

Rittberger, Berthold: “The Creation and Empowerment of the European Parliament”, In: Journal of Common Market Studies, Volume 41, Ausgabe 2/2003, S: 203–225,

Roberts-Thomson, Patricia: „EU treaty referendums and the European union“, In: Journal of European Integration, Volume 23, Ausgabe 2/2001, S: 105-137,

Röger, Werner et al.: “Overcoming the euro crisis: medium and long term economic perspective”, In: International Economics and Economic Policy, 2016, Volume 13, Ausgabe 1/2016, S: 59-103,

Scheufele, Dietram; Tewksbury, David: „Framing, Agenda Setting, and Priming: The Evolution of Three Media Effects Models“, In: Journal of Communication, Volume 57, Ausgabe 1/2007, S: 9-20,

Schimmelfenig, Frank: „Liberal Intergovernmentalism and the Crises of the European Union”, In: Journal of Common Market Studies, Volume 56, Ausgabe 7/2018, S: 1578-1594,

Schrader, Klaus; Ullivelli Marta: “Italy: A Crisis Country of Tomorrow? Insights from the Italian Labor Market”, In: Kiel Policy Brief, Ausgabe 107, September 2017, über: https://www.ifw-kiel.de/fileadmin/Dateiverwaltung/IfW-Publications/-ifw/Kiel_Policy_Brief/Kiel_Policy_Brief_107.pdf

Schuck, Andreas et al.: “Explaining Campaign News Coverage: How Medium, Time, and Context Explain Variation in the Media Framing of the 2009 European Parliamentary Elections”, In: Journal of Political Marketing, Volume 12, Ausgabe 1/2013, S: 8-28,

Seethaler, Josef: „Österreichische Tageszeitungen –über 100 Jahre alt“, In: Arbeitsberichte der Kommission für historische Pressedokumentation Nr2 (überarbeitete Version), 2005, Österreichische Akademie der Wissenschaften,

Seidendorf, Stefan: “Defining Europe Against its Past? Memory Politics and the Sanctions Against Austria in France and Germany”, In: German Law Journal, Volume 6, Ausgabe 2/2005, S: 439-464,

Simsa, Ruth: “Leaving Emergency Management in the Refugee Crisis to Civil Society? The Case of Austria“, In: Journal of Applied Security Research, Volume 12, Ausgabe 1/2017, S: 78-95,

Steven, Martin: “Euro-Realism’ in the 2014 European Parliament Elections: The European Conservatives and Reformists (ECR) and the Democratic Deficit” In: Representation, Volume 52, Ausgabe 01/2016, S: 1-12,

Strauch, Paul: „When Stopping the Smuggler Means Repelling the Refugee: International Human Rights Law and the European Union's Operation To Combat Smuggling in Libya's Territorial Sea“, In: Yale Law Journal, Volume 126, Ausgabe 8/2017, S: 2421-2448,

Strömbäck, Jesper et al.: „Sourcing the News: Comparing Source Use and Media Framing of the 2009 European Parliamentary Elections“, In: Journal of Political Marketing, Volume 12, Ausgabe 1/2013, S: 29-52,

Tawat, Mahama: „Towards an “ever closer” union? Refugee Policy and Social Cohesion in Eastern EU Member States“, In: East European Politics, Volume: 32, Ausgabe 2/2016, S: 277-284,

Troncotă, Miruna; Loy, Alexandra: „EU CRISES AS ‘CATALYSTS OF EUROPEANIZATION’? INSIGHTS FROM EUROBAROMETER DATA IN ROMANIA ON THE IMPACT OF THE REFUGEE CRISIS AND BREXIT“, In: Europolity: Continuity and Change in European Governance, Volume 12, Ausgabe 1/2018, S: 171-232,

Vasilopoulou, Sofia et al.: „Greece in Crisis: Austerity, Populism and the Politics of Blame“, In: Journal Of Common Market Studies, Volume 52, Ausgabe 2/2014, S: 388-402,

Vibert, Frank: “How Not to Write a Constitution— The Maastricht/Amsterdam Treaties”, In: Constitutional Political Economy, Volume 10, Ausgabe 2/1999, S: 149–166,

Wallace, Helen: „Heading for the Exit: the United Kingdom’s Troubled Relationship with the European Union“, In: Journal of Contemporary European Research, Volume 12, Ausgabe 4/2016, S: 809-815,

Warlouzet, Laurent: „Britain at the Centre of European Co-operation (1948–2016)“, In: Journal of Common Market Studies, May 2018, Volume 56, Ausgabe 4/2018, S: 955-970,

Weaver, David: „Thoughts on Agenda Setting, Framing,and Priming“, In: Journal of Communication, Volume 57, Ausgabe 1/2007, S: 142–147,

Wilke, Jürgen; Reinemann, Carsten: „Invisible second-order campaigns? A longitudinal study of the coverage of the European Parliamentary elections 1979–2004 in four German quality newspapers“, In: Communications, Volume 32, Ausgabe 3/2007, S: 299-322,

Ytreberg, Espen: „Towards a historical understanding of the media event“, In: Media, Culture & Society, Volume 39, Ausgabe 3/2017, S: 309-324,

Zaun, Natascha: “States as Gatekeepers in EU Asylum Politics: Explaining the Non-adoption of a Refugee Quota System”, In: Journal of Common Market Studies, January 2018, Volume 56, Ausgabe 1/2018, S: 44-62,

Monografien und Sammelbänder:

Adam, Rudolf: „Brexit – Eine Bilanz“, 2019, Springer VS,

Baur, Nina; Blasius, Jörg [Hrsg.]: „Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung“ , 2014, Springer VS,

Beck, Klaus. „Kommunikationswissenschaft“, 2017, UVK Verlagsgesellschaft, 5. Auflage,

Bentele, Günter et al.: „Lexikon Kommunikations- und Medienwissenschaft“, 2013, Springer VS, 2. Auflage,

Bischof, Günther; Karlhofer, Ferdinand [Hrsg.]: „Austrian Studies Today – Volume 25“, 2016, Uno Press,

Brosius, Hans-Bernd et al.: „Methoden der empirischen Kommunikationsforschung: Eine Einführung“, 2008, Springer VS, 4. Auflage,

Bruun, Niklas et al. [Hrsg.]: „The lisbon treaty and social Europe“, 2012, Hart Publishing,

Donges, Patrick; Jarren, Otfried: „Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft: Eine Einführung“, 2017, Springer VS Verlag,

Burkart, Roland: „Kommunikationswissenschaft“, 2002, Böhlau-Verlag, 4. Auflage,

Burkhardt, Steffen: „Praktischer Journalismus“, 2009, OLDENBOURG WISSENSCHAFTS-VERLAG, 1. Auflage

Donsbach, Wolfgang [Hrsg.]: „The International Encyclopedia of Communication“, 2008, Wiley-Blackwell Publishing, 1. Auflage,

Efenhoff, Klaus: “The Financial Crisis and the European Union”, 2009, Nova Science Publishers,

Eichhorn, Wolfgang: „Agenda-Setting-Prozesse“, 2005, Verlag Reinhard Fischer, 2. Auflage,

Früh, Werner: „Inhaltsanalyse“, 2017, utb Verlag, 9. Auflage,

Gröppel-Klein, Andrea; Germelmann, Claas [Hrsg.]: „Medien im Marketing“, 2009, Gabler, 1. Auflage,

Hangen, Claudia: „Grundlagenwissen Medien für Journalisten – Eine Einführung“, 2012, VS Verlag,

Hofmann, Wilhelm et al.[Hrsg.]: „Narrative Formen der Politik“, 2014, Springer VS,

Holtz-Bacha, Christina[Hrsg.]: „Europawahl 2004: Die Massenmedien im Europawahlkampf“, 2005, VS Springer,

Horgan, John; Flynn, Roddy: „Irish Media : A Critical History“, 2017: Four Courts Press, 2. Auflage,

Kaid, Lynda [Hrsg.]: „The EU Expansion“, 2007, Peter Lang Publishing,

Kaltenbrunner, Andy et al.: „Der Journalisten-Report: Österreichs Medien und ihre Macher Eine empirische Erhebung“, 2007, Facultas Verlag,

Kevenhörster, Paul: „Politikwissenschaft - Band 1: Entscheidungen und Strukturen der Politik“, 2008, VS Verlag, 3. Auflage,

Kriechbaumer, Robert [Hrsg.]: „Österreichische Nationalgeschichte nach 1945“, 1998, böhlau Verlag,

Krippendorf, Klaus: „Content Analysis“, 2004, Sage Publications, 2. Auflage,

Krotz, Friedrich, et al.[Hrsg.]: “Theorien der Kommunikations- und Medienwissenschaft“, 2008, VS Verlag,

Kuckartz, Udo et al.: “Statistik – Eine verständliche Einführung“, 2010, VS Verlag,

Lasswell, Harold: „Propaganda technique in the World War“, 1927, Peter Smith Verlag, über: https://babel.hathitrust.org/cgi/pt?id=mdp.39015000379902&view=1up&seq=1

Lausre, Finn [Hrsg.]: “Designing the European union: from Paris to Lisbon“, 2012, Palgrave Macmillian, 1. Auflage,

Le Gloannec, Anne Marie: “Continent by default: The European Union and the demise of regional order”, 2018, Cornell University Press,

Lieb, Julia; Maurer, Andreas [Hrsg.]: „In Trippelschritten zur EU-Reform. Die Ratifikationsverfahren zum Lissabonner Vertrag“, Diskussionspapier der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2008, über:
https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/081204_DP_Ratifikationen_KS_Auflage4.pdf

Lodge, Juliet [Hrsg.]: “The 2009 Elections to the European Parliament”, 2010, Palgrave Macmillan,

Maier, Michaela et al. [Hrsg.]: „Political Communication in European Parliamentary elections“, 2011, Ashgate,

Matthäus, Heidrun; Matthäus, Wolf-Gert: „Statistik und Excel: Elementarer Umgang mit Daten“, VS Springer, 1. Auflage,

Matthes, Jörg: „Framing-Effekte“, 2007, Verlag Reinhard Fischer,

Maathes, Jörg: „Framing“, 2014, Nomos, 1. Auflage,

Mazzucelli, Colette: „France and Germany at Maastricht : Politics and Negotiations to Create the European Union“, 2007, Routledge,

Meier, Klaus: „Journalistik“, 2007, UVK Verlagsgesellschaft,

Melischek, Gabriele et al. [Hrsg.]: „Medien & Kommunikationsforschung im Vergleich“, 2008, VS Verlag,

Müller, Martin: „Taking Stock of the Austrian Accession to the EU: With Regard to the Arguments of its Referendum Campaign in 1994“, Universität Genf 2008, Masterarbeit,

Neuberger, Christoph; Kapern, Peter: „Grundlagen des Journalismus“, 2013, Springer SV,

Newman, Bruce: „The mass marketing of politics: democracy in an age of manufactured images“, 1999, Thousand Oaks,

Niedermeier, Alexander; Ridder, Wolfram: „Das Brexit-Referendum: Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven“, 2007, Springer VS,

Potthoff, Matthias [Hrsg.]: „Schlüsselwerke der Medienwirkungsforschung“, 2016, VS Verlag,

Pürer, Heinz et al: „Grundbegriffe der Kommunikationswissenschaft, 2015, UVK Verlags-gesellschaft,

Reichert, Fabian: “You vote what you read? news coverage before the two Irish referendums on the Lisbon Treaty”, 2013, Anchor Academic Publishing,

Reinemann, Carsten: „Political communication“, 2014, De Gruyter Mouton,

Sander, Uwe et al. [Hrsg.]: „Handbuch Medienpädagogik“, 2008, VS Verlag, 1. Auflage,

Schäfer-Hock, Christian: „Journalistische Darstellungsformen im Wandel - Eine Untersuchung deutscher Tageszeitungen von 1992 bis 2012“, 2018, Springer VS, 1. Auflage,

Scheuermann, Arne; Vidal, Francesca [Hrsg.]: „Handbuch Medienrhetorik“, 2017, De Gruyter,

Szczerbiak, Aleks; Taggart, Paul [Hrsg.]: “Opposing Europe?: the comparative party politics of Euroscepticism. : Volume 2, : Comparative and theoretical perspectives”, 2008, Oxford University Press,

Tenscher, Jens [Hrsg.]: „Wahl-Kampf um Europa“, 2005, VS Verlag,

Teo, Timothy [Hrsg.]: „Handbook of Quantitative Methods for Educational Research“, 2013, Sense Publishers,

Toutenburg, Helge; Heumann, Christian: „Induktive Statistik“, 2008, VS Verlag,

von La Roche, Walther et al.: „Einführung in den praktischen Journalismus. Journalistische Praxis.“, 2013, Springer VS, 19. Auflage,

Wolf, Christof; Best, Henning: „Handbuch der sozialwissenschaftlichen Datenanalyse“, 2010, VS Verlag

Datenbanken, Medienartikel und andere Onlinequellen (alphabetisch nach URL geordnet):

ABC-Bericht: „The Irish Times, July to December 2018“, publiziert am 21.02.2019, über: https://www.abc.org.uk/Certificates/49256125.pdf

ABC-Bericht: „The Irish Independent, July to December 2018“, publiziert am 21.02.2019, über:
https://www.abc.org.uk/Certificates/49255849.pdf

Webseite von Andre Hayes: „My Macros and Code for SPSS and SAS“, http://afhayes.com/spss-sas-and-mplus-macros-and-code.html

Otjes, Simon: „As the Netherlands gears up for European elections, Mark Rutte faces challenges from both the left and the right”, “European Politics & Policy”-Blog der London School of Economics & Political Science, publiziert am 09.04.2019, über https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/09/as-the-netherlands-gears-up-for-european-elections-mark-rutte-faces-challenges-from-both-the-left-and-the-right/

Steven, Martin: “The future of ‘Eurorealism’: Prospects for the European Conservatives and Reformists after the May 2019 elections”, “European Politics and Policy”-Blog der London School of Economics and Political Science, publiziert am 15.04.2019, über: https://blogs.lse.ac.uk/europpblog/2019/04/15/the-future-of-eurorealism-prospects-for-the-european-conservatives-and-reformists-after-the-may-2019-elections/

„Europa fehlt der Esprit“, in „DerStandard“, online veröffentlicht am 20/21.10.2007, https://derstandard.at/3081341/Europa-fehlt-der-Esprit

Der Standard: „Der nicht geführte Kampf“ in „DerStandard“, online veröffentlicht am 10.04.2008,
https://derstandard.at/3296549/Der-nicht-gefuehrte-Kampf

"Eurobarometer 76", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb76/eb76_agreport_de.pdf

"Eurobarometer 82", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb82/eb82_publ_en.pdf

"Eurobarometer 83", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/eb/eb83/eb83_first_en.pdf,

"Eurobarometer 84", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/70151

"Eurobarometer 87", http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/82870

"Eurobarometer 88", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/81149,

"Eurobarometer 90", https://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/index.cfm/ResultDoc/download/DocumentKy/86481

EUROSTAT: Asylum applications (non-EU) in the EU-28 Member States, 2008–2018", https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Asylum_statistics#Number_of_asylum_applicants:_drop_in_2018

„European Parliament: 2019-2024“, Webseite des Europaparlaments, https://election-results.eu/european-results/2019-2024/

„2019 European election results: United Kingdom“, Webseite des Europäischen Parlamentes, https://www.election-results.eu/united-kingdom/

„Eurobarometer: Nachwahlanalyse 2014“, http://europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2014/post-election-survey-2014/analytical-synthesis/de-analytical-synthesis-post-election-survey-2014.pdf

„Eurobarometer: Nachwahlanalyse 2014 – Soziodemografischer Anhang“ http://europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2014/post-election-survey-2014/socio-demographic/de-socio-demographic-post-election-survey-2014.pdf

„Eurobarometer – Nachwahlanalyse 2019“, http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/election2019/EB915_SP_EUROBAROMETER_POSTEE19_FIRSTRESULTS_EN.pdf

“Flash Eurobarometer Spring 2019: Emotions and political engagement towards the EU“, https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/files/be-heard/eurobarometer/2019/emotions-and-political-engagement-towards-the-eu/report/en-flash-2019.pdf

“EUROPOL: TESAT-Bericht 2016”, https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/europol_tesat_2016.pdf

“EUROPOL: TE-SAT-Bericht 2019”, https://www.europol.europa.eu/sites/default/files/documents/tesat_2019_final.pdf

Media-Analyse-Bericht: „MA 2018 - Presse“, publiziert am 28.03.2019, über: https://www.media-analyse.at/table/3129

„Große Mehrheit für den Vertrag von Lissabon - Parlamentskorrespondenz Nr. 305 vom 09.04.2008“, Offizielle Homepage des Österreichischen Parlamentes, URL: https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2008/PK0305/index.shtml

de Swert, Knut: „Calculating intercoder reliability in media content analyzing Krippendorff’s Alpha”, https://www.polcomm.org/wp-content/uploads/ICR01022012.pdf

Alle Onlinequellen wurden zuletzt am 03.09.2019 auf ihre Verfügbarkeit überprüft.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kreuztabelle Medienart X Land X Jahr – S: 87

Tabelle 2: Kreuztabelle HauptakteurIn X Jahr – S: 91

Tabelle 3: Kreuztabelle HauptakteurIn X Jahr X Land – S: 92

Tabelle 4: Kreuztabelle Hauptthema X Jahr – S: 93

Tabelle 5: Kreuztabelle Hauptthema X HauptakteurIn X Jahr – S: 94

Anhang

A – Basisdaten und Signifikanz

Die angeführten Tabellen wurden für eine bessere Übersicht über die prozentuellen Veränderungen (anteilig am jeweiligen Gesamt- oder Ländersample) zwischen den Zeiträumen selbst erstellt. Die angeführten Chi-Quadrat-Tests wurden jeweils aus der SPSS-Ausgabe übernommen.

Variable MEDART:

Medienart **Gesamt**	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Meldung, Nachricht, Bericht	121	60,8%	122	60,7%	-0,1%
Interview	6	3,0%	6	3,0%	+/-0%
Erklärender Journalismus	1	,5%	7	3,5%	+3%
Analyse, Reportage, Feature, Porträt	22	11,1%	19	9,5%	-1,6%
Leitartikel, Kommentar, Kolumne, Glosse	41	20,6%	42	20,9%	+0,3%
Kommentar von Externen	8	4,0%	5	2,5%	-1,5%
Gesamt	199	100,0	201	100,0	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	5,418[a]	5	,367	,374	
Likelihood-Quotient	5,986	5	,308	,330	
Exakter Test nach Fisher	5,367			,374	
Zusammenhang linear-mit-linear	,087[b]	1	,767	,783	,394
Anzahl der gültigen Fälle	400				

Medienart **Irland**	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Meldung, Nachricht, Bericht	66	66,7%	68	68,7%	+2%
Interview	0	0%	0	0%	+/-0
Erklärender Journalismus	0	0%	3	3,0%	+3%
Analyse, Reportage, Feature, Porträt	11	11,1%	7	7,1%	-4%
Leitartikel, Kommentar, Kolumne, Glosse	18	18,2%	18	18,2%	+/-0%
Kommentar von Externen	4	4,0%	3	3,0%	-1%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	4,062[a]	4	,398	,440	
Likelihood-Quotient	5,228	4	,265	,352	
Exakter Test nach Fisher	3,725			,467	
Zusammenhang linear-mit-linear	,189[b]	1	,664	,693	,347
Anzahl der gültigen Fälle	198				

Medienart **Österreich**	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Meldung, Nachricht, Bericht	55	55,0%	54	52,9%	-2,1%
Interview	6	6,0%	6	5,9%	-0,1%
Erklärender Journalismus	1	1,0%	4	3,9%	+2,9%
Analyse, Reportage, Feature, Porträt	11	11,0%	12	11,8%	+0,8%
Leitartikel, Kommentar, Kolumne, Glosse	23	23,0%	24	23,5%	+0,5%
Kommentar von Externen	4	4,0%	2	2,0%	-2%
Gesamt	100	100,0%	102	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	2,521[a]	5	,773	,790	
Likelihood-Quotient	2,661	5	,752	,781	
Exakter Test nach Fisher	2,438			,813	
Zusammenhang linear-mit-linear	,000[b]	1	,998	1,000	,514
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable HAKT:

HauptakteurInnen Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Nat. Pol.	36	18,1%	24	11,9%	-6,2%
Nat. Kand	48	24,1%	65	32,3%	+8,2%
Auslandakt.	41	20,6%	53	26,4%	+5,8%
EU-Akt	15	7,5%	14	7,0%	-0,5%
Andere Akt.	59	29,6%	45	22,4%	-7,2%
Gesamt	199	100%	201	100%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	8,282[a]	4	,082	,082	
Likelihood-Quotient	8,315	4	,081	,083	
Exakter Test nach Fisher	8,259			,082	
Zusammenhang linear-mit-linear	,227[b]	1	,634	,652	,330
Anzahl der gültigen Fälle	400				

HauptakteurInnen Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Nat. Pol.	19	19,2%	10	10,1%	-9,1%
Nat. Kand	28	28,3%	36	36,4%	+8,1%

Auslandakt.	28	28,3%	33	33,3%	+5%
EU-Akt	6	6,1%	4	4,0%	-2,1%
Andere Akt.	18	18,2%	16	16,2%	-2%
Gesamt	99	100%	99	100%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	2,795[a]	2	,247
Likelihood-Quotient	2,819	2	,244
Zusammenhang linear-mit-linear	2,778	1	,096
Anzahl der gültigen Fälle	198		

a. 0 Zellen (0,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 8,50.

HauptakteurInnen Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Nat. Pol.	17	17,0%	14	13,7%	-3,3%
Nat. Kand	20	20,0%	29	28,4%	+8,4%
Auslandakt.	13	13,0%	20	19,6%	+6,6%
EU-Akt	9	9,0%	10	9,8%	+0,8%
Andere Akt.	41	41,0%	29	28,4%	-12,6%
Gesamt	100	100%	102	100%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	,547[a]	2	,761
Likelihood-Quotient	,548	2	,760
Zusammenhang linear-mit-linear	,493	1	,483

Anzahl der gültigen Fälle	202		

a. 0 Zellen (0,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 12,38.

Variable HTHEM Grob:

Hauptthema Grob **Gesamt**	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	133	66,8%	128	63,7%	-3,1%
Polity	46	23,1%	51	25,4%	+2,3%
Policies	20	10,1%	22	10,9%	+0,8%
Gesamt	199	100,0%	201	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	,439[a]	2	,803
Likelihood-Quotient	,439	2	,803
Zusammenhang linear-mit-linear	,357	1	,550
Anzahl der gültigen Fälle	400		

a. 0 Zellen (0,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 20,90.

Hauptthema Grob Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	75	75,8%	65	65,7%	-10,1%
Polity	18	18,2%	23	23,2%	+5%
Policies	6	6,1%	11	11,1%	+5%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)

Chi-Quadrat nach Pearson	2,795[a]	2	,247
Likelihood-Quotient	2,819	2	,244
Zusammenhang linear-mit-linear	2,778	1	,096
Anzahl der gültigen Fälle	198		

a. 0 Zellen (0,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 8,50.

Hauptthema Grob Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	58	58,0%	63	61,8%	+3.8%
Polity	28	28,0%	28	27,5%	-0,5%
Policies	14	14,0%	11	10,8%	-3,2%
Gesamt	100	100,0	102	100,0	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	,547[a]	2	,761
Likelihood-Quotient	,548	2	,760
Zusammenhang linear-mit-linear	,493	1	,483
Anzahl der gültigen Fälle	202		

a. 0 Zellen (0,0%) haben eine erwartete Häufigkeit kleiner 5. Die minimale erwartete Häufigkeit ist 12,38.

Variable HTHEM Fein: (Für diese Variablendarstellung wurden keine Chi-Quadrattests ausgeführt, 1) aufgrund der vielfachen Werte <5 und 2) da die Daten nur für die Erwähnung einzelner Detailergebnisse verwendet werden.)

Hauptthema Fein **Gesamt**	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	0	0%	1	,5%	+0,5%
Konflikt	22	11,1%	13	6,5%	-4,6%
Ereignis	12	6,0%	18	9,0%	+3%

Pseudoereignis	12	6,0%	14	7,0%	+1%
Wahlkampfinfo	18	9,0%	18	9,0%	+/-0%
Wahlkampfwerbung	4	2,0%	4	2,0%	+/-0%
Umfragen	25	12,6%	25	12,4%	-0,2%
Wahlergebnisse	40	20,1%	35	17,4%	-2,7%
Polity	0	0%	1	,5%	+0,5%
Institutionen u. Verträge	12	6,0%	11	5,5%	-0,5%
Mitgliedschaft	5	2,5%	14	7,0%	+4,5%
Europ. Integration	4	2,0%	7	3,5%	+1,5%
Kritik/Vorschlag EU	9	4,5%	8	4,0%	-0,5%
Kritik/Vorschlag EU-Wahlen allg.	11	5,5%	1	,5%	-5%
Kritik/Vorschlag EU-Wahlverlauf	5	2,5%	9	4,5%	+2%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik	7	3,5%	4	2,0%	-1,5%
Policies: Sozialpolitik	2	1,0%	2	1,0%	+/-0%
Policies: Migrationspolitik	1	,5%	1	,5%	+/-0%
Policies: Außenpolitik	1	,5%	0	0%	-0,5%
Policies: Verteidigungspolitik	1	,5%	2	1,0%	+0,5%
Policies: Umweltpolitik	0	0%	7	3,5%	+3,5%
Policies: Bildungspolitik	1	,5%	0	0%	-0,5%
Policies: „Innen“-/Sicherheitspolitik	1	,5%	1	,5%	+/-0%
Policies: Agrarpolitik	0	0%	1	,5%	+0,5%

Policies: Förderpolitik	2	1,0%	1	,5%	-0,5%
Policies: Infrastrukturpolitik	0	0%	1	,5%	+0,5%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik NAT	3	1,5%	1	,5%	-1%
Policies: Sozialpolitik NAT	1	,5%	0	0%	-0,5%
Policies: Infrastrukturpolitik NAT	0	0%	1	,5%	+0,5%
Gesamt	199	100,0%	201	100,0%	

Hauptthema Fein **Irland**	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	0	0%	1	1,0%	+1%
Konflikt	19	19,2%	9	9,1%	-10,1%
Ereignis	6	6,1%	5	5,1%	-1%
Pseudoereignis	5	5,1%	5	5,1%	+/-0%
Wahlkampfinfo	6	6,1%	9	9,1%	+3%
Wahlkampfwerbung	3	3,0%	1	1,0%	-2%
Umfragen	19	19,2%	17	17,2%	-2%
Wahlergebnisse	17	17,2%	18	18,2%	+1%
Polity	0	0%	0	0%	+/-0
Institutionen u. Verträge	6	6,1%	4	4,0%	-2,1%
Mitgliedschaft	3	3,0%	12	12,1%	+9,1%
Europ. Integration	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Kritik/Vorschlag EU	4	4,0%	3	3,0%	-1%

Kritik/Vorschlag EU-Wahlen allg.	4	4,0%	0	0%	-4%
Kritik/Vorschlag EU-Wahlverlauf	0	0%	3	3,0%	+3%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik	2	2,0%	4	4,0%	+2%
Policies: Sozialpolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Migrationspolitik	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Policies: Außenpolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Verteidigungspolitik	0	0%	1	1,0%	+1%
Policies: Umweltpolitik	0	0%	1	1,0%	+1%
Policies: Bildungspolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: „Innen“-/Sicherheitspolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Agrarpolitik	0	0%	1	1,0%	+1%
Policies: Förderpolitik	1	1,0%	0	0%	-1%
Policies: Infrastrukturpolitik	0	0%	1	1,0%	+1%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik NAT	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Policies: Sozialpolitik NAT	1	1,0%	0	0%	-1%
Policies: Infrastrukturpolitik NAT	0	0%	1	1,0%	+1%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

Hauptthema **Österreich**	Östereich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Politics	0	0%	0	0%	+/-0%

Konflikt	3	3,0%	4	3,9%	+0,9%
Ereignis	6	6,0%	13	12,7%	+6,7%
Pseudoereignis	7	7,0%	9	8,8%	+1,8%
Wahlkampfinfo	12	12,0%	9	8,8%	-3,2%
Wahlkampfwerbung	1	1,0%	3	2,9%	+1,9%
Umfragen	6	6,0%	8	7,8%	+1,8%
Wahlergebnisse	23	23,0%	17	16,7%	-6,3%
Polity	0	0%	1	1,0%	+1%
Institutionen u. Verträge	6	6,0%	7	6,9%	+0,9%
Mitgliedschaft	2	2,0%	2	2,0%	+/-0%
Europ. Integration	3	3,0%	6	5,9%	+2,9%
Kritik/Vorschlag EU	5	5,0%	5	4,9%	-0,1%
Kritik/Vorschlag EU-Wahlen allg.	7	7,0%	1	1,0%	-6%
Kritik/Vorschlag EU-Wahlverlauf	5	5,0%	6	5,9%	+0,9%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik	5	5,0%	0	0%	-5%
Policies: Sozialpolitik	2	2,0%	2	2,0%	+/-0%
Policies: Migrationspolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Außenpolitik	1	1,0%	0	0%	-1%
Policies: Verteidigungspolitik	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Policies: Umweltpolitik	0	0%	6	5,9%	+5,9%
Policies: Bildungspolitik	1	1,0%	0	0%	-1%

Policies: „Innen"-/Sicherheitspolitik	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Policies: Agrarpolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Förderpolitik	1	1,0%	1	1,0%	+/-0%
Policies: Infrastrukturpolitik	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Finanz-/Wirtschaftspolitik NAT	2	2,0%	0	0%	-2%
Policies: Sozialpolitik NAT	0	0%	0	0%	+/-0%
Policies: Infrastrukturpolitik NAT	0	0%	0	0%	+/-0%
Gesamt	100	100,0%	102	100,0%	

Variable NTZ:

Nutzen Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Wohlstand	23	11,6%	26	12,9%	+1,3%
Rechtsstaat/Liberalismus	6	3,0%	21	10,4%	+7,4%
Sicherheit/Stabilität	0	0	4	2,0%	+2%
Geopolitik/Frieden	9	4,5%	10	5,0%	+0,5%
Klimaschutz	1	,5%	7	3,5%	+3%
Gesamt	39	19,6%	68	33,8%	+14,2%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	20,392[a]	5	,001	,001	
Likelihood-Quotient	23,186	5	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	20,269			,001	
Zusammenhang linear-mit-linear	7,912[b]	1	,005	,005	,003
Anzahl der gültigen Fälle	400				

Nutzen Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Wohlstand	5	5,1%	13	13,1%	+8%
Rechtsstaat/Liberalismus	3	3,0%	6	6,1%	+3,1%
Sicherheit/Stabilität	0	0	3	3,0%	+3%
Geopolitik/Frieden	2	2,0%	8	8,1%	+6,1%
Klimaschutz	1	1,0%	5	5,1%	+4,1%
Gesamt	11	11,1	35	35,4	+24,3%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	17,612[a]	5	,003	,001	
Likelihood-Quotient	19,433	5	,002	,003	
Exakter Test nach Fisher	16,842			,002	
Zusammenhang linear-mit-linear	13,845[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	198				

Nutzen Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Wohlstand	18	18,0%	12	11,8%	-6,2%
Rechtsstaat/Liberalismus	3	3,0%	15	14,7%	+11,7%
Sicherheit/Stabilität	0	0	1	1,0%	+1%
Geopolitik/Frieden	7	7,0%	2	2,0%	-5%
Klimaschutz	0	0	3	2,9%	+2,9%
Gesamt	28	28,0%	33	32,4%	+4,4%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)

Chi-Quadrat nach Pearson	16,023[a]	5	,007	,002	
Likelihood-Quotient	18,472	5	,002	,003	
Exakter Test nach Fisher	15,637			,003	
Zusammenhang linear-mit-linear	,277[b]	1	,599	,611	,307
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable SCHD:

Schaden Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Finanzsystem	7	3,5%	2	1,0%	-2,5%
Sozialstaat	6	3,0%	3	1,5%	-1,5%
Souveränität/Bürokratie	16	8,0%	20	10,0%	+2%
Sicherheit/Grenzschutz	8	4,0%	9	4,5%	+0,5%
Gesamt	37	18,6%	34	16,9%	-1,5%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	4,347[a]	4	,361	,371	
Likelihood-Quotient	4,532	4	,339	,364	
Exakter Test nach Fisher	4,225			,378	
Zusammenhang linear-mit-linear	,515[b]	1	,473	,476	,243
Anzahl der gültigen Fälle	400				

Schaden Irland	Irland 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Finanzsystem	3	3,0%	1	1,0%	-2%
Sozialstaat	3	3,0%	2	2,0%	-1%
Souveränität/Bürokratie	8	8,1%	6	6,1%	-2%
Sicherheit/Grenzschutz	4	4,0%	6	6,1%	+2,1%
Gesamt	18	18,2%	15	15,2%	-3%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	1,940[a]	4	,747	,764	
Likelihood-Quotient	1,992	4	,737	,764	
Exakter Test nach Fisher	1,972			,782	
Zusammenhang linear-mit-linear	,592[b]	1	,442	,462	,231
Anzahl der gültigen Fälle	198				

Schaden Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschaft/Finanzsystem	4	4,0%	1	1,0%	-3%
Sozialstaat	3	3,0%	1	1,0%	-2%
Souveränität/Bürokratie	8	8,0%	14	13,7%	+5,7%
Sicherheit/Grenzschutz	4	4,0%	3	2,9%	-1,1%
Gesamt	19	19,0%	19	18,6%	-0,4%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	4,584[a]	4	,333	,353	
Likelihood-Quotient	4,779	4	,311	,366	
Exakter Test nach Fisher	4,393			,360	
Zusammenhang linear-mit-linear	,072[b]	1	,789	,797	,406
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable Grundton:

Grundton Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Positiv/optimistische Wertung	35	17,6%	81	40,3%	+22,7%
Neutrale Wertung (abwägend)	62	31,2%	41	20,4%	-10,8%
Negativ/pessimistische Wertung	29	14,6%	5	2,5%	-12,1%

Keine Wertung erkennbar	73	36,7%	74	36,8%	+0,1%
Gesamt	199	100,0%	201	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	39,462[a]	3	,000	,000	
Likelihood-Quotient	41,800	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	40,944			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	7,604[b]	1	,006	,006	,003
Anzahl der gültigen Fälle	400				

Grundton Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Positiv/optimistische Wertung	12	12,1%	35	35,4%	+23,3%
Neutrale Wertung (abwägend)	27	27,3%	16	16,2%	-11,1%
Negativ/pessimistische Wertung	15	15,2%	2	2,0%	-13,2%
Keine Wertung erkennbar	45	45,5%	46	46,5%	+1%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	24,021[a]	3	,000	,000	
Likelihood-Quotient	25,862	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	24,757			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	3,695[b]	1	,055	,062	,031
Anzahl der gültigen Fälle	198				

Grundton Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Positiv/optimistische Wertung	23	23,0%	46	45,1%	+22,1%

Neutrale Wertung (abwägend)	35	35,0%	25	24,5%	-10,5%
Negativ/pessimistische Wertung	14	14,0%	3	2,9%	-11,1%
Keine Wertung erkennbar	28	28,0%	28	27,5%	-0,5%
Gesamt	100	100,0%	102	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	16,433[a]	3	,001	,001	
Likelihood-Quotient	17,193	3	,001	,001	
Exakter Test nach Fisher	16,586			,001	
Zusammenhang linear-mit-linear	4,076[b]	1	,043	,047	,025
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable KRITPOL:

KRITPOL Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Fällt in Policybereich	16	8,0%	25	12,4%	+4,4%
Fällt in Politicsbereich	29	14,6%	18	9,0%	-5,6%
Keine klare Wertung möglich	1	,5%	2	1,0%	+0,5%
Gesamt	46	23,1%	45	22,4%	-0,7%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	4,903[a]	3	,179	,175	
Likelihood-Quotient	4,949	3	,176	,248	
Exakter Test nach Fisher	4,940			,155	
Zusammenhang linear-mit-linear	,001[b]	1	,970	,974	,489
Anzahl der gültigen Fälle	400				

KRITPOL Irland	Irland	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %

	2014				
Fällt in Policybereich	11	11,1	7	7,1	-4%
Fällt in Politicsbereich	14	14,1	8	8,1	-6%
Keine klare Wertung möglich	1	1,0	0	0	-1%
Gesamt	26	26,3	15	15,2	-11,1%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	4,296[a]	3	,231	,202	
Likelihood-Quotient	4,711	3	,194	,209	
Exakter Test nach Fisher	4,182			,209	
Zusammenhang linear-mit-linear	3,539[b]	1	,060	,069	,034
Anzahl der gültigen Fälle	198				

KRITPOL Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Fällt in Policybereich	5	5,0%	18	17,6%	+12,6%
Fällt in Politicsbereich	15	15,0%	10	9,8%	-5,2%
Keine klare Wertung mögliche	0	0%	2	2,0%	+2%
Gesamt	20	20,0%	30	29,4%	+9,4%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	10,750[a]	3	,013	,008	
Likelihood-Quotient	11,981	3	,007	,007	
Exakter Test nach Fisher	10,465			,008	
Zusammenhang linear-mit-linear	2,850[b]	1	,091	,092	,046
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable KRITWERT:

KRITWERT Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Kritik ist konstruktiv-integrativ	19	9,5%	23	11,4%	+1,9%
Kritik ist bewahrend-abbauend	15	7,5%	19	9,5%	+2%
Kritik ist separierend	6	3,0%	0	0%	-3%
Kritik kann nicht eingeordnet werden	6	3,0%	3	1,5%	-1,5%
Gesamt	46	23,1%	45	22,4%	-0,7%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	7,871[a]	4	,096	,093	
Likelihood-Quotient	10,209	4	,037	,050	
Exakter Test nach Fisher	7,917			,088	
Zusammenhang linear-mit-linear	,009[b]	1	,925	,935	,469
Anzahl der gültigen Fälle	400				

KRITWERT Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Kritik ist konstruktiv-integrativ	9	9,1%	7	7,1%	-2%
Kritik ist bewahrend-abbauend	10	10,1%	7	7,1%	-3%
Kritik ist separierend	5	5,1%	0	0%	-5,1%
Kritik kann nicht eingeordnet werden	2	2,0%	1	1,0%	-1%
Gesamt	26	26,3%	15	15,2%	-11,1%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	6,883[a]	4	,142	,136	
Likelihood-Quotient	8,825	4	,066	,097	

Exakter Test nach Fisher	6,847			,124	
Zusammenhang linear-mit-linear	3,068[b]	1	,080	,084	,042
Anzahl der gültigen Fälle	198				

KRITWERT Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Kritik ist konstruktiv-integrativ	10	10,0%	16	15,7%	+5,7%
Kritik ist bewahrend-abbauend	5	5,0%	12	11,8%	+6,8%
Kritik ist separierend	1	1,0%	0	0%	-1%
Kritik kann nicht eingeordnet werden	4	4,0%	2	2,0%	-2%
Gesamt	20	20,0%	30	29,4%	+9,4%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	6,336[a]	4	,175	,150	
Likelihood-Quotient	6,834	4	,145	,155	
Exakter Test nach Fisher	6,178			,151	
Zusammenhang linear-mit-linear	2,936[b]	1	,087	,088	,045
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable BRXPOL:

BRXPOL Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Fällt in Politicsbereich	8	4,0%	30	14,9%	+10,9%
Fällt in Policybereich	0	0%	10	5,0%	+5%
Keine klare Wertung möglich	0	0%	4	2,0%	+2%
Gesamt	8	4,0%	44	21,9%	+17,9%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	30,049[a]	3	,000	,000	
Likelihood-Quotient	36,291	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	31,303			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	26,836[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	400				

BRXPOL Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Fällt in Politicsbereich	8	8,1%	19	19,1%	+11%
Fällt in Policybereich	0	0%	7	6,9%	+6,9%
Keine klare Wertung möglich	0	0%	3	3,0%	+3%
Gesamt	8	8,1%	29	29,3%	+21,2%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	17,221[a]	3	,001	,000	
Likelihood-Quotient	21,224	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	17,102			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	13,471[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	198				

BRXPOL Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Fällt in Politicsbereich	0	0%	11	10,8%	+10,8%
Fällt in Policybereich	0	0%	3	2,9%	+2,9%
Keine klare Wertung möglich	0	0%	1	1,0%	+1%
Gesamt	0	0%	15	14,7%	+14,7%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	15,885[a]	3	,001	,000	
Likelihood-Quotient	21,679	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	16,824			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	15,704[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable BRXPROB:

BRXPROB Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Austritt primär Staatenproblem	1	,5%	26	12,9%	+12,4%
Austritt primär Unionsproblem	3	1,5%	1	,5%	-1%
Austritt gleichermaßen Problem für beide Seiten	0	0%	6	3,0%	+3%
Keine Problemzuschreibung	4	2,0%	11	5,5%	+3,5%
Gesamt	8	4,0%	44	21,9%	+17,9%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	36,728[a]	4	,000	,000	
Likelihood-Quotient	44,954	4	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	40,605			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	29,537[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	400				

BRXPROB Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Austritt primär Staatenproblem	1	1,0%	15	15,2%	+14,2%
Austritt primär Unionsproblem	3	3,0%	0	0%	-3%
Austritt gleichermaßen Problem für beide Seiten	0	0%	6	6,1%	+6,1%

Keine Problemzuschreibung	4	4,0%	8	8,1%	+4,1%
Gesamt	8	8,1%	29	29,3%	+21,2%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	25,322[a]	4	,000	,000	
Likelihood-Quotient	31,282	4	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	26,115			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	15,536[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	198				

BRXPROB Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Austritt primär Staatenproblem	0	0%	11	10,8%	+10,8%
Austritt primär Unionsproblem	0	0%	1	1,0%	+1%
Austritt gleichermaßen Problem für beide Seiten	0	0%	0	0%	+/-0
Keine Problemzuschreibung	0	0%	3	2,9%	+2,9%
Gesamt	0	0%	15	14,7%	+14,7%

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zwei-seitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	15,885[a]	3	,001	,000	
Likelihood-Quotient	21,679	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	16,824			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	15,368[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable KRIS:

KRIS Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschafts-/Arbeitslosenkrise	32	16,1%	2	1,0%	-15,1%

Sicherheits-/Migrationskrise	10	5,0%	8	4,0%	-1%
Liberalismus-/Demokratiekrise	10	5,0%	7	3,5%	-1,5%
Klimakrise	0	0%	1	,5%	+0,5%
Überwinden der Krise(n) wird thematisiert	4	2,0%	4	2,0%	+/-0%
Der Faktor Krise wird nicht thematisiert	143	71,9%	179	89,1%	+17,2%
Gesamt	199	100,0%	201	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	32,238[a]	5	,000	,000	
Likelihood-Quotient	38,086	5	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	36,275			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	23,237[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	400				

KRIS Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschafts-/Arbeitslosenkrise	19	19,2%	0	0%	-19,2%
Sicherheits-/Migrationskrise	6	6,1%	6	6,1%	+/-0%
Liberalismus-/Demokratiekrise	4	4,0%	5	5,1%	+1,1%
Klimakrise	0	0%	1	1,0%	+1%
Überwinden der Krise(n) wird thematisiert	2	2,0%	2	2,0%	+/-0%
Der Faktor Krise wird nicht thematisiert	68	68,7%	85	85,9%	+17,2%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)

Chi-Quadrat nach Pearson	22,000[a]	5	,001	,000	
Likelihood-Quotient	29,730	5	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	26,080			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	11,490[b]	1	,001	,001	,000
Anzahl der gültigen Fälle	198				

KRIS Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Wirtschafts-/Arbeitslosenkrise	13	13,0%	2	2,0%	-11%
Sicherheits-/Migrationskrise	4	4,0%	2	2,0%	-2%
Liberalismus-/Demokratiekrise	6	6,0%	2	2,0%	-4%
Klimakrise	0	0%	0	0%	+/-0%
Überwinden der Krise(n) wird thematisiert	2	2,0%	2	2,0%	+/-0%
Der Faktor Krise wird nicht thematisiert	75	75,0%	94	92,2%	+17,2%
Gesamt	100	100,0%	102	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	12,851[a]	4	,012	,006	
Likelihood-Quotient	13,908	4	,008	,014	
Exakter Test nach Fisher	13,113			,005	
Zusammenhang linear-mit-linear	11,865[b]	1	,001	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	202				

Variable PROG:

PROG Gesamt	Gesamt 2014	Gesamt 2014 (%)	Gesamt 2019	Gesamt 2019 (%)	Veränderung in %
Zukunft der EU wird positiv/optimistisch beurteilt	12	6,0%	44	21,9%	+15,9%
Zukunft der EU wird als Fortsetzung des Status Quo neutral	43	21,6%	48	23,9%	+2,3%

beurteilt					
Zukunft der EU wird negativ/pessimistisch beurteilt	18	9,0%	2	1,0%	-8%
Zukunft der EU wird nicht thematisiert	126	63,3%	107	53,2%	-10,1%
Gesamt	199	100,0	201	100,0	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	32,901[a]	3	,000	,000	
Likelihood-Quotient	35,978	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	34,656			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	14,203[b]	1	,000	,000	,000
Anzahl der gültigen Fälle	400				

PROG Irland	Irland 2014	Irland 2014 (%)	Irland 2019	Irland 2019 (%)	Veränderung in %
Zukunft der EU wird positiv/optimistisch beurteilt	4	4,0%	20	20,2%	+16,2%
Zukunft der EU wird als Fortsetzung des Status Quo neutral beurteilt	18	18,2%	20	20,2%	+2%
Zukunft der EU wird negativ/pessimistisch beurteilt	13	13,1%	0	0%	-13,1%
Zukunft der EU wird nicht thematisiert	64	64,6%	59	59,6%	-5%
Gesamt	99	100,0%	99	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	23,975[a]	3	,000	,000	
Likelihood-Quotient	29,975	3	,000	,000	
Exakter Test nach Fisher	26,424			,000	
Zusammenhang linear-mit-linear	6,051[b]	1	,014	,016	,008
Anzahl der gültigen Fälle	198				

PROG Österreich	Österreich 2014	Österreich 2014 (%)	Österreich 2019	Österreich 2019 (%)	Veränderung in %
Zukunft der EU wird positiv/optimistisch beurteilt	8	8,0%	24	23,5%	+15,5%
Zukunft der EU wird als Fortsetzung des Status Quo neutral beurteilt	25	25,0%	28	27,5%	+2,5%
Zukunft der EU wird negativ/pessimistisch beurteilt	5	5,0%	2	2,0%	-3%
Zukunft der EU wird nicht thematisiert	62	62,0%	48	47,1%	-14,9%
Gesamt	100	100,0%	102	100,0%	

	Wert	df	Asymptotische Signifikanz (zweiseitig)	Exakte Signifikanz (2-seitig)	Exakte Signifikanz (1-seitig)
Chi-Quadrat nach Pearson	11,219[a]	3	,011	,009	
Likelihood-Quotient	11,637	3	,009	,013	
Exakter Test nach Fisher	11,254			,009	
Zusammenhang linear-mit-linear	8,194[b]	1	,004	,005	,002
Anzahl der gültigen Fälle	202				

B – Codebuch

V01 – Identifikationsnummer (ID):

Codiert wird die, in den Stichproben-Dokumenten vorgegebene, viertstellige (XXXX) Identifikationsnummer der untersuchten Artikel, wobei die 1000er-Stelle jeweils für das Medium und die 100er-Stelle für den Zeitraum steht. (Die ID 2102 würde somit bei korrekter Codierung für einen Artikel aus dem „Irish Independent“ im Jahr 2014 stehen.)

V02 - Titel (TITEL):

Codiert wird die Überschrift der jeweiligen Analyseeinheit, wie sie innerhalb des Stichproben-Dokumentes angegeben wurde. Dies zählt zu den Aspekten, welche bei der Bestimmung des Hauptthemas und der/des HauptakteurIn Verwendung finden können.

V03 - Codierender (COD):

Codiert wird, welcher der beiden Codierer die jeweilige Analyseeinheit bearbeitet hatte. Diese Variable wurde für den ICR-Test verwendet.

01 – Hauptcodierer

02 – Zweitcodierer

V04 - Medium (MED):

Codiert wird, aus welchem der vier untersuchten Medien eine Analyseeinheit stammt.

01 – Irish Times

02 – Irish Independent

03 – Der Standard

04 – Kronenzeitung

V05 - Land (LAND):

Codiert wird, aus welchem der 2 untersuchten Länder die Analyseeinheit stammt.

01 – Österreich

02 – Irland

V06 – Erscheinungsdatum (DAT):

Codiert wird, an welchem Datum die jeweilige Analyseeinheit erstmals publiziert wurde. Dabei wird das Format „TT.MM.JJJJ“ verwendet. (z.B. 01.05.2019)

V07 – Mediale Darstellungsform (MEDART):

Codiert wird, welcher medialen Darstellungsform eine Analyseeinheit, zumindest überwiegend, zugeordnet werden kann. Eine genauere Darstellung der einzelnen Darstellungsformen kann am Ende des Codebuches (siehe Ergänzung 1) gefunden werden.

01 - Meldung, Nachricht, Bericht

02 - Interview

03 - Erklärender Journalismus

04 - Analyse, Reportage, Feature, Porträt

05 - Leitartikel, Kommentar, Kolumne, Glosse

06 - Kommentar von Externen (Meinungsbeitrag von NichtjournalistInnen)

09 - Andere/Unklar

Codieranweisung:

Vor der Einteilung sollte jede Analyseeinheit vollständig 2 Mal gelesen werden. Wichtig ist festzustellen, ob der/die Journalistin seine/ihre eigene Meinung explizit darstellt (Kommentar) oder nur die von Dritten wiedergibt (Bericht) und ob Eindrücke vom Ort

eines Geschehens festgehalten werden (Reportage) oder nur die Darstellung von anderen Quellen übernimmt. (Wiederum Bericht) Analysen sind auch oft meinungsbetont, versuchen aber komplexe Fragen, welche häufig auch den Titel der Analyseeinheit ausmachen, durch die Verbindung verschiedener Einzelinformationen zu beantworten.

V08/V09/V10 – AkteurInnen (HAKT, NAKT1 und NAKT2):

Codiert wird, welche/r AkteurInnen im EU-Wahl-relevanten Teil einer Analyseeinheit am prominentesten dargestellt werden, bzw. am meisten Platz in der Berichterstattung einnehmen. V08 (HAKT) wird immerzu codiert, V09 (NAKT 1) und V10 (NAKT 2) jedoch nur, sofern zusätzlich ein oder zwei kontextrelevante NebenakteurInnen in der Analyseeinheit vorkommen. Eine vollständige Anführung der AkteurInnenliste und ihrer Struktur kann am Ende des Codebuches (siehe Ergänzung 2) gefunden werden.

Codieranweisungen:

Wenn, hypothetisch, zwei AkteurInnen HauptakteurIn sein könnten, wird jene/r AkteurIn selektiert, die entweder im Titel vorkommt und/oder innerhalb des Artikels als Erstes genannt wird. Nach den gleichen Prinzipien wird auch bei der Wahl der NebenakteurInnen, sofern vorhanden, verfahren.

JournalistInnen, bzw. KommentatorInnen, können dann als (Haupt-)AkteurIn eines Artikels codiert werden, wenn sie entweder a) selbstständig, ohne Verweis auf Dritte, eine beurteilende oder moralische Einschätzung liefern oder eine konkrete Handlungsanweisung anregen (Beispiel: „Die EU wäre gut beraten nun ihre Troikapolitik zu überdenken.“, bzw. „Die überaus sinnlosen EU-Wahlen verlaufen inhaltsfrei.“) oder b) der/die einzige erkennbare AkteurIn in einer Analyseeinheit sind, z.B. im Falle von Informations-/Servicejournalismus.

V11/V12/V13 – Themen (HTHEM, NTHEM1 und NTHEM2):

Codiert wird, welche Themen, im EU-Wahl-relevanten Teil einer Analyseeinheit am prominentesten dargestellt werden, bzw. am meisten Platz in der Berichterstattung einnehmen. Analog zu den AkteurInnen wird auch in diesem Fall V11 (HTHEM) immer co-

diert, V12 (HTHEM1) und V13 (HTHEM2) jedoch nur, wenn zwei zusätzliche relevante Themen innerhalb einer Analyseeinheit gefunden werden können. Eine vollständige Anführung der Themenliste und eine Erklärung ihrer Struktur kann am Ende des Codebuches (siehe Ergänzung 3) gefunden werden.

Codieranweisungen:

Aufgrund der relativen Komplexität der Themenliste, ist es wichtig, jede Analyseeinheit sorgfältig zu lesen und festzustellen, welcher Bestandteil von ihr die EU-Wahl referenziert. Bei der Erstellung der Themenliste wurde vermutet, dass der erste Abschnitt – der die Politics-Ebene des Wahlkampfes betrifft – mutmaßlich am meisten Aufmerksamkeit bekommen würde, da er häufige Horse-Race-Elemente wie Umfragen, Wahlaufrufe, Wahlkampfauftritte und den generalisierten Eintrag „Konflikt“ enthält. Gleichzeitig muss jedoch klargestellt werden, dass eine Policy-Auseinandersetzung nicht automatisch als Hauptthema „Konflikt“ bedeuten würden.

Wenn beispielsweise „Wahlkämpfer führen wilde Diskussion über Klimaschutzziele“ den Titel einer Analyseeinheit darstellt und innerhalb des Textes die verschiedenen Pro- und Kontraargumente der KandidatInnen ausgeführt werden, erscheint es wahrscheinlicher, dass Klimaschutz-Policies (je nachdem auf EU- oder Nationallevel) im Vordergrund stehen und Konflikt höchstens, vielleicht, ein Nebenthema darstellt. Wenn stattdessen wiederum der Titel lauten würde „Skandal um Plagiat von Sinn-Fein-Kandidaten“, ist vermehrt davon auszugehen, dass es in der Analyseeinheit um einen Konflikt oder, falls ein Thema breitere Wellen schlägt und viel Aufmerksamkeit einnimmt, einen Skandal gehen würde aber nicht um eine inhaltliche Auseinandersetzung.

Um Missverständnisse zu vermeiden sei außerdem darauf hingewiesen, dass auch die die EU selbst betreffende Polity-Bereiche der Themenliste prinzipiell Policy-Inhalte darstellen können, da diese aber keine klassischen Politikfelder sondern den Aufbau der EU selbst auf der Metaebene betreffen, wurden sie separat ausgegliedert. Sollte unklar sein, welcher der Subbereiche eines Themas genau mit einem Aspekt eines Artikels gemeint ist, empfiehlt es sich stattdessen, den jeweils übergeordneten Code zu verwenden.

Sollte in einem policylastigen Artikel eine Vielzahl an möglichen Inhalten sich für die Codierung anbieten, werden diejenigen ausgewählt, welche mehr Raum einnehmen und oder als erstes innerhalb der Analyseeinheit genannt werden.

V14 – Nutzenzuschreibung (NTZ):

Codiert wird, für welchen Bereich der EU, innerhalb des Artikels, primär ein spezifischer Nutzen zugeschrieben wird.

01 -Wirtschaft

02 -Wohlstand

03 -Demokratie

04 -Rechtsstaatlichkeit

05 -Liberale Gesellschaft

06 -Freiheit

07 -Justiz

08 -Außenpolitik

09 -Sicherheit

10 -Supranationaler Einfluss für Einzelmitglied

11 -Geopolitisches Gewicht/Weltpolitik

12 -Frieden

13 -Sonstige (eintragen)

99- Es wurde kein Nutzen thematisiert

- ➔ Im fertigen Datensatz wurde die Variable um die genannte Ausprägung „Klimaschutz“ (13) erweitert.

Codieranweisung:

Als Nutzen wird es z.B. gewertet, wenn der EU zugeschrieben wird den Erfolg eines Landes oder die Stabilität zu sichern, beziehungsweise für allgemein positiv beurteilte Werte wie "Freiheit" oder "Liberalismus" aufzutreten.

V15 – Schadenzuschreibung (SCHD):

Codiert wird, für welchen Bereich der EU, innerhalb des Artikels, primär ein spezifischer Schaden zugeschrieben wird.

01 -Wirtschaft

02 -Finanzpolitik

03 –Sozialpolitik/Austerität

04 -Demokratie

05-Souveränität

06 -Freiheit

07-Sicherheit

08 –Migrations-/Asylpolitik

09- Sonstige (eintragen)

99- Es wurde kein Schaden thematisiert

➔ Im fertigen Datensatz wurde die Variable um die genannte Ausprägung „Übermaß an bürokratischer Kontrolle“ (9) erweitert.

Codieranweisung:

Als Schaden wird es gewertet, wenn der EU z.B. zugeschrieben wird negative Folgen oder Instabilität auszulösen, beziehungsweise bestimmte, eindeutig negative, Werte wie "Diktatur" oder "Unterdrückung" mit ihr assoziiert werden.

V16 – Grundton (GRUND):

Codiert wird, unabhängig von der generellen Thematik und der Nutzen/Schadenausprägung, ob ein Artikel prinzipiell einen positiv-optimistischen, neutral-abwägend oder negativ-pessimistischen Grundton/Eindruck gegenüber der EU hinterlässt nach dem Lesen oder ob es gar keine Form von Wertung gibt.

01 - Positiv/optimistische Wertung

02 - Neutrale Wertung (abwägend)

03 - Negativ/pessimistische Wertung

09 - Keine Wertung erkennbar

Codieranweisung:

Wenn ein Artikel mehrheitlich die Vorteile der Union hervorhebt und der Ansicht ist, dass eine stärkere Integration der EU notwendig und sinnvoll ist, würde die Einheit positiv-optimistisch gewertet werden. Wenn z.B. einerseits die wirtschaftlichen Vorteile der Union dargestellt werden würden, andererseits aber auch demokratiepolitischen Aspekte der Troika –Politik in Frage gestellt werden würden, wäre eine neutrale Beurteilung gegeben. Würde die EU ausschließlich als gescheitert oder im Verfall befindlich dargestellt, wäre eine negativ-pessimistische Beurteilung gegeben.

V17 - EU-Kritik: Politics/Policy (KRITPOL):

Codiert wird, ob eine geäußerte Kritik an der EU vermehrt in den Policy- oder den Politics-Bereich fällt. Als Kritik wird dabei jede Schadenzuschreibung oder Handlungsempfehlung gewertet, welche einen (echten oder empfundenen) Missstand der Union als Institution und Staatenbund anprangert, beziehungsweise eine konkrete Verbesserung der Strukturen nahelegt.

Innerhalb der modernen Politikwissenschaft werden Analysen von politischen Systemen oder Vergleiche verschiedener Systeme zumeist auf die drei Ebenen Polity, Politics und Policies aufgeteilt. Der monolithische Begriff „Politik“ wird somit fassbarer, in dem er in eine Strukturebene (Polity), eine Prozessebene (Politics) und eine Inhaltsebene (Policy) zerfällt. (vgl. Knodt, Michèle; Stoiber, Michael: „Vergleichende Politikwissenschaft im

Kontext der Mehrebenenanalyse“, In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, Volume 4, Ausgabe 1/2010, S: 82)

Innerhalb des Kontextes dieser Arbeit würde sich die Polity-Ebene auf die Grundstrukturen und Institutionen der EU beziehen, also etwa die Kommission, das Parlament und die grundlegenden Verträge. Die Politics-Ebene wiederum befasst sich mit Prozessen und Interaktionen von AkteurInnen. Damit sind, für die Zwecke dieser Studie, einerseits alle Formen der/des Wahlkampfauseinandersetzung/führung/ablaufes gemeint, welche keine expliziten Policyinhalte beinhalten, andererseits aber auch die Diskussion über Themen auf einer reinen Prozessebene abhalten, ohne konkrete Modelle oder Lösungsvorschläge hervor zu heben. Die Policy-Ebene wiederum befasst sich mit politischen Vorschlägen und Inhalten im engeren Sinne und bezieht sich auf konkrete Gesetzesmodelle/Reformen und nicht primär mit der Mehrheitsfindung im parlamentarischen Prozess.

01 - Policybereich

02 - Politicsbereich

03 - Keine klare Einteilung möglich

09 – Keine Kritik vorhanden

<u>Codieranweisung:</u>

Wenn in einer Analyseeinheit z.B. geschrieben wird, dass „die EU-Wahl niemanden interessiert und völlig unnötig ist“, handelt es sich dabei um eine generalisierende, nicht konstruktive Politics-Aussage. Wenn in einer vergleichbaren Analyseeinheit stattdessen beispielsweise stehen würde, dass „eine Stärkung des direktdemokratischen Elements innerhalb der EU-Verträge das Interesse der WählerInnen erhöhen würde“, handelt es sich um eine stärker eingeschränkte, konstruktive Policy-Aussage. Konkrete Probleme innerhalb von Strukturen zu benennen, bzw. detaillierte Veränderungsoptionen zu thematisieren, ist somit Policy, undefinierte Ankündigungen – aber auch Wahlkampfslogans – fallen in den Politicsbereich.

V18- EU-Kritik: Bewertung (KRITWERT):

Codiert wird, ob eine geäußerte Kriitk an der Union dazu beitragen soll, die weitere Integration der Union voranzutreiben (konstruktiv-ausbauend), den momentanen Status der Union zu erhalten oder nur geringfügig abzubauen (bewahrend-abbauend) oder aber die Union in ihrer heutigen Form aufzulösen, bzw. ihre politischen Befugnisse weitgehend einzuschränken. (separierend). Als Kritik wird dabei jede Schadenzuschreibung oder Handlungsempfehlung gewertet, welche einen (echten oder empfundenen) Missstand der Union als Institution und Staatenbund anprangert, beziehungsweise eine konkrete Verbesserung nahelegt.

01 - EU-Kritik kann primär als konstruktiv-ausbauend bewertet werden.

02 - EU-Kritik kann primär als bewahrend-abbauend bewertet werden.

03- EU- Kritik kann primär als separierend bewertet werden.

04 - Die EU-Kritik kann nicht eingeordnet werden.

09 – Keine Kritik vorhanden

Codieranweisung:

Beispiel für eine Konstruktiv-ausbauende Kritik:

„Die EU muss das supranationale Element des Parlamentes stärken und europaweite Wahllisten ermöglichen, um endlich repräsentativer zu werden.“

Beispiel für eine bewahrend-abbauende Kritik:

„Anstatt sich in neue Politikfelder zu bewegen, sollte die Union erst einmal ihre Kernaufgabe, die einer Wirtschafts- und Währungsunion, in Ordnung bringen und neue Stabilitätskompromisse zwischen den Nord- und Südstaaten erreichen.“

Beispiel für eine separierende Kritik:

„Angesichts des Brexit-Votums ist es zweifelhaft, ob die Union in ihrer heutigen Form noch überlebensfähig ist. Eine neue Föderalisierung Europas, ohne bindende Abkommen und mit weitgehenden Opt-Out- Kompetenzen, würde zwar das politische Projekt gemäß Lissabon beenden,

wäre aber besser dazu geeignet, die verschiedenen Interessen der Mitgliedsländer gleichermaßen zu wahren.“

V19 – EU-Austritt: Politics/Policy (BRXPOL):

Codiert wird, ob eine Thematisierung des Brexits/der Möglichkeit eines anderen EU-Austrittes vermehrt in den Policy- oder den Politics-Bereich fällt.

01 - Politicsbereich

02 - Policybereich

03 - Keine klare Einteilung möglich

09 - Keine Thematisierung vorhanden

Codieranweisung:

Beispiele für eine Politics-lastige Thematisierung:

„Nur durch einen vollständigen Brexit kann die Nation die nötige Souveränität zurückgewinnen.“

Oder

„Theresa May argumentierte gegenüber ihren Parteifreunden, dass diejenigen, welche gegen ihren Kompromiss stimmten den Brexit an und für sich gefährden würden.“

Beispiele für eine Policy-lastige Thematisierung:

„Der neue Gesetzesvorschlag der Gruppe rund um Rees-Mogg zielt darauf ab, die Bestimmungen des Backstops durch eine Reihe von technischen Veränderungen zu ersetzen, welche innerhalb des Ausschusses behandelt werden würden.“

Oder

„Das Verhandlerteam der EU legte eine Reihe von roten Linien fest, welche innerhalb der Diskussionen um den Brexit keineswegs überschritten werden sollten“

V20– EU-Austritt: Problemeinschätzung (BRXPROB):

Codiert wird, ob eine Thematisierung des Brexits/des möglichen Austritts eines anderen EU-Staates innerhalb einer Analyseeinheit mehr als nationales Problem, EU-Problem oder gemeinsames Problem dargestellt wird.

01 - EU-Austritt eines Mitgliedslandes ist primär Problem für betroffenen Einzelstaat

02- EU-Austritt eines Mitgliedslandes ist primär Problem für Europäische Union selbst

03- EU-Austritt eines Mitgliedslandes wird gleichermaßen als Problem für beide Seiten dargestellt

04 - Es findet keine klare Problemzuschreibung statt

09 – Keine Thematisierung vorhanden

Codieranweisung:

Beispiel, bei dem die Problembewertung dem Einzelstaat zugeschrieben werden würde:

„Die britische Wirtschaft hat seit dem Brexitvotum gegenüber der Eurozone an Fahrt verloren und blickt weiterer Unsicherheit entgegen".

Beispiel, bei dem die Problembewertung der Union zugeschrieben werden würde:

„Die Schockwellen, welche der Brexit ausgelöst hat, haben den Integrationsprozess der Union beinahe völlig zum Erliegen gebracht und werden auch noch nach dem Austritt Großbritanniens weiterhin, aufgrund der Angst vor weiteren Referenden, spürbar sein."

Ein Beispiel, bei dem die Problembewertung ambivalent ausfallen würde:

„Die anhaltenden Brexitverhandlungen schwächen die europäische Position auf dem Weltmarkt, schaffen Unsicherheit bei den Investoren und lähmen sowohl London als auch Brüssel nachhaltig."

V21 – Krisenthematisierung (KRIS):

Codiert wird, ob der EU, zum jeweils gegenwärtigen Zeitpunkt der Analyseeinheit, in einem bestimmten Bereich das Vorhandensein einer "Krise" (etwa einer "Finanzkrise", "Asylkrise", etc.) zugeschrieben wird. Als Krise wird im Sinn dieser Variable entweder das Wort „Krise“ selbst oder ein synonymer Begriff (große Herausforderung; akutes Problem; etc.) für ein negatives, EU-weites Phänomen verstanden, welches innerhalb des Kompetenz-/Verantwortungsbereichs einer sowohl wirtschaftlich als auch politisch verknüpften Union liegt.

01 - Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Wirtschaftskrise attestiert.

(Z.B: „Das stagnierende Wachstum der EU-Länder legt den Boden für eine erneute Wirtschaftskrise.“)

02- Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Finanzkrise attestiert

(Z.B.: „Das Konstrukt des Euros ist nach wie vor eine grundlegende Belastung für viele Mitgliedsstaaten.)

03- Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Arbeitslosenkrise attestiert

(Z.B: „Die hohe Jugendarbeitslosigkeit vieler südlicher EU-Staaten stellt eine epochale Herausforderung dar.“)

04- Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Sicherheitskrise attestiert.

(Z.B: „Die mangelnde Kooperation im Verteidigungsbereich, trotz der anhaltenden Konflikte in der Ukraine und in Libyen, und der Unwillen, sich auf eine gemeinsame Linie bei Frontex zu eignen, unterstreichen die Sicherheitskrise der Union.“)

05 - Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Migrations-/Asylkrise attestiert

(„Die EU ist uneins über die Reaktion auf die erneut ansteigenden Flüchtlingsströme und hat trotz dieser Krise kein gemeinsames Programm für den Schutz ihrer Außengrenzen.“)

06 - Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Krise der Demokratie attestiert

(Z.B. „Der Machtkampf der Regierung in Bukarest mit der Justiz stellt ein weiteres Beispiel für das Erodieren demokratischer Normen in mehreren EU-Staaten dar.“)

07 - Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, gegenwärtige Krise des Liberalismus attestiert

(Z.B.: „Durch das Aufkommen von illiberalen Parteien wird der Schutz der Minderheitenrechte in der Union unter massiven Druck gestellt.“)

08 - Der EU wird eine, zum jeweiligen Zeitpunkt, andere Form von Krise attestiert (bitte ausschreiben)

09 - Der EU wird, zum jeweiligen Zeitpunkt, das Überwinden oder Nichtvorhandensein einer Krise attestiert.

(Z.B: „Durch das schnelle Handeln während der Eurokrise war es möglich, die Krise zu überwinden und das Vertrauen der Investoren zu sichern.“)

10 - Der Faktor Krise wird weder direkt (Wort Krise) noch indirekt (Beschreibung von Ausnahmesituation) erwähnt.

➔ Im fertigen Datensatz wurde die Variable um die genannte Kategorie „Klimakrise“ (Ausprägung 8) erweitert.

V22- Europäische Prognose (PROG):

Codiert wird, ob innerhalb einer Analyseeinheit insgesamt vermehrt eine positive oder negative Prognose über die Zukunft der EU verbreitet wird. Als positiv wird jede Analyseeinheit bewertet, welche primär/dominant davon ausgeht, dass es zu keinen (weiteren) EU-Austritten kommen wird, Krisen überwunden werden und die EU generell eine konstruktive, integrative Zukunft hat. Als neutral werden jene Artikel codiert, welche davon ausgehen, dass es zu keinen weitreichenden Änderungen kommen wird und alles weiterlaufen wird wie bisher, samt aller Vor- und Nachteile. Negativ werden Artikel codiert, die von einem Dominoeffekt nach einem EU-Austritt ausgehen, neue Krisen vorhersagen oder einen umfassenden Rückbau der EU prognostizieren.

01 - Zukunft der EU wird als positiv/optimistisch/stabilisierend beurteilt.

02 - Zukunft der EU wird neutral als Fortsetzung des Status Quo beurteilt.

03 - Zukunft der EU wird negativ/pessimistisch/destabilisierend beurteilt.

09 - Es wird keine Beurteilung über die Zukunft der EU vorgenommen.

Codieranweisung:

Beispiel für eine optimistische Zukunft:

„Als Ergebnis des Brexitprozesses zeichnet sich ab, dass viele Europäer merken, was sie an der Union haben und sich daher in Zukunft auch vermehrt mit einer europäischen Identität identifi-

zieren werden. Auch die Schwierigkeiten, welche Großbritannien bei der Umsetzung des Referendums hat, tragen zur weiteren Bindung der Mitgliedsstaaten bei."

Beispiel für eine neutrale Zukunft:

„Die Herausforderungen der Schuldenkrise und der Flüchtlingskrise hatten für eine Zeit den Anschein hinterlassen, Europa würde scheitern. Obwohl jedoch die Probleme dahinter keineswegs gelöst wurden, ist die Bereitschaft aller Staaten einen Kompromiss zu finden, und sei er noch so kurzfristig und unbefriedigend, hoch genug, dass irgendwie weitergemacht werden kann. Wohin dieser Weg führen wird ist unklar aber darüber wird morgen nachgedacht."

Beispiel für eine pessimistische Zukunft:

„Die infolge der Krise hinterlassenen Konfliktlinien zeigen jedoch, dass von einer geeinten Union keineswegs gesprochen werden kann und in vielen Staaten inzwischen damit geliebäugelt wird, sich aus verschiedenen Bereichen der Union auszugliedern. Sei es um weniger Geld in scheinbar sparunwillige Südstaaten zu investieren, oder um das, demokratisch fragwürdige, Los der Troikapolitik abzuschütteln. Angesichts dieser Umstände wäre es nicht mehr überraschend, wenn die Zahl der Mitglieder in Union und Eurozone in den folgenden Jahren weiter sinken würde."

Codebuch-Ergänzungen

Ergänzung 1 - Mediale Darstellungsformen:

Innerhalb der modernen Geschichte der informierenden Massenmedien konnten sich eine Reihe von spezifischen Darstellungsformen herauskristallisieren, welche jeweils spezifischen, bekannten Mustern folgen. Die für diese Arbeit relevanten, printspezifischen, Darstellungsformen sollen an dieser Stelle kurz dargestellt werden. Grob lassen sich alle journalistischen Texte vermehrt in primär informierende/sachliche und primär meinungsbetont/beurteilende Artikel einteilen, wobei einige Darstellungsformen Elemente aus beiden Kategorien enthalten. Aus diesem Grunde kann eine eindeutige Zuteilung in manchen Fällen auch eine Ermessenssache der/des jeweiligen ForscherIn sein, (vgl. von La Roche, Walther et al.: „Einführung in den praktischen Journalismus. Journa-

listische Praxis.“, 2013, Springer VS, 19. Auflage, S: 73), beziehungsweise mehr vom jeweiligen Forschungsdesign als von textimmanenten Inhalten abhängig sein.

01: Meldung, Nachricht und Bericht – informierend

Meldung, Nachricht und Bericht sind die klassischen „objektiven-sachlichen“ Informationsartikel über aktuelle Neuigkeiten und quasi das Herzstück eines Nachrichtenmediums. Bei einer Meldung handelt es sich um einen kurzen und prägnanten Text, der eine Neuigkeit ankündigt, ohne weiterführendere Informationen zu liefern. Die Nachricht, aber vor allem auch der noch umfangreichere Bericht, gehen weiter in die Tiefe eines Phänomens und liefern somit vermehrt Hintergründe und Zusammenhänge, ohne jedoch Werturteile – außerhalb von Zitaten – zu beinhalten. Während eine Meldung ein Thema nur anreißt und darauf aufmerksam macht, kann eine Nachricht ein singuläres Ereignis umfangreicher darstellen. Der Bericht ist in der Lage, aufgrund der erneut größeren Länge, das Ereignis in einen weiteren Zusammenhang mit anderen Ereignissen zu stellen, die davor oder danach passiert sind. (vgl. ebd. S: 151f)

02: Das Interview – informierend

Bei dem Interview handelt es sich um eine beschreibend-informierende Darstellungsform, bei der ein/e oder mehrere InterviewerInnen, einem oder mehreren anderen AkteurInnen themenbezogene, für die RezipientInnen relevante, Fragen stellen, welche dann auch in einem erkennbaren Frage-Antwort-Design publiziert werden. JournalistInnen werden bei ihrer Recherche zwar immerzu Fragen an mögliche Quellen stellen, sehen bei anderen Darstellungsformen allerdings davon ab, diese vollständig zu veröffentlichen. (vgl. ebd. S:167) Je nach InterviewerIn und Kontext kann es vorkommen, dass auch die Fragenden klare Werturteile treffen oder subjektive Analysen in ihre Fragen inkludieren, um bestimmte Reaktionen von ihren InterviewpartnerInnen zu erhalten. (vgl. ebd. S:168)

03: Erklärender Journalismus (Service-/Sachjournalismus) – informierend

Der Begriff des Servicejournalismus bezieht sich oft auf Rategeberjournalismus, beziehungsweise KonsumentInnenjournalismus, und wird somit oft mit „weichen Themen“

oder Kaufempfehlungen assoziiert. (vgl. From, Unni; Kristensen, Nete: „Rethinking Constructive Journalism by Means of Service Journalism“, In: Journalism Practice, Volume: 12, Ausgabe 6/2018, S:715) Im Kontext dieser Arbeit, welche einen klar politisch-gesellschaftlichen Rahmen verfolgt, sind damit jedoch primär solche informierend-beschreibenden Artikel gemeint, welche neutrale Informationen – oft ohne akuten Neuigkeitswert – darlegen, die im Kontext der EU/des EU-Wahlkampfes für den/die RezipientInnen nützlich sein könnten, um sich eine Meinung zu bilden oder aber das Wahlgeschehen besser zu verstehen. Dazu zählen beispielweise Texte welche z.B. die Fragen „wann, wo und wie gewählt wird“ beantworten, die bestehende Rechtslage, etwa bezüglich Parteiförderungen, neutral zusammenfassen oder die Geschichte der Europäischen Union weitestgehend wertfrei wiedergeben.

04: Analyse – informierend und beurteilend

Bei der Analyse (manchmal auch Hintergrundbericht) geht es darum, die Informationen aus rein beschreibenden Darstellungsformen in einen gemeinsamen, beurteilend-erklärenden Kontext zu stellen. Es wird also analysiert/gemutmaßt, was eine Reihe von bekannten Informationen bedeutet, beziehungsweise bedeuten könnte. (vgl. von La Roche, 2013, S: 176) Etwa kann bereits z.B. vor einer Wahl durch den/die JournalistIn darüber sinniert werden, wieso die Koalitionsfindung danach schwierig sein könnte, da zwei Parteichefs zerstritten sind und eine Zusammenarbeit daher unwahrscheinlich erscheint. Auch wenn die Tatsache, dass die jeweiligen Personen einander persönlich nicht mögen sollten, auf einen faktischen Kern aufbaut, ist eine Frage der persönlichen Animosität und – daraus abgeleitet – die Annahme, dass deshalb keine gemeinsame Zusammenarbeit möglich sein würde, eine subjektive und somit meinungsbelastete Einschätzung. Der/die JournalistIn versucht somit sein/ihr Fachwissen dafür zu nutzen, um für die RezipientInnen einen interpretativen – aber potentiell subjektiv-spekulativen – Mehrwert zu erschaffen.

Reportage – informierend und beurteilend

Bei einer Reportage berichtet ein/e Journalistin von einem bestimmten Ereignis/Pseudoereignis, welches er/sie auch persönlich besucht, bzw. an einem Event teilge-

nommen, hat, und gibt in seiner/ihrer Darstellung der Geschehnisse auch eigene, subjektive Eindrücke wieder. (vgl. von La Roche, 2013, S: 157) Dazu kann beispielsweise die Stimmung bei einem Wahlkampfauftritt, die Stimme eines/einer KandidatIn, der Ablauf der Organisation oder auch nur die die Anzahl der BesucherInnen einer Veranstaltung zählen. Gleichzeitig wird bei einer „reinen" Reportage davon abgesehen, über ein Ereignis hinausgehende Schlüsse zu ziehen, es geht also mehr um Wiedergabe denn Interpretation. (Sofern ein solches Ereignis beschrieben wird, ohne eigene Erfahrungen ein zu binden, handelt es sich bei einem Artikel um eine gewöhnliche Nachricht, bzw. Bericht.)

Feature – informierend und beurteilend

Das Feature ist eine der komplexesten/offensten Darstellungsformen und kann als Kombination von Reportage, Informationsjournalismus und Analyse verstanden werden. Anstatt nur ein einzelnes Event zu besuchen/zu beschreiben, versucht der/die JournalistIn stattdessen ein Thema aus einer Vielzahl von verschiedenen Blickwinkeln zu untersuchen, was sowohl die beschreibende Darstellung von Informationen, den Besuch von Ereignissen, die Befragung von AkteurInnen und die generell-analytische Einordnung all dieser Wissensbestände inkludieren kann. (vgl. Neuberger, Christoph; Kapern, Peter: „Grundlagen des Journalismus", 2013, Springer SV, S:48f) Beispielsweise könnte der/die JournalistIn einer Kleinpartei bei dem Versuch folgen, die nötigen Unterstützungserklärungen für einen Wahlantritt zu erhalten, dabei generell die Probleme und rechtlichen Regeln bei der Gründung einer neuen Partei beschreiben, bzw. analysieren, und auch mit WahlrechtsexpertInnen sprechen. Selbst wenn der/die JournalistIn nicht selbst aktiv beurteilend agiert, ist die Verkettung der einzelnen präsentierten Argumente und Darstellungsebenen, aus denen ein Thema betrachtet wird, dabei potentiell subjektiv und mehr interpretierend denn nur wiedergebend.

Porträt – informierend und beurteilend

Das Porträt ist eine wenig klar eingegrenzte Darstellungsform und umfasst die Vorstellung/Beschreibung einer Person, oder seltener einer Institution, aufgrund eines aktuellen Zusammenhanges, der sowohl positiv als auch negativ beurteilt werden könnte. Da dabei versucht wird, verbunden mit dem Anlass des Porträts, die jeweilige Biografie der

Person prägnant und zusammengefasst wieder zu geben, ist dabei potentiell immer eine subjektive und/oder wertende Komponente enthalten. (vgl. Hochscherf, Tobias; Steinbrink, Bernd: „Journalismus: „Wortwandlungen und Blumwerk gehören in die Zeitungen nicht““, In: Scheuermann, Arne; Vidal, Francesca [Hrsg.]: „Handbuch Medienrhetorik“, 2017, De Gruyter, S:244f) Beispielsweise könnte ein/e erfolgreiche/r JungpolitikerIn oder ein/e KandidatIn, die während des Wahlkampfes in einen Skandal verwickelt ist, sich für ein Porträt eignen. Dabei ist festzuhalten, dass nicht jeder Bericht über eine/n einzelne/n AkteurIn automatisch ein Porträt darstellt.

05: Kommentar – beurteilend

Ein Kommentar ist ein klar erkennbarer Meinungsartikel, in dem ein/e JournalistIn subjektiv-beurteilend und anlass-bezogen über eine einzelne Thematik schreibt. Inhaltlich und sprachlich gibt es dabei, nach Medium und Blattlinie differenziert, keine generellen Einschränkungen, wobei auch bei klaren Meinungsartikeln die generellen journalistischen Qualitätskriterien gelten müssen. (vgl. von La Roche, 2013, S: 178f) Entscheidend ist, dass der Kommentar – wie auch die anderen meinungsbetonten Ausprägungen - klar (etwa durch Verwendung eines eigenen Fonts oder abgetrennter Seitengestaltung) von den informierenden Darstellungsformen abgegrenzt wird, um den RezipientInnen die eigene Entscheidungsfindung transparent zu ermöglichen. (vgl. Burkhardt, Steffen: „Praktischer Journalismus“, 2009, OLDENBOURG WISSENSCHAFTSVERLAG, 1. Auflage, S:200f)

Kolumne - beurteilend

Kolumnen sind Textreihen, die anhaltend – unter einem bestimmten Titel - zumeist von einem/einer einzelnen JournalistIn geschrieben werden, manchmal auf ein einzelnes Ressort zugeschnitten, manchmal thematisch offen. Da Kolumnen, anders als themenspezifische Kommentare, regelmäßig-wiederkehrend abgedruckt werden, geben sie den AutorInnen die Möglichkeit, persönlichere Eindrücke wieder zu geben, beziehungsweise ein noch breiteres Spektrum an Inhalten zu behandeln. (vgl. Schäfer-Hock, Christian: „Journalistische Darstellungsformen im Wandel - Eine Untersuchung deutscher Tageszeitungen von 1992 bis 2012“, 2018, Springer VS, 1. Auflage, S: 86)

Leitartikel – beurteilend

Ein Leitartikel ist ein spezieller Meinungsartikel, der häufig auf den ersten Seiten eines Mediums zu finden ist und zumeist von einem Mitglied der Chefredaktion verfasst wurde. Im Gegensatz zu regulären Kommentaren sollen sie nicht nur die Position einzelner JournalistInnen wiedergeben, sondern die offizielle – häufig mit der Blattlinie verbundene - Ansicht der Redaktion zu einem aktuellen Thema darstellen. Da nicht alle (Tages-)Zeitungen diese Darstellungsform anbieten, werden nur solche Artikel als Leitartikel beurteilt, welche eindeutig als solche zu erkennen sind, beziehungsweise auch so genannt werden. (vgl. Burkhardt, 2009, S: 202)

Glosse – beurteilend

Eine Glosse (in Österreich auch häufig „Einserkastl" genannt), ist ein meistens kurzer, sehr prägnanter und pointierter, manchmal satirischer, Text über ein aktuelles Thema. Obwohl sie in vielen Zeitungen auf den ersten Seiten abgedruckt wird, kann sie sich auch weiter im Blattinneren befinden und zeichnet sich bisweilen durch eine überzogene oder polemische Sprache aus. (vgl. ebd. S:202f)

Ergänzung 2 - AkteurInnenliste:

Struktur der AkteurInnenliste:

Die AkteurInnenliste ist, gemeinsam mit der Themenliste, das Herzstück des Codebuches und in eine Vielzahl von Unterpunkten eingeteilt. Diese sollten, vor dem Beginn des Codierens, zumindest rudimentär verstanden werden, um sicher zu stellen, dass der/die CodiererIn auch jeweils den besten verfügbaren Code verwendet und die Ergebnisse reliabel sind. Grob ist die AkteurInnenliste in Nationale AkteurInnen (1xxx) und EU-weite-AkteurInnen (2xxx) strukturiert, wobei beide Kategorien jeweils in weitere SubakteurInnenlisten zerfallen.

Konkret sind die Subpunkte für nationale AkteurInnen die 1) Nationalen KandidatInnen für die EU-Wahlen aus den jeweiligen nationalen Parteien, wobei irische und österreichische KandidatInnen aufgeteilt sind; 2) die anderen nationalen PolitikerInnen aus Irland und Österreich, wieder aufgesplittet auf die jeweiligen Parteien; 3) andere nationale AkteurInnen, wie z.B. - konkret - JournalistInnen, WissenschaftlerInnen, NGOs aber auch z.B. - weniger konkret - die BürgerInnen, WählerInnen, PensionistInnen, die erneut zwischen Irland und Österreich differenziert wurden und abschließend 4) eine Auflistung der nationalen KandidatInnen und PolitikerInnen aus anderen, nicht primär untersuchten, EU-Ländern.

Die Unterteilung für EU-weite-AkteurInnen ist vergleichsweise überschaubarer und beschränkt sich auf 1) VertreterInnen und SpitzenkandidatInnen der EP-Fraktionen (wie z.B. EVP, ALDE, etc..) selbst; 2) AkteurInnen aus anderen EU-Institutionen, wie z.B. der bestehenden EU-Kommission oder dem Europäischen Rat und 3) der EU-Bevölkerung.

Hierarchische AkteurInnenliste:

1000 Nationale AkteurInnen

1100 Nationale EP-Kandidatinnen (Österreich)

1110 ÖVP KandidatInnen

1120 SPÖ KandiatInnen

1130 FPÖ KandidatInnen

1140 Grüne KandidatInnen

1150 BZÖ KandidatInnen (2014)

1160 NEOS KandidatInnen

1170 REKOS KandidatInnen (2014)

1180 Europa Anders KandidatInnen (2014)

1190 EU-STOP KandidatInnen (2014)

1200 EUROPA JETZT KandidatInnen (2019)

1210 KPÖ PLUS KandidatInnen (2019)

1220 Kandidatlinnen anderer Parteien aus Österreich

1300 Nationale EP-KandidatInnen (Irland)

1310 Fine Gael KandidatInnen

1320 Fianna Fail Kandidatinnen

1330 Labour Party KandidatInnen

1340 Socialist Party KandidatInnen (2014)

1350 Sinn Fein KandidatInnen

1360 Green Party KandidatInnen

1370 People before Profits Alliance KandidatInnen (2014)

1380 Fis Nua KandidatInnen

1390Direct Democracy Irland KandidatInnen

1400 Catholic Democrats KandidatInnen

1410 Unabhängige KandidatInnen

1420 Solidarity PbP KandidatInnen (2019)

1430 Social Democrats KandidatInnen

1440 Renue Ireland KandidatInnen

1450 Independents4Change Kandidatinnen

1460 The Worker's Party KandidatInnen

1470 KandidatInnen anderer Parteien aus Irland

1500 Andere nationale PolitikerInnen (Österreich)

1510 ÖVP PolitikerInnen

1511 Bundeskanzler

1512 Parteichef

1513 Regierungsmitglied

1520 SPÖ PolitikerInnen

1521 Bundeskanzler

1522 Parteichef

1523 Regierungsmitglied

1530 FPÖ PolitikerInnen

1531 Parteichef

1532 Regierungsmitglied

1540 Grüne PolitikerInnen

1541 Parteichef

1550 BZÖ PolitikerInnen (2014)

1560 NEOS PolitikerInnen

1561 Parteichef

1570 PolitikerInnen anderer Parteien aus Österreich

1571 KPÖ

1600 Andere nationale PolitikerInnen (Irland)

1610 Fine Gael PolitikerInnen

1611 Taoiseach/Parteichef

1612 Tainaste

1613 Regierungsmitglied

1620 Fianna Fail PolitikerInnen

1621 Parteichef

1622 Regierungsmitglied

1630 Labour Party PolitikerInnen

1631 Parteichef/Tainaste

1632 Regierungsmitglied

1640 Socialist Party PolitikerInnen (2014)

1641 Parteichef

1650 Sinn Fein PolitikerInnen

1651 Parteichef

1660 Green Party PolitikerInnen

1661 Parteichef

1662 Regierungsmitglied

1670 People before Profits Alliance PolitikerInnen (2014)

1671 Parteichef

1680 PolitikerInnnen anderer Parteien aus Irland

1700 Andere AkteurInnen (Österreich)

1710 JournalistInnen

1720 WissenschaftlerInnen/Unabhängige ExpertInnen

1730 NGOs aus Ö

1731 Kirchen und andere religiöse Gruppen

1732 Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnennahe Verbände

1733 ArbeitgeberInnenverbände und Wirtschaftsnahe Gruppierungen

1734 Zivilgesellschaftliche Gruppierungen/BürgerInnenbewegungen

1735 Andere konkrete AkteurInnen aus Ö

1750 Österreichische Bevölkerung

1760 Österreichische WählerInnen

1761 JungwählerInnen

1762 Friday for Future-Bewegung

1799 Andere unkonkrete österreichische AkteurInnen

1800 Andere AkteurInnen (Irland)

1810 JournalistInnen

1820 WissenschaftlerInnen/Unabhängige ExpertInnen

1830 NGOs aus Irland

1831 Kirchen und andere religiöse Gruppen

1832 Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnennahe Verbände

1833 Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsnahe Gruppierungen

1834 Zivilgesellschaftliche Gruppierungen/BürgerInnenbewegungen

1835 Andere konkrete AkteurInnen aus Irland

1850 Irische Bevölkerung

1860 Irische WählerInnen

1861 JungwählerInnen

1862 FarmerInnen

1899 Andere unkonkrete irische AkteurInnen

1900 Nationale AkteurInnen aus anderen EU-Ländern

1910 Deutschland

1911 AfD

1912 Angela Merkel

1913 AKK

1914 Präsident

1915 Grüne Partei

1920 Frankreich

1921 Le Pen/Front National/Rassemblement National

1922 Macron

1930 Italien

1931 Silvio Berlusconi/Forza

1932 Matteo Salvini/Lega

1940 Griechenland

1941 Samaras

1942 Syriza/ Tspiras

1943 Golden Dawn

1950 Großbritannien

1951 Labour/ Jeremy Corbyn

1952 Nordirische KandidatInnen

1953 UKIP/Farage

1954 UKIP/Brexitpartei

1960 Niederlande

1961 Wilders

1962 Baudet

1963 Mark Habers (Ex-Minister)

1970 Ungarn

1971 Viktor Orban

1980 Spanien

1981 PP/Mariano Rajoy

1982 PSOE

1983 Podemos

1984 Vox

1990 AkteurInnen aus anderen EU-Staaten

1991 Rumänien

1992 Portugal

2000 EU-weite-AkteurInnen

2100 VertreterInnen der EP-Fraktionen

2110 Vertreterinnen der EVP

2111 Präsident des EP

2120 Vertreterinnen der SPE

2121 Präsident des EP

2130 VertreterInnen der ALDE

2140 Vertreterinnen der EGP/Grünen

2150 VertreterInnen der GUE/Vereinigte Linksfraktion

2160 VertreterInnen der ECR/ACRE

2170 VertreterInnen der EFDD

2180 VertreterInnen der ENF

2190 VertreterInnen anderer EP-Fraktionen

2200 Mitglieder anderer EU-Institutionen

2210 Mitglieder der EU-Kommission

2211 Kommissionspräsident

2220 Europäischer Rat

2300 EU-Bevölkerung

Ergänzung 3 - Themenliste:

Struktur der Themenliste:

Die Themenliste ist als siamesischer Zwilling mit der AkteurInnenliste verschmolzen, wirkt aber gleichzeitig sehr viel komplexer und weniger übersichtlicher als diese. Dies lässt sich einerseits damit erklären, dass es natürlich weitaus mehr ausdifferenzierte Themengebiete gibt als potentiell-zusammengefasste AkteurInnen, andererseits kann es je nach Analyseeinheit durchaus auf den ersten Blick unklar sein, welches - EU-Wahl-relevante - Thema sich dominierend hervorhebt und somit das Hauptthema stellt.

Grob ist die Themenliste dabei wiederum in einen Politics-, einen Polity- und einen Policybereich eingeteilt. Da es bei Politics primär um die Prozess/Auseinandersetzungsebene geht, ist dabei in diesem Fall die Auseinandersetzung

zwischen den wahlwerbenden Fraktionen gemeint, die oft auch ohne Verbindung zu einem konkreten (oder policy-lastigen) Thema steht oder aber mit einem Bereich zusammenhängt, der nicht akut die EU-Wahl selbst betrifft. Im Bereich 1000 bis 2000 werden Themengebiete codiert, bei denen es in diesem Sinne um unspezifische Konflikte, Ereignisse und Pseudoereignisse, Wahlkampfumfragen, Wahlwerbung, Wahlaufrufe und Wahlergebnisse geht.

Im Bereich 2000 bis 2600, der Polityebene, werden strukturelle Fragen behandelt, welche die EU auf der Metaebene betreffen und sowohl die momentanen Institutionen der EU, die damit verbundenen Verträge, Mitgliedsfragen, den Zustand der europäischen Integration als auch Kritik/Verbesserungsvorschläge über die Union oder die EU-Wahlen an und für sich inkludieren.

Da bei einigen Aspekten Polity- und Policyebene sich überschneiden, empfiehlt es sich, beide zu codieren. Die Frage des Hauptthemas wird dabei wie bisher danach ausgewählt, ob die jeweilige Analyseeinheit sich dabei mehr den Aspekt der Veränderung der EU-Institution selbst bezieht oder darauf, dass die EU eine gemeinsame neue Policy finden sollte. Wenn zum Beispiel in der Überschrift bereits eine Veränderung der z.B. Schengen-Verträge in Aussicht gestellt wird, hat dies mehr Konnex zu der Polity-Ebene, als wenn konkret nach einer Veränderung der Migrationspolitik gefragt wird und Schengen nur als kleinerer Themenbereich vorkommt.

Im Bereich 3000-6220 geht es um die eigentliche Policyebene und damit um die klassischen politischen Themengebiete im engeren Sinn, welche den Wahlkampf, abseits der EU-Metaebene, leiten. Diese Policies sind dabei noch einmal in europäisch orientierte Themenfelder (3000- 5000) und national orientierte Themenfelder im EU-Kontext eingeteilt. Während sich die erste Gruppe dabei konkret mit EU-weiten Policies/Policies für die EU selbst befasst, geht es bei der zweiten Gruppe, einerseits, um nationale Themen mit einem europäischen Aspekt oder, andererseits, um national-inhaltliche Themen, die aus anderen Gründen Teil des EU-Wahlkampfes sind. So spielt beispielsweise der Nordirlandkonflikt immer wieder auch eine Rolle in EU-Wahlkämpfen in Irland und die Frage der österreichischen Grenzsicherung (gegenüber den anderen EU-Staaten) eine im österreichischen EU-Wahlkampf, obwohl es primär eine österreichische Thematik - wenn

auch mit europäischen Folgen und Implikationen - ist. Wenn hingegen die Frage des (nord-)irischen Backstops als EU-weite Policy in Irland thematisiert wird, welche auch den Nordirlandkonflikt streift, würde es sich dabei um eine EU-weite Policy handeln, ebenso wie bei der Neuaushandlung der Schengen-Verträge auf supranationalem Level.

Hierarchische Themenliste:

1000 Wahlkampfverlauf – Politics

1100 Konflikt (Jegliche Form der Politics-bezogenen Wahlkampfauseinandersetzung – sowohl zwischen Mitgliedern der gleichen Partei als auch zwischen verschiedenen Parteien oder zwischen AkteurInnen aus verschiedenen Ländern. Nur dann Hauptthema, wenn keine inhaltlichen/Policy-Aspekte codiert werden können, beziehungsweise diese nicht im Vordergrund stehen.)

1200 Ereignisse (Hier geht es um reale Geschehnisse, welche sich im Verlauf des Wahlkampfes ungeplant ereignen)

1210 Schaden (Kriminalität, Todesfälle, etc.)

1211 Berlusconi im Krankenhaus

1212 Politikerin ermordet

1220 Erfolg (Persönliche Erfolge von KandidatInnen, Ehrungen, Einigungen etc.)

1230 Überraschung (Unerwartete aber nicht mit Schaden verbundene Ereignisse)

1231 Wahlbündnis in Irland

1240 Skandal (Unangenehme und politisch/rechtlich/moralisch umstrittene Debatten, welche nicht in die Kategorie Schaden fallen.)

1241 IRA-Vergangenheit von Sinn Fein

1242 Vorwurf der Spionagetätigkeit durch Kandidaten der SPÖ

1243 Plagiatsvorwürfe gegen Kandidaten der FPÖ

1247 Regierungskrise in Österreich („Ibiza-Gate)

1248 Nationale Implikationen für EU-Wahlkampf

1249 Europäische Implikationen für EU-Wahlkampf

1250 Pseudoereignisse (Hier geht es um Ereignisse, die nur passieren, um mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, innerhalb der PkW als Pseudoereignis bezeichnet. Für diese Arbeit sind das alle Arten von regulären Wahlkampfevents.)

1251 Wahlkampfauftakt/Präsentation von Manifesto

1252 Wahlkampfauftritt

1253 Pressekonferenz (die weder in 1251 noch 1252 fällt)

1254 Andere Art von Pseudoereignis

1300 Wahlinformation und Service (Hier werden alle reinen Informationsartikel über Wahlablauf und einzelne KandidatInnen codiert aber auch allgemeine Aufrufe zur Wahlteilnahme)

1310 Information über Ablauf, Datum, Ort der Wahl

1320 Personenfokus auf einzelne KandidatInnen

1330 Hinweise für die eigene Wahlempfehlung

1340 Aufruf zur Wahl-Teilnahme

1350 Wahlkampfwerbung (Thematisierung von Slogans, Plakaten, Spots, etc.)

1400 Statistische/Numerische Elemente (Alle Umfragen, national und europäisch und alle Wahlergebnisse fallen in diesen Bereich)

1410 Nationale Befragungen

1411 Wahlumfragen auf nationaler Ebene

1415 Studien über die nationale Einstellung zu europäischen Themen

1420 Nationale Zustimmung zur EU

1425 Nationale Umfrage über den aktuellen Kurs/Entwicklung der EU

1430 Europäische/Supranationale Befragungen

1431 Wahlumfragen auf europäischer Ebene

1435 Studie über die EU-weite Einstellung zu europäischen Themen

1440 Europaweite/supranationale Zustimmung zur EU

1445 Europaweite/supranationale Umfrage über aktuellen Kurs/Entwicklung der EU

1450 Folge von Umfragen/möglichen Ergebnissen (z.B. Aktienkursveränderungen oder Spin auf Umfrage)

1460 Wahlergebnisse und potentielle Folgen

1465 Darstellung der EU-Wahlergebnisse und ihrer möglichen Folgen auf nationaler Ebene

1466 Ergebnisse von nationalen „Populisten" (Zuschreibung durch Medium) werden thematisiert

1470 Darstellung der EU-Wahlergebnisse und ihrer möglichen Folgen auf europäischer Ebene

1471 Ergebnisse von europäischen „Populisten" (Zuschreibung durch Medium) werden thematisiert

2000 EU-Strukturen - Polity

2100 EU-Institutionen und Abkommen

2110 Europäisches Parlament

2111 Stabilität des EP

2112 Ausbau der Rechte des EP

2113 Veränderung der EP-Fraktionsmitgliedschaft

2114 Gehälter von EP-AbgeordnetInnen

2115 Regierungskoalition des EP

2116 Neue Fraktionen im EP

2120 Europäische Kommission

2121 Mitgliedschaft der EK

2122 Wechsel in EK

2123 Wahl des EK-Präsidenten

2125 Europäischer Rat (Rat der Regierungschefs)

2127 Ministerrat („Rat der Europäischen Union")

2130 EU-Abkommen/Verträge

2131 Schengen

2132 Dublin

2133 Maastricht

2134 Lissabon

2139 Andere Verträge

2200 EU-Mitgliedschaften

2210 Verlassen der EU

2211 Brexit/EU-Referendum von Großbritannien

2212 Austritt von anderem EU-Staat

2220 Aufnahme neuer EU-Mitglieder

2221 Türkei-Mitgliedschaft

2222 Anderer möglicher neuer Mitgliedsstaat

2230 Frühere EU-Erweiterungen

2231 „Osterweiterung“

2300 Europäische Integration

2310 Regulation auf europäischer Ebene

2311 Abbau von starker Regulation

2312 Mehr supranationale Regulation

2320 Kreation neuer Behörden

2330 Verlagerung von Kompetenzen an EU-Institutionen

2340 Verlagerung von Kompetenzen an Nationalstaaten

2350 Strukturreformen

2355 Reform der EU-Entscheidungsprozesse/Verträge

2356 Einstimmigkeitsprinzip

2360 Veränderung der Maastrichtverträge (Staatsverschuldung)

2400 Kritik und Verbesserungsvorschläge über EU-Strukturen/Wahlabläufe

2401 Kritik und Verbesserungsvorschläge über die EU im Allgemeinen

2410 Demokratiedefizit

2411 Wunsch nach direkter Demokratie

2420 Unzufriedenheit mit Entwicklung

2430 Vertrauensdefizit

2431 EU versteht Anliegen ihrer BürgerInnen nicht

2440 Zu starke Zentralisierung

2441 Entscheidungsprozess der EU zu intransparent/in Brüssel verortet (Policy-Politics-Gap)

2450 Freihandelsabkommen mit Drittstaaten

2460 Zu geringe europäische Identität der EU-BürgerInnen

2470 EU-Verträge zu einschränkend

2500 Kritik und Verbesserungsvorschläge über EU-Wahlen im Allgemeinen

2505 Geringes Interesse

2510 Geringer Glaube an eigenen Einfluss

2515 Geringe Bedeutungszuschreibung

2520 Unzureichendes Mandat der EK-KandidatInnen

2525 Nicht wirklich europäisch

2530 Geringe Wahlbeteiligung

2535 Anfällig für radikale/"populistische" Parteien

2540 Zu wenig JungpolitikerInnen

2550 Kritik und Verbesserungsvorschläge über Verlauf des „aktuellen" EU-Wahlkampfes

2551 Kritik an Fehlen von Inhalten

2555 Kritik an negativer EU-Darstellung

2556 Kritik an unzureichender Darstellung der – subjektiven - EU-Vorteile

2557 Vorwurf „euroskeptisch"/EU-Feind zu sein

2560 Kritik an positiver EU-Darstellung

2561 Kritik an unzureichender Darstellung der – subjektiven – EU-Nachteile

2562 Vorwurf zu EU-idealistisch zu sein

3000 Inhaltspolitik - Policies

3101 – Inhaltspolitische Themen (EU-Ebene)

3100 Wirtschaftspolitik

3110 Ökonomische Ungleichheit auf EU-Ebene

3120 Schaffung gemeinsamer Energiepolitik

3330 Handelspolitik

3200 Finanzpolitik

3210 Währungsunion

3211 Verlassen des Euro durch eigenen Staat

3212 Verlassen des Euros durch anderen Mitgliedsstaat

3213 Umstrukturierung der Euromitgliedschaft

3220 Troika-Politik

3221 Differenzierung von Bank- und Staatsschulden auf EU-Ebene

3222 Erlassen von Drittstaatenschulden

3223 Vergabe von Hilfskrediten an Mitgliedsstaaten

3230 EU-weite Steuerpolitik

3231 Finanztransaktionssteuer

3232 Gemeinsame Mindest-Körperschaftssteuer

3240 Bildung einer Bankenunion

3250 Budgetpolitik

3251 Ernennung eines Kommissars für nationale EU-Budgets

3252 Kürzung des EU-Budgets Post-Brexit

3260 Bildung eines EU-weiten Hypothekenmarktes

3300 Sozialpolitik

3310 EU-weite Integrationspolitik

3320 Stärkere Kontrolle von sozialen Leistungen

3330 Familienpolitik

3340 Arbeitspolitik

3341 Gleichstellung der Geschlechter im Beruf

3342 EU-Arbeitsbehörde

3343 EU-weite Mindestlohnstandards

3344 Arbeitslosigkeit

3400 Immigrationspolitik

3410 Migration ärmerer EU-BürgerInnen

3420 Verschärfung der EU-Einwanderungsgesetze

3430 Gemeinsame Asylpolitik

3500 Außenpolitik

3510 Ukraine-Konflikt

3520 Kooperation mit Russland

3600 Verteidigungspolitik

3610 EU-Armee

3620 Ausbau gemeinsamer Verteidigungspolitik

3700 Umweltpolitik

3710 Regulierung von Plastik

3720 Einführung von Kerosinsteuer

3730 EU-Repairsiegel

3800 Bildungspolitik

3810 Universitätspolitik

3811 Verbesserung von Bologna

3900 Gesundheitspolitik

4000 Sicherheitspolitik

4010 Aufwertung von Europol

4100 Agrarpolitik

4110 Lebensmittelpolitik

4111 Schutz von regionalen Marken

4112 Abbau von gentechnisch verändertem Essen

4120 Saatgutverordnung

4130 Reform der „Gemeinsamen Agrarpolitik“

4200 Förderpolitik

4300 Justizpolitik

4310 Einheitliche Staatsanwaltschaft

4320 Neues Unternehmensrecht

4400 Infrastrukturpolitik

4410 Sozialen Wohnbau fördern

5000 Inhaltspolitische Themen (nationale Ebene)

5100 Wirtschaftspolitik

5200 Finanzpolitik

5210 Nationale Staatsverschuldung gemäß der EU-Kriterien

5211 Verletzung der Verschuldungskriterien

5220 Nationale Erfüllung von Rückzahlungsvorgaben

5230 Nationale Austeritätspolitik (aufgrund von EU-Vorgaben/Schulden)

5240 Staatsanleihen von Eurostaaten

5300 Sozialpolitik

5310 Lokale Integrationspolitik

5320 Arbeitslosigkeit

5321 Jugendarbeitslosigkeit

5330 Glücksspielgesetz

5400 Immigrationspolitik

5410 Zuwanderungsstopp

5500 Außenpolitik

5600 Verteidigungspolitik

5700 Umweltpolitik

5710 Wasserqualität

5800 Bildungspolitik

5900 Gesundheitspolitik

5910 Abtreibungspolitik

6000 Sicherheitspolitik („Innenpolitik")

6010 Terrorismus

6020 Kriminalität

6030 Nordirlandkonflikt

6040 Ende der Inner-EU-Grenzkontrollen (Ö)

6100 Agrarpolitik

6200 Infrastrukturpolitik

6210 Zustand der Wasserversorgung

6220 Sozialer Wohnungsbau

6300 Minderheiten-Rechte

Abstract

Die Europäische Union wurde in der Dekade nach der Verabschiedung des Lissabon-Vertrages, 2009, mit einer Reihe von existenziellen Herausforderungen konfrontiert. Trotz dieser Verkettung von „Finanzkrise“, „Flüchtlingskrise“ und „Brexit“, stieg die Popularität des europäischen Projektes, laut Meinungsumfragen, jedoch in den letzten 2-3 Jahren wieder an. In dieser Arbeit wird der Frage nachgegangen, ob dieses anscheinende Überwinden der EU-Krisensituationen sich auch medial niedergeschlagen hat und wie sich die Berichterstattung über die EU-Wahl 2019 von der über die EU-Wahl 2014 unterscheidet. Dabei wurden mit Irland und Österreich zwei Staaten ausgewählt, welche von den genannten Herausforderungen direkt betroffen waren. Für jedes der beiden Länder wurden wiederum jeweils eine Boulevardzeitung und eine Qualitätszeitung gewählt und mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse im Längsschnitt-Design für 4 Wochen vor dem jeweiligen Wahlgang analysiert. Insgesamt wurden dabei 400 relevante Artikel ausgewertet und entsprechend der Forschungsfragen für Variablen wie HauptakteurIn, Hauptthema, Nutzen, Schaden, Krisenthematisierung und Zukunftsprognose codiert. Ausgehend von dem „Krisenjahr“ 2014 konnte in der Berichterstattung 2019 eine stärkere Rolle für europäische AkteurInnen festgestellt werden, auch wenn klassische Politics-Elemente wie „Pseudoereignisse“, Umfragen oder Konflikte in beiden Zeiträumen und Ländern häufiger das leitende Motiv eines Artikels darstellten als inhaltliche Fragen. Der anhaltende „Brexit“-Prozess hat die mediale Darstellung des Themas EU-Austritt zwar erheblich erhöht, wird 2019 aber gleichzeitig überwiegend als eine Herausforderung für den direkt betroffenen Einzelstaat betrachtet. Parallel zu einer Reduzierung der 2014 noch dominanteren Krisenthematisierungen, vor allem im Wirtschaftsbereich, konnten auch ein Anstieg der der Union zugeschriebenen Vorteile und eine Verbesserung ihrer Zukunftsprognose in beiden untersuchten Ländern als Untersuchungsergebnisse vermerkt werden.

In the decade following the passing of the Lissabon treaty (2009), the European Union faced a series of existential challenges. Even though the trifecta of “financial crisis”, “refugee crisis” and „Brexit“ took its toll, the popularity of the European project is on the rise again during the last 2-3 years, according to pollsters. The aim of this study is to research, a) if and how the media coverage about the European Parliament Elections differed between 2014 and 2019 and b) if the assumption of increased support for the EU is also visible/quantifiable in news coverage. Focusing on Austria and Ireland, the thesis examines 2 member states of the EU which were/are influenced directly by the set of crises mentioned above. For each of the 2 nations one quality newspaper and one tabloid newspaper were picked, whose election coverage (for a period of 4 weeks prior to each election day) was analyzed using the method of quantitative content analysis. Overall 400 relevant articles were evaluated and, led by the main research questions, coded for variables like main actor, primary topic, advantages and disadvantages of EU membership, depiction of crises and future outlook. Using the „crisis year“ 2014 as a basis, european actors were more often coded as main actors in 2019, even while classical „Politics“-themes like “fake events”, opinion polls and conflicts easily bested more substantial issues as primary topics in both researched years and countries. The continuing „Brexit“-process led to a visible rise of the topic category „leaving the EU“ in media coverage in 2019, while at the same time a majority of those articles framed the issue primarily as a challenge for the single state in question. Additionally, the number of crises mentioned in coverage went down significantly compared to 2014, while that of described advantages of EU membership rose and an improvement regarding the outlook for the future of the union was observed in both member states.